Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. Januar 1978
Jg. 6 Nr. 4

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

USA verleibt sich Marianen-Inseln im Nordpazifik ein

Die Inseln im Pazifischen Ozean sind seit den Raub- und Kolonisationszügen der Spanier im 16. Jahrhundert als Stützpunkte zur Unterjochung und Plünderung Südostasiens von den Imperialisten umkämpft. 1565 wurden die Marianen von den Spaniern besetzt. Nach dem spanisch-amerikanischen Krieg wurde Guam, die größte Insel der Marianen und 1898 die Insel Wake von den US-Kolonialisten besetzt. Die restlichen Inseln der Marianen unterwarf sich das Deutsche Reich.

In ihrem Ringen mit der Supermacht UdSSR um die Weltherrschaft ist die Beherrschung der Inseln im Pazifik für die US-Imperialisten von besonderer strategischer Bedeutung. Auf den Inseln Saipan, Tinan, Guam und Wake haben die US-Imperialisten Flotten- und Luftstützpunkte errichtet. Am 9.1.1978 haben sich die US-Imperialisten die Marianen im nördlichen Pazifik einverleibt. Damit haben sie den gesamten Schiffahrtsverkehr im Pazifik unter Kontrolle.

Sozialimperialistische Expansion in Lateinamerika

Die Sozialimperialisten wollen Kolumbien einen 290-Millionen-Dollar-Kredit zum Bau von zwei hydroelektrischen Wasserkraftanlagen an der Karibischen Küste geben. Der Kredit ist befristet auf zehn Jahre bei einem Zinssatz von 8,5%. Die Küstenländer an der Karibik- und Atlantikküste Lateinamerikas sind heute die Schwerpunkte der sozialimperialistischen Expansion, seit die Sowjetunion vom US-Imperialismus aus Chile verdrängt worden ist. Bei ihren Versuchen, die Länder Lateinamerikas in ihre Abhängigkeit zu bringen, setzen die Sozialimperialisten an den Widersprüchen dieser Länder zum US-Imperialismus an. Nach der üblen Praxis kurzfristiger Kredite versuchen sie, sich in den Schlüsselindustrien festzusetzen. Zumeist ist das die Energieversorgung. Darauf folgen Verträge über „wirtschaftliche Zusammenarbeit". Ihr Auge haben sie geworfen auf die Reichtümer Kolumbiens, Erdöl, Erdgas sowie die größten Kohlevorkommen Lateinamerikas.

Algerien stoppt Wareneinfuhr aus Frankreich

Alle staatlichen Betriebe Algeriens sind von Präsident Boumedienne und der algerischen Regierung aufgefordert worden, keine Waren mehr aus Frankreich einzuführen. Frankreich war bislang der Hauptimporteur Algeriens. 25% betrug der Anteil der französischen Importe am Gesamtimport Algeriens. Dieser Schritt der algerischen Regierung ist die Antwort auf die fortdauernden militärischen Angriffe der französischen Imperialisten auf die F.POLISARIO. Damit gerät der französische Imperialismus zunehmend in die Gefahr der politischen Isolation. Für Algerien bedeutet der mutige Schritt eine gute Möglichkeit, die nationale Volkswirtschaft endgültig von der französischen Wirtschaft zu lösen, wenngleich die Stokkung des Imports von wichtigen Gütern wie industrielle und landwirtschaftliche Maschinen sich zunächst empfindlich auswirken wird. Präsident Boumedienne und die algerische Regierung sind jedoch entschlossen, unter allen Umständen an dem eingeschlagenen Kurs des konsequenten Eintretens für Unabhängigkeit und nationale Befreiung der Länder der Dritten Welt festzuhalten. Algerien unterhält ferner keinerlei Handelsbeziehungen zu Israel, Südafrika, Rhodesien und Portugal.

UNO-Sender gegen Vorster-Regime

Gegenwärtig befindet sich der Leiter der Rundfunkabteilung der Vereinten Nationen Walter in Verhandlungen mit mehreren europäischen Rundfunkanstalten. Es geht um die Durchführung des Beschlusses der UNO-Vollversammlung, am 21. März mit Rundfunksendungen nach Südafrika gegen die Apartheidpolitik zu beginnen. Dieser Beschluß, ein Sieg der afrikanischen Länder über alle Ausflüchte der Imperialisten, bringt die Imperialisten jetzt in arge Verlegenheit. Der britische Staatsrundfunk BBC betreibt vier große Sender von der Atlantikinsel Ascension aus und plant für 1980 einen Satelliten, um seine imperialistische Propaganda weiter ausstrahlen zu können. Zu Walters Forderung, UNO-Sendungen auszustrahlen, sagte ein BBC-Sprecher, über ihre Ausstrahlung würde „nach normalen journalistischen und redaktionellen Maßstäben" entschieden. Walter wird außerdem noch Frankreich, Holland, die Sowjetunion und die BRD besuchen. Die Deutsche Welle betreibt einen Sender in Ruanda und sendet bereits über Satellit.

Regierungsbildung in Italien unter Mitwirkung der Supermächte und der westdeutschen Imperialisten

Manöver der Revisionisten zur Einnistung in den Staatsapparat

Die italienische Regierung ist zurückgetreten, das Parlament vorerst in die Ferien geschickt, Andreotti bereits mit der Neubildung einer Regierung beauftragt. „Mitverantwortung ohne Machtbeteiligung kommt für die KPI nicht mehr in Frage. Wir machen keinen Schritt zurück", erklärte Pajetta, führender Funktionär der KPI. Die Revisionisten besitzen nicht keine Macht, immerhin sind sie im Parlament nach den Christdemokraten die zweitgrößte Fraktion, und ihr Einfluß in den Gewerkschaften ist beachtlich, woran sie kranken, ist ihr schwindender Einfluß unter den Massen, nachdem sie mehrmals im Laufe der Andreottiregierung bewiesen haben, daß sie nur scharf auf die Einnistung im Staatsapparat sind und dafür bereit, ihre eigene Großmutter zu verkaufen. Deshalb haben die KPI-Revisionisten als Auffangmanöver die „Krise eröffnet", wie sie den von ihnen eingeleiteten Regierungsrücktritt bezeichnen.

Die Regierungskrise ist ein Zeichen der Schwäche der italienischen Bourgeoisie in der Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber der Arbeiterklasse und deren Unterdrückung. Das reizt die Imperialisten der Welt zum Zulangen, denn bei aller „freundschaftlichen Beziehung" zu Italien ist sich jeder Imperialistenhaufen selbst der nächste, wenn es um die Vergrößerung seines Einflusses in anderen Ländern geht.

Carter hat seinen Botschafter aus Italien nach Washington gerufen, damit er einen Lagebericht erstatte. Auf den Rückweg hat er ihm eine offizielle Erklärung des State Department an die italienische Bourgeoisie mitgegeben:

„Wie der Präsident (Carter) und andere Mitglieder der Regierung bei einer Reihe von Gelegenheiten öffentlich festgestellt haben, sind unsere westeuropäischen Verbündeten souveräne Länder und die Entscheidung, wie sie regiert werden, liegt rechtmäßigerweise und angemessen bei ihren Bürgern allein. Gleichzeitig glauben wir, daß wir eine Verpflichtung gegenüber unseren Freunden und Verbündeten haben, unsere Ansichten deutlich auszudrücken. Führer der Regierung haben wiederholt unsere Ansichten in der Frage kommunistischer Beteiligung in westeuropäischen Regierungen geäußert. Unser Standpunkt ist klar: Wir begrüßen derartige Beteiligung nicht und würden den kommunistischen Einfluß in jedem westeuropäischen Land gern verringert sehen."

Soweit der Auszug aus der amerikanischen Grußbotschaft. Andreotti hat dann auch erklärt, daß er lieber zurücktreten werde, als jemals die Beteiligung der Revisionisten an der Regierung zuzulassen. Es blieb ihm, ehrlich gesagt, auch nichts anderes übrig. Andreotti verhandelt derzeit mit dem IWF, wo die US-Imperialisten gefolgt von den BRD-Imperialisten das Sagen haben, über einen Kredit von 500 Mio. Dollar. Er hatte sich bereits verpflichtet, für den Erhalt des Kredits dafür zu sorgen, daß das Haushaltsdefizit Italiens 17 Mrd. Dollar nicht übersteigen werde, indem er sich die notwendigen Gelder aus Steuergeldern von der italienischen Arbeiterklasse holen werde. Allerdings mußte er bereits vor seinem Rücktritt bekanntgeben, daß das Defizit bereits bei 22 Mrd. Dollar läge. Daran haben ihn die US-Imperialisten

Fortsetzung S. 2

„Ein Kampf, der die volle Unterstützung der kämpfenden Massen hat, kann niemals scheitern." (R. Mugabe)



Der Aufruf der ZANU für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA an die Arbeiterklasse und das Volk in Westeuropa findet große Unterstützung. Bis zum 20. Januar sind in der BRD und Westberlin 204072,30 DM gesammelt worden. Am letzten Sonnabend wurden im Hamburger Hafen 45 Tonnen Kleider zusammen mit einem Traktor, 26 Schreibmaschinen und anderen Geräten für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe verschifft. Das mittlere Bild zeigt die Ankunft der letzten Kleidersammlung in Mozambique. Im Neujahrsaufruf von R. Mugabe, Präsident der ZANU und Co-Vorsitzender der Patriotischen Front, heißt es: „Im Zusammenhang dieser internationalen Solidarität und der Unterstützung, die wir erhalten, muß das Jahr 1978, wenn wir unsere eigenen Kampfanstrengungen und Organisationsanstrengungen verdoppeln, das entscheidende Jahr werden. Erinnert Euch, daß, wenn wir jetzt am Anfang des neuen Jahres stehen, eine äußerst günstige Lage entstanden ist mit der neuen Periode. Der Feind ist erschreckt, er ist verwirrt und in Auflösung, und die vollständige Niederlage ist ihm bestimmt."

Die Soldaten- und Reservistenkomitees in der BRD unterstützen den Aufruf von KBW und KPD zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA. In 7 Städten führen sie Veranstaltungen mit Vertretern der ZANU durch zum Thema:

„Strategie und Taktik des Volkskrieges in Zimbabwe / Strategie und Taktik der rhodesischen Söldnerarmee". Folgende Veranstaltungen finden in dieser Woche statt:

23.1. in Kassel,
24.1. in Göttingen,
25.1. in Dortmund,
26.1. in Bremen.

Die Urabstimmung der Seehafenarbeiter: Eine energische Aktion, ein gutes Vorbild!

Für jeden Arbeiter, der Samstag abends die Abendschau gesehen hat, war es ein befreiendes Erlebnis, die Reaktion der Kapitalisten auf die klare und unzweideutige Forderung der gewerkschaftlich organisierten Seehafenarbeiter festzustellen. Das ganze übliche Geschwätz davon, daß es der Volkswirtschaft ja so schadet, wenn der Arbeiter genug zu leben hat, war wie weggeblasen, und sogar die vorlaute Gewitterziege Fides Krause-Brever, die sonst stets von der Inflationsgefahr, die ausgelöst wird, schwätzt, blieb hinter der Bildfläche. Gezeigt wurden Bilder, die deutlich machten, daß Forderungen von 9% auf einen Lohn von um die 1800 DM brutto für diese Arbeit, die schwer ist und großes Geschick verlangt, sowieso schon zurückhaltend sind. Die Devise war: Um Himmels willen, die Arbeiter nicht reizen, ihnen wenigstens vorderhand Recht geben, sich Spielraum für weitere Verhandlungen schaffen, auf alle Fälle verhindern, daß montags gleich gestreikt wird. Und eine verzweifelte Suche nach einer Kompromißlinie. Keine Zeitung, keine Radiomeldung, die nicht ausbreitet, daß der stellvertretende und für die Seehäfen zuständige ÖTV-Vorsitzende Merten gesagt habe: „Eine Sechs vor dem Komma müsse es schon sein." Auf alle Fälle *weg von der Forderung*. Darauf ist die Berichterstattung der Bourgeois eingeschworen. Aber vorsichtig, vorsichtig.

Noch am 11. Januar versuchten die Kapitalisten, die Seehafenarbeiter mit einem Schlichtungsspruch im Gegenwert von durchschnittlich 5,3% anzuschmieren. Neutraler Mann war der *Bankier* Fahning. Am 12. Januar trat die Tarifkommission der in der ÖTV organisierten Seehafenarbeiter zusammen und machte der Bankiersneutralität ein unrühmliches Ende. Der Hauptvorstand der ÖTV benötigte dann noch vier Tage, um sich durchzuringen, das endgültige Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Wahrscheinlich mußte sich der Hauptvorstand in diesen vier Tagen davon überzeugen, daß ein Abschluß auf der Höhe des Schlichtungsergebnisses zum Ausbruch von Streiks ganz außerhalb seiner sozialdemokratischen Kontrolle würde führen *müssen*. So kam es dahin, daß sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre das Scheitern von Lohnverhandlungen erklärten, ein wirklich rarer Vorgang. Dies geschah Montag vergangener Woche, und die 20000 Hafenarbeiter hatten noch vier Tage bis zum angesetzten Urabstimmungstermin. Daß dann 14835 von 16142 sich an der Urabstimmung beteiligten, spricht Bände. Es ist dies eine große organisatorische Leistung. 14408 Stimmen wurden für den Streik um die erhobene Forderung von 9% gezählt. 408 dagegen. Lediglich 19 Enthaltungen. Das ist ganz wenig. Wenn man bedenkt, wie viele Arbeiter durch Ratenzahlungen, Verschuldung usw. an der Kette liegen, so erkennt man sogleich, daß es sich bei den Nein-Stimmen eigentlich bloß um die kleine Handvoll eingeschmuggelter handeln kann, die es in einer Gewerkschaft unvermeidlich gibt. *Alle* anderen, wie *schwer* es ihnen im Einzelfall auch gefallen sein muß, haben zugestimmt. Am Samstag wurde das Urabstimmungsergebnis verkündet. Seitdem ist die Sozialdemokratie damit befaßt, die Lage zu entschärfen. Denn es ist eine unstrittige Tatsache: Durch entschiedenen und hart geführten Kampf der Seehafenarbeiter kommen die Kapitalisten allesamt in eine unmögliche Lage. Die Betriebszeitung der Hafenzelle Bremen-Unterweser bemerkt dazu treffend:

„Nicht nur die Hafenkapitalisten sind von einem Streik betroffen, es betrifft bei weitem mehr. Über die Häfen läuft die ganze Ein- und Ausfuhr der Rohstoffe, der Fertigwaren, Vorerzeugnisse und der Lebensmittel. Der Streik fällt mitten in die Fruchtsaison, auf die sich die Kapitalisten mit dem

Fortsetzung S. 2

Fortsetzung von S. 1

Regierungsbildung in Italien unter Mitwirkung der Supermächte und der westdeutschen Imperialisten

im offiziösen „Herald Tribune“ begleitend zu dem offiziellen Schreiben der US-Regierung erinnert: „Der IWF und die USA verstehen es, die 22 Mrd. Dollar Defizit mit einem toleranten Auge zu betrachten, und sie verstehen, daß es für Italien politische Schranken gibt, den Gürtel enger zu schnallen. Wie auch immer, falls der IWF-Ausschuß eine Prüfung einer neuen italienischen Regierung vornimmt, könnte Italien unter Umständen 7 Mrd. Dollar verlieren, die ausländische Banken dort deponiert haben; es könnte Schwierigkeiten wegen eines 5 Mrd.-Kredits bekommen, den es zurückzahlen müßte, und es müßte einen drastischen Verfall der Lira hinnehmen.“ (Herald Tribune, 19.1.)

Schmidt, in der Hoffnung, den Einfluß der westdeutschen Finanzbourgeoisie zu verstärken und die Vorherrschaft über Westeuropa auszubauen, hat sich in seiner Regierungserklärung gleich auf Carters Seite gestellt: „Im Westen, meine Damen und Herren, kann am Ende des ersten Amtsjahres von Präsident Carter kein Zweifel daran bestehen, daß unsere amerikanischen Freunde so wie wir die nordatlantische Allianz weiterhin als Kernstück gemeinsamer europäisch-amerikanischer, dem Frieden dienender Sicherheitspolitik verstehen. Wir sehen in der Verpflichtung Amerikas für die Unverletzlichkeit des demokratischen Europa ... eine Garantie, auf die wir in Zukunft genauso vertrauen können wie bisher. Wir können unverändert auf den Schutz durch das Bündnis setzen ...“

Das Kernstück gemeinsamer europäisch-amerikanischer Sicherheitspolitik erhält Carter nicht zuletzt mit seiner Sechsten Flotte im Hafen von Neapel.

„Ein Ausscheiden Italiens aus der NATO, ein Rückzug der westlichen Verteidigung aus Italien würden der Südostflanke den unmittelbaren Rückhalt, der NATO die zentrale Position am Mittelmeer und Jugoslawien die Anlehnung an den Westen nehmen ... Ohne Italiens aktive und zuverlässige Mitgliedschaft im Bündnis kann die Stabilität der westeuropäischen Verteidigung weder im Mittelmeer noch im Südosten auf dem Balkan und an den Meerengen erhalten werden.“ (Europäische Wehrkunde 8/76)

Das nordatlantische Bündnis richtet sich gegen den Hauptrivalen der USA, den Sozialimperialismus. Revisionisten in der italienischen Regierung sind den US-Imperialisten zu riskant, weil es den Sozialimperialisten die Einflußnahme auf das Land erleichtern könnte. Umgekehrt haben die Sozialimperialisten ein Interesse an einer revisionistischen Regierung und rühren von der Seite: „Zu den jüngsten Erklärungen Präsident Carters über die Teilnahme von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen bemerkt die Zeitung, daß eine solche grobe und wirklich unverfrorene Einmischung von den Europäern – ungeachtet ihrer politischen Überzeugungen – einhellig verurteilt worden sei. Abschließend konstatiert die Prawda: ‚Es ist völlig klar, daß sowohl vorangegangene als auch die neuen Versuche der Einmischung einiger Westmächte – und in erster Linie der USA – in den Prozeß der Bildung der italienischen Regierung keineswegs ein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Furcht vor dem sozialen Fortschritt ist.“ (Neues Deutschland, 19.1.)

In Wirklichkeit sind es die Revisionisten, die Furcht vor dem sozialen Fortschritt haben, den die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen erringt und der auch sie letztlich hinwegfegen wird. Immer offener betätigen sie sich als Unterdrücker dieser Kämpfe. „Die Zeit ist reif“, hatte Berlinguer vor zwei Woche gesagt, „Andreotti muß uns in die Regierung aufnehmen. Nur so können wir den Terror beenden und den Niedergang Italiens aufhalten.“

Die bürgerlichen Parteien Italiens haben Konsolidierung nötig, denn ihnen stehen die Lohnverhandlungen fast aller Industriezweige ins Haus. Dabei können sie davon ausgehen, daß kein Arbeiter vergessen hat, daß es Eine der ersten Maßnahmen der Andreottiregierung war, mit Unterstützung der KPI die Löhne für zwei Jahre einzufrieren für alle Einkommen über 9 Mio. Lire und für die Einkommen über 6 Mio. Lire (etwa 1200 DM) den Inflationsausgleich der gleitenden Lohnskala auf 50% zu senken. An der Regierung wird sich nichts Wesentliches ändern, die Revisionisten vermeiden bewußt Neuwahlen. Herauskommen wird ein noch reaktionäreres Programm, auf dem sich die bürgerlichen Parteien zusammenfinden, ähnlich wie vor einem Dreivierteljahr. Andreotti ist bereits dabei, solch ein Programm auszuarbeiten. Der revisionistische Gewerschaftsführer Lama hat Anregungen dazu schon eingebracht wie „Investitionen im Mezzogiorno und Subventionen für die Kapitalisten“.

„Angemessenere Krisenpolitik“ sei notwendig, haben die Revisionisten der DKP das Vorgehen der KPI kommentiert. Von diesen Krisenprogrammen, deren Quintessenz immer erhöhte Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen ist, hat die italienische Arbeiterklasse genug.

Das hat der Marsch der Metallarbeiter nach Rom dokumentiert, der Streik der Arbeiter in den FIAT-Werken gegen Sonderschichten und die gegenwärtig stattfindende Besetzung des Süßwarenkonzerns Unidal einschließlich der zugehörigen Cafes des Konzerns.

Handwerk hat goldenen Boden

„Das Handwerk in der BRD konnte in den letzten Jahren neue Marktbereiche für sich erschließen und dadurch die Verdrängung aus traditionellen Wirtschaftsbereichen durch die Industrie ... wettmachen. Dabei hat sich dem Handwerk vor allem die Marktlücke zwischen starrem Produktionsprogramm der Industrie und individuellem Bedarf geöffnet. Neben speziellen Zulieferfunktionen für die Industrie ist das Handwerk weiter auch in zunehmendem Maße in die Absatzorganisation der Industrie einbezogen, um deren Produkt durch Leistungen wie Installation, Wartung und Reparatur überhaupt erst konsumreif zu machen.“ (Handelsblatt) Handwerk hat goldenen Boden – für das Finanzkapital, wie die Entwicklung zeigt:

Die Zahl der Handwerksbetriebe ist von 1950 bis 1976 von 886500 um 42% auf 512300 gesunken, die Betriebe allerdings sind größer geworden; von 3,7 Beschäftigten je Betrieb 1950 auf 7,6 im Jahr 1976. Innerhalb des Handwerks ist die Entwicklung ungleichmäßig. Die Zweige, die mit der Industrie auf dem gleichen Absatzmarkt konkurrieren, verschwinden, und nur die überleben, die sich dem großen Industriekapital als Zulieferer und Dienstleister unterwerfen. Zwei typische Beispiele dafür sind das Metallhandwerk und das Bekleidungshandwerk. Im Bericht des Bundesministers für Wirtschaft zur Lage im Handwerk '76 heißt es: „... Bei den Zulieferbetrieben hat sich die Geschäftslage ... günstig entwickelt; insbesondere dort, wo es sich um Zulieferleistungen für die Kfz-Branche handelte. Maschinenbau- und Feinmechanikerhandwerk konnten eine konjunkturelle Belebung verzeichnen. Auch im Sanitär-, Heizungs- und Elektroinstallationshandwerk sowie bei den Radio- und Fernsehtechnikern hat sich ... die Lage spürbar gebessert.“

Anders im Bekleidungshandwerk, das durch die Bekleidungsindustrie verdrängt wird. So nahm beispielsweise die Anzahl der Metallhandwerksbetriebe (1976 gegenüber 1975) um 1443 zu, im Bekleidungshandwerk um 3939 ab. Die Richtung, ausgedrückt durch das Motto der letzten Handwerksmessen: „Handwerk – Partner der Industrie“, trifft für das Bekleidungshandwerk ganz und gar nicht zu. Im Gegenteil, hier herrscht Konkurrenz auf Leben und Tod, die mit dem Tod des Handwerks endet.

Die Entwicklung der Handwerksbetriebe zu „Partnern der Industrie“ ist vor allem für das große Kapital günstig: Ein Netz von kleinen Betrieben ist bereits vorhanden und braucht von den entsprechenden Industriebetrieben nur noch unter Vertrag genommen zu werden, Investitionen entfallen bzw. müssen von den Handwerksbetrieben selbst getragen werden.

Die Anwendung des Kartellgesetzes wurde eigens für diese Art der „Zusammenarbeit“ 1973 aufgehoben unter der Losung „Chancen für den Mittelstand“.

Die Löhne liegen noch unter denen der Industrie: 10,41 DM gegenüber 11,26 DM pro Stunde, laut Bericht des Bundesministers 1976.

Das Finanzkapital setzt auf Spaltung zwischen den Arbeitern in den Zulieferhandwerken und der Industrie und fördert dabei doch nur die Notwendigkeit und Möglichkeit des Zusammenschlusses: Ohne Getriebe kann kein VW vom Band rollen. Mit der Einverleibung des Handwerks durch die Industrie vergrößert das Finanzkapital zugleich das Heer seiner Totengräber. – (Z-Red.)

Die Urabstimmung der Seehafenarbeiter: Eine energische Aktion, ein gutes Vorbild

Fortsetzung von S. 1

Ausbau des Fruchtzentrums Bremen und Bremerhaven gerüstet haben. (...) Nicht anders ergeht das den Kapitalisten, die riesige Summen in den Bau von Containerschiffen investiert haben und deren Profit nur stimmt, wenn der Umschlag und Transport schnell und reibungslos funktioniert ... Die baumwollverarbeitende Industrie bekommt bei einem Streik keine Baumwolle, die Speditionen nichts zu speditieren. Entsprechend groß wird der Druck der Kapitalisten auf ihre Klassenbrüder im Hafen sein, zu einem Abschluß zu kommen und einen Streik zu verhindern. Dabei stekken sie in einer scheußlichen Lage, weil sie auf alle Fälle einen hohen Lohnabschluß verhindern müssen. (...) Es ist klar, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit großer Aufmerksamkeit den Kampf der Hafenarbeiter verfolgen. Genauso wird es den Metall- und den Stahlarbeitern in ihrem Lohnkampf den Rücken stärken, wenn es den Hafenarbeitern gelingt, die Kapitalisten in die Knie zu zwingen.“

Unverkennbar, welche Möglichkeit für die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes die mutige Entscheidung der Seehafenarbeiter bietet. Es ist möglich, im Kampf gegen den Lohnabbau zu siegen. Und wer wird jetzt noch behaupten wollen, daß nicht allein die Ankündigung einer Urabstimmung bereits die Situation in der Stahlindustrie, wo die Kapitalisten mit dem Vorschlag einer halbjährigen Lohnpause gekommen sind und sodann bloß 3,5% zu zahlen gedachten, bedeutend ändern würde? Und was wäre bei den Druckern? Und wäre es möglich, daß die Kapitalisten, wie jetzt im Nordverbund der IG Metall geschehen, einfach den Verhandlungen fernbleiben und die IG-Metall-Sozialdemokraten wie die Schuljungen stehen lassen? Nein.

Im Vertrauen auf Gottes Führung ...

„Die Religionslehrer haben Angst, in der Schule von Gott zu sprechen“, charakterisierte der Leiter eines Oldenburger Studienseminars seine derzeitige Lage im Religionsunterricht. „Freiwillig“ ist die Teilnahme für die Schüler, trickreich sind die Pfaffen. In einer Delmenhorster Klasse hatte sich die Hälfte vom Religionsunterricht abgemeldet. Geschickt sind diese Unterrichtsstunden in den Nachmittag gelegt, wer nicht hingeht, muß an anderen Unterrichtsstunden teilnehmen (wer geht schon freiwillig am Nachmittag zur Schule), so daß alle Schüler wieder den Religionsunterricht besuchen. „Theoretische Vorbereitung auf den Tod“, „Praktische Vorbereitung auf den Tod“. Unter diesem Thema ließen sich katholische Klosterbrüder Mittelstufenschülerinnen des Mädchengymnasiums Leer ein paar Tage ins Kloster schleppen. Unter dem Notendruck folgten etliche ihrem Dechanten zu diesem Kreuzgang. Gierig, die Jugend zu beseelen, ließen die Klosterbrüder während des gesamten Aufenthalts nicht davon ab, die Schülerinnen zu Teilnahme am Gottesdienst zu bewegen, fanden sich dafür auch bereit, diesen in dem als Kegelbahn umgebauten Kuhstall durchzuführen.

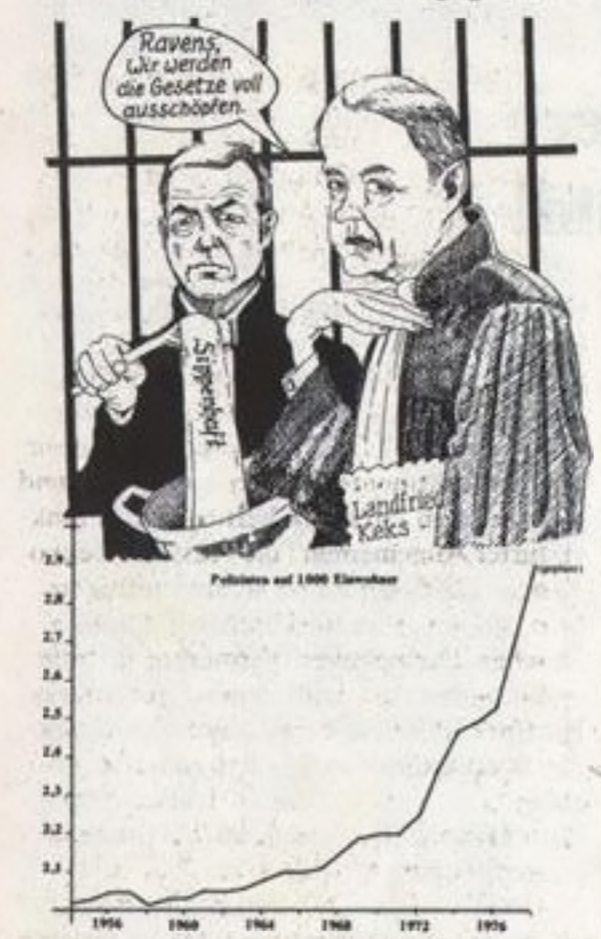
In Emden im Althusius heißt der Religionskurs: „Was wird aus uns“. Gezeigt wird vom dortigen Paffen ein Film von Robert Jungk über die menschenfeindliche Entwicklung der Zukunft: Überfluß, Überbevölkerung, eingezwängt in Satellitenstädten an Großcomputer angeschlossen etc. Mit solch düsteren Zukunftsaussichten vor Augen soll die christliche Nächstenliebe und die Rückkehr auf biblische Gesinnung erreicht werden. Aber darum gibt es Krach: Ein Schüler warf dagegen ein, daß dieser Film völlig von den Klassengegensätzen ablenken würde, die Arbeiter überhaupt kein Interesse an solch einer Entwicklung haben und bis zum Jahre 2000 die Arbeiter sowieso schon die Kapitalisten gestürzt hätten. Das Konzept des Pfaffen geriet durch die lebhafte Diskussion durcheinander. Er schwang sich neben den Schüler, um ihm, zurückgezogen von der Klassendiskussion, die antibiblischen Gedanken zu vertreiben. Neu ausgeholt hat der Pfaffe dann mit einem Fragebogen, um die Lage in der Klasse auszuloten. Einige machten sich berechtigte Sorgen, der Großteil der Klasse jedoch ging „hoffnungsvoll“ und „optimistisch“ in die Zukunft, in der Alternativantwort stand: „Mit Freuden erwarte ich die neue Zeit.“ Resultat dieser Untersuchung war ein Klassenspiel, das den Gedanken „Wir sitzen alle in einem Boot“ verbraten sollte. Wieder eine lebhafte Debatte, ein Schüler rief auf, das Spiel zu boykottieren. Um sich durchzusetzen, brachte der Pfaffe eine „kommunistische Schrift“ aus Polen mit, die die
nistische Schrift“ aus Polen mit, die die
„Verfehltheit“ des Kommunismus „enthüllen“ sollte, und danach ein Buch eines russischen Regimekritikers. „Mit Freuden die neue Zeit erwarten“, dafür ist der Pfaffe auch, aber nur in biblischer Gläubigkeit und nicht in Aufruhr, Rebellion und Klassenkampf. Damit die ganze ideologische Indoktrination auch auf „günstigen Boden“ bei den Schülern trifft, legt er gute Noten aus. Kaum einer hat bisher bei ihm schlechte Zensuren bekommen. Im Unterricht selbst paßt der Großteil der Klasse gar nicht auf, wenn sie überhaupt da sind. „Ich verstehe das ja: der große Leistungsdruck“, sagt er.

Mit „Religion sehr Gut“ sollen die Schüler den Notenterror erträglicher finden, sich unterwerfen und die Ideologie schlucken.

Der evangelische Arbeitskreis der CDU in Oldenburg ist den Schwierigkeiten der Pfaffen mit den Schülern auf der Spur. Ein Umschwung sei festzustellen: Die Quantität jedoch müsse gesteigert werden und in der Qualität müsse sich mehr auf die Bibel besonnen werden. „Religionsunterricht in der Wandlung“ – der direkte Schwenk zu Bibelstunden muß wieder erreicht werden, darauf werden die Pfaffen ausgerichtet.

Sofortige Rücknahme der Haftbefehle

Anfang Januar kündigt die Bourgeoisie die Prozeßserie gegen elf Demonstranten gegen das geplante KKW in Grohnde vor der 12. Großen Strafkammer des Landgerichts Hannover an. Erster Prozeßtermin war 13.1.78. Am 17. Januar – dritter Prozeßtag – antwortet die Bourgeoisie wütend auf das Nichterscheinen von zwei Angeklagten: Die Staatsanwaltschaft erläßt Haftbefehl. „Vermutlich“ gegen alle



elf Angeklagten, denen sie den Prozeß machen will. Der Oberstaatsanwalt Smiechowskis am Landgericht Hannover wollte sich allerdings zu der Zahl der beantragten Haftbefehle nicht äußern, um den „Erfolg der Maßnahme nicht zu gefährden“.

Die Staatsanwaltschaft will damit sicherstellen, daß „jedes anberaumte Gerichtsverfahren durchgeführt werden kann.“

Schon am 23.11.77 hat die Landesjustizbehörde gegen Linda Engelbert Haftbefehl erlassen und am 13.1.78 durch ihre Polizeischergen vollstrekken lassen – einen Prozeßtermin für Linda Engelbert hat sie jedoch noch nicht „anberaumt“ gehabt.

Am 13.1.78 erläßt die Justiz Haftbefehl gegen Karl-Gerhard Winter, am 16.1.78 gegen Rüdiger Jörß, am 17.1.78 gegen Andreas Hanke, Helmut Oldefest und Christian Matschkus. Gerhard Schulz befindet sich seit sechs Monaten in Untersuchungshaft.

Am 17.1. ruft die Regionalleitung Nord des Kommunistischen Bundes Westdeutschland unter den Forderungen: Sofortige Rücknahme der Haftbefehle, Sofortige Freilassung der Häftlinge, Sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren, Organisations- und Demonstrationsfreiheit, Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo, Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben – alle Organisationen auf, die diese Forderungen anerkennen und für sie eintreten, die Aktionseinheit zu suchen und eine einheitliche Demonstration und Kundgebung am Samstag, den 21.1.78, in Hannover durchzuführen. 1500 sind auf die Demonstration nach Hannover gekommen. Gleichzeitig wurde in Westberlin unter den Forderungen der Aktionseinheit eine Demonstration und Kundgebung mit etwa 600 Teilnehmern durchgeführt.

Mit diesen notwendigen Aktionen haben wir der herrschenden Klasse gegenüber, gegenüber der Regierung



und ihrem Justizapparat den Forderungen nach sofortiger Freilassung der Verhafteten und sofortiger Aufhebung der Haftbefehle Nachdruck verliehen, und wir haben gezeigt, daß wir bereit sind, den Kampf zu führen bis zur Freilassung dieser Genossen und bis zum Sturz des imperialistischen Energieprogramms.

Die Aktionen zeigten jedoch auch die Schwäche, Zersplitterung und Spaltung, die innerhalb der Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm besteht. Es ist uns nicht gelungen, zu dieser notwendigen Aktion gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates die anderen Organisationen zu gewinnen und dadurch die Kraft unserer Mobilisierung zu vervielfachen und tatsächlich alle die Kräfte für die Aktion zu mobilisieren, die die Forderungen unterstützen.

Um die Bewegung – zu dem Zeitpunkt, wo es notwendig ist zu einheitlichen Aktionen überzugehen und zum Angriff auf die herrschende Klasse – auch tatsächlich einheitlich zu führen, reicht es nicht aus, die Fehler, ja den Verrat verschiedener Organisationen am Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm zu geißeln, sondern es muß die Analyse und Propaganda, die Klärung der Absichten der Bourgeoisie unter den Massen vorangetrieben werden. Die Spaltung der Bewegung wird bekämpft durch die Enthüllung und Entlarvung des imperialistischen Energieprogramms in seinem ganzen Umfang und seinem Charakter als Programm der imperialistischen Expansion und Aggression.

Dem diente der Beitrag des Genossen Schmierer, Sekretär des ZK des KBW, auf der Veranstaltung in der Niedersachsenhalle zu Hannover, die 1750 Menschen im Anschluß an die Demonstration und Kundgebung in der Stadt durchführten.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 4/78: 32000

Carters „Steuersenkungsprogramm“ – Auftakt zu neuer imperialistischer Offensive im Kampf um die Weltherrschaft

Am 11.1. erklärte Carter in Washington:

„Unsere Verbraucher und unsere Industrie bezahlen mehr und mehr an fremde Länder. Und mit diesen Dollars, die ins Ausland gehen, exportieren wir tatsächlich amerikanische Arbeitsplätze. Wenn unsere eigene Wirtschaft nicht stark ist, wenn unsere Stärke durch übermäßige Importe untergraben wird, dann besitzen wir nicht die Stabilität und können nicht die Führungsrolle wahrnehmen, auf denen das wirtschaftliche Wohlergehen der westlichen Demokratien so sehr beruht.“

Grundlage für die „Stärke“, „Führungsrolle“ und „Stabilität“ des US-Imperialismus ist die Tatsache, daß er riesige Arbeiterheere ausbeuten und die natürlichen Reichtümer eines ganzen Kontinents ausplündern kann. Mit Hilfe der Carterschen „Sozialgesetzgebung“, dem „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“, durch die Verpflichtung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zur Zwangsarbeit für den Mindestlohn von umgerechnet 5,10 DM pro Stunde, ist es den US-Imperialisten im letzten Jahr bereits wieder gelungen, in der Ausbeutung der Arbeitskraft gegenüber ihren Konkurrenten aufzuholen. 4,1 Millionen Arbeitskräfte haben die US-amerikanischen Kapitalisten 1977 neu eingestellt. Das ist die größte Zahl von Neueinstellungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig beträgt der offiziell registrierte Anteil der Arbeitslosen an der erwerbstätigen Bevölkerung immer noch 6,8%. Die Arbeitslosigkeit ist also nur geringfügig gesunken. Fast ebensoviele Arbeitskräfte drangen auf den Markt wie von den Kapitalisten bei Ausweitung der Zahl der Lohnarbeiter absorbiert wurden. Zum großen Teil sind das Frauen, Jugendliche und Kinder, die Lohnarbeit suchen müssen, weil der Lohn eines Arbeiters nicht mehr zur Ernährung der Arbeiterfamilie reicht. Obwohl die Gesamtzahl der Lohnabhängigen um 410000 gestiegen ist, ist die Summe aller „persönlichen Einkommen“, also einschließlich der Kapitalisten und ihres Anhangs, von Oktober 1976 bis Oktober 1977 nur um 8,7 Prozent, also kaum mehr als die Inflationsrate, gestiegen. Diese Zahlen zeigen das riesige Ausmaß des Lohnraubs. Die offizielle Regierungslüge behauptet, die durchschnittlichen Stundenlöhne in der Industrie seien real um 2 Prozent gestiegen, die geringste Steigerung seit mehreren Jahren.

„Steuersenkungsprogramm“ – hinterhältige Plünderung der Massen

Sein Energieprogramm und sein Programm für „Steuersenkungen“ hat Carter in seiner „Botschaft zur Lage der Nation“ vom vergangenen Donnerstag als die Waffen angepriesen, mit deren Hilfe die US-amerikanischen Kapitalisten diese günstigen Ausbeutungsbedingungen nutzen und ausbauen können. Das Energieprogramm soll mit Hilfe der Plünderung über Steuern und Gebühren und über die Steigerung der Ausbeutung der Kohlebergleute die Ölproduzenten der Dritten Welt niederkonkurrieren, ihre Einheit spalten und sie wieder der Vorherrschaft der US-Monopole unterwerfen. Das „Steuersenkungsprogramm“, das ab 1.10.78 wirksam werden soll, soll allein die Steuern der Kapitalisten senken, die Ausbeutung der Massen dagegen neu organisieren und steigern. Senkung der Körperschaftssteuer um 4 Prozent, Senkung des Kapitalistenbeitrages zur Arbeitslosenversicherung, 10 Prozent eines in Fabriken und Maschinen investierten Kapitals können von der Steuer abgezogen werden, bis zu 90 Prozent der Gesamtsteuer einer Kapitalgesellschaft sollen dadurch „ausgeglichen“ werden können (bisher waren es 50 Prozent und zwar nur für Investitionen in Maschinen). Das sind die wichtigsten Steuersenkungen, die den Kapitalisten direkt zugutekommen. Bei den Lohn- und Einkommenssteuern soll die Progression von 14 bis 70 Prozent auf mindestens 12 Prozent bis höchstens 68 Prozent gesenkt werden. Der bisherige jährliche Steuerfreibetrag von 750 Dollar und der allgemeine Steuernachlaß von 35 Dollar pro Person soll abgeschafft und durch einen allgemeinen Steuernachlaß von 250 Dollar pro Jahr ersetzt werden.

Was auf den ersten Blick wie eine Steuererleichterung vor allem für die unteren Lohn- und Einkommensgruppen aussehen soll, ist tatsächlich ein Geschenk für die Reichen und mildert die Steuerlast allenfalls für die, die aufgrund der Arbeitsbeschaffungsprogramme Carters zum Mindestlohn bezahlt werden. Für die Kapitalisten ein Grund mehr, diese Löhne möglichst noch weiter zu senken. Weil der bisherige Freibetrag von 750 Dollar wegfällt, wird dagegen für alle anderen Arbeiter die Steuerprogression früher einsetzen und mit jeder noch so geringfügigen nominellen Lohnerhöhung um so rascher steigen. Die fast vollständige Steuerfreiheit der Kapitalisten, die in neue Fabriken investieren, soll es erleichtern, die Ausbeutung dorthin zu verlegen, wo große Massen von Arbeitslosen zusammengeballt sind, die jetzt zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Weitere, unverhüllte Lohnsenkung ist das Programm der Carter-Regierung. Die Inflation soll „gemäßigt werden, indem die Steigerung von Preisen und Löhnen 1978 unter den durchschnittlichen Steigerungen der vorausgegangenen Jahre bleibt.“ („Botschaft zur Lage der Nation“)

Die US-Imperialisten rüsten sich für die Schlacht um die Weltherrschaft mit ihrem Hauptkonkurrenten, der sozialimperialistischen Sowjetunion. Durch den Verfall des Dollarkurses sind ihre Waren im Vergleich zu den Waren der imperialistischen Konkurrenten bereits erheblich verbilligt, ihre Stellung in der internationalen Konkurrenz wieder gefestigt worden. Das Einreißen aller Schranken der Ausbeutung soll jetzt die Voraussetzungen für den „Durchbruch“ schaffen. – (Z-Red.)



Streikende Bergarbeiter der Ogilvy-Norton Mine in der Nähe von Wheeling in Kentucky

Kekkonen betreibt den Verkauf der Interessen des Landes

63,9% der 3,5 Millionen wahlberechtigten Finnen hatten sich an der Wahl des Staatspräsidenten beteiligt. Das ist, so vermeldet die bürgerliche Presse, die geringste Beteiligung bei einer Präsidentschaftswahl in Finnland seit 1950. Das ist jetzt auch die „wahlamtliche Bescheinigung“ nach den heftigen Klassenkämpfen des letzten Jahres (KVZ Nr. 18/1977), dafür, daß die finnische Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht bereit sind, sich noch tiefer ins Elend drücken und ihr Land einer ungeheuren Ausplünderung preisgeben zu lassen im Namen der „finnisch-sowjetischen Freundschaft“.

Die „freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Finnland und der Sowjetunion“ ist die Grundlage der Politik, für die Kekkonen steht. Im Mai vergangenen Jahres auf einem Essen zur Feier der Unterzeichnung des „Vertrages eines langfristigen Programms zur Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Finnland in Handel, Industrie, Wissenschaft und Technik“ hat der sowjetische Imperialistenhäuptling seinem Gast Kekkonen nahegebracht: „Die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Finnland ist zu einer Kategorie von großer internationaler Bedeutung geworden. Hier sind jene gerechten Prinzipien internationalen Verkehrs, für die heute alle friedliebenden Staaten eintreten, realisiert worden.“ (Neues Deutschland, 18.5.1977) Diese Sorte von „gerechten Prinzipien“ herrscht gewöhnlich zwischen Räuber und Beraubtem. Den Kekkonen haben sie sich auserkoren und hätscheln ihn, um den Raub und die Ausbeutung der finnischen Massen zu organisieren und mit dem Weihrauch internationalistischer Freundschaft einzunebeln.

Allein von 1972 bis 1976 ist der Anteil der Sowjetunion am Außenhandel Finnlands von knapp 12% auf 20% gestiegen. Die Sowjetunion liefert fast ausschließlich Erdöl bzw. Erdöl-Rohprodukte, womit sie etwa 70% der finnischen Öleinfuhren deckt, sowie Erdgas. Etwa die Hälfte des gesamten Bedarfs an Energie bzw. Energieträgern wird durch die Sowjetunion gedeckt. Dieses Monopol macht sie sich schamlos zunutze. 1974 wurde mit der

schamlos zunutze. 1974 wurde mit der

Sowjetunion das sechste Rahmenabkommen abgeschlossen für den Handel von 1976 bis 1980. Darin hat die Sowjetunion den Finnen vorgeschrieben, während der gesamten Vertragsdauer folgende unveränderliche Quoten abzunehmen: 6500 Tonnen Rohöl, 800 bis 2000 Tonnen Dieselöl, 1500 Tonnen Heizöl und Treibstoff, 15 Tonnen Schmieröle und andere Produkte für 2 Milliarden Rubel. Die Sowjetunion weigerte sich, mehr zu liefern, und bot stattdessen raffinierte Erzeugnisse an, obwohl Finnland zur Zeit des Vertragsschlusses die eigene Raffineriekapazität ausbaute, um sich selbst zu versorgen.

Ähnlich erpresserisch verfahren die Sozialimperialisten mit dem Erdgas. Um den Bau eines gasbeheizten Kraftwerks zu verhindern, haben die Sozialimperialisten den Gashahn abgedreht und die Finnen stattdessen gezwungen, ein zweites Kernkraftwerk und 1980 jährlich 4 Milliarden Kilowattstunden Strom zu kaufen. Die Gasleitungen lassen sich die Sozialimperialisten von den Finnen bauen und verlegen.

Finnland muß heute etwa ein Zehntel des Bruttosozialprodukts allein für die Tilgung von Schulden an die Imperialisten aufbringen.

Die Sozialimperialisten lassen die finnische Arbeiterklasse auch direkt in der Sowjetunion antreten. So bauen zur Zeit Tausende von finnischen Arbeitern und Technikern in der Sowjetunion ein Holzverarbeitungskombinat (1,3 Milliarden Finnmark) und ein Kupfer-Nickel-Schmelzwerk (1,8 Milliarden Finnmark).

Neidvoll blickt die westdeutsche Finanzbourgeoisie auf ihre imperialistische Konkurrenz. In der Vorbetrachtung der Staatspräsidentenwahlen in Finnland malte sich ein Schreiberling der „Frankfurter Allgemeinen“ die Aussicht Kekkonens aus dem Fenster seines Präsidentenpalais aus. Sein Blick falle auf den zaristischen Doppeladler, vermerkte er bitter. Oh, wenn's doch der schwarz-rot-goldene Adler wäre! Die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist inzwischen hinter der Sowjetunion zweitgrößter Handelspartner der Finnen. Die westdeutschen Imperialisten kommen auch hier über Europa. Finnland hat ein Freihandelsabkommen mit der EG unterzeichnet. Dieser Vertrag hat jedoch einen Pferdefuß. Die Sozialimperialisten haben die Finnen verpflichtet, diesen Vertrag zu kündigen, wenn er einer Ausweitung des Handels zwischen Finnland und der Sowjetunion im Wege steht. – (Bezirk Westberlin)

Die Supermächte USA und UdSSR sind die Kriegstreiber am Horn von Afrika

Mit allen Mitteln versuchen die beiden Supermächte USA und UdSSR in ihrem Ringen um Weltherrschaft Spaltung und Zwietracht zwischen die Länder der Dritten Welt zu säen, in der Absicht, sie sich zu unterjochen. Das Horn von Afrika ist von den beiden Supermächten wegen seiner günstigen Lage als Ausgangspunkt in den Indischen Ozean Verbindungsstraße zum Mittelmeer über das Rote Meer und den Suezkanal und als Nachbargebiet der Ölländer begehrt und umstritten.

Die USA und die UdSSR sind es, die am Horn von Afrika einen Krieg zwischen Somalia und Äthiopien anzetteln, wobei sie sich zunutzemachen, daß – wie in fast allen afrikanischen Staaten – die neuen Grenzen der Länder nicht mit den alten Kolonialgrenzen und Stammesgrenzen übereinstimmen. So haben sie einen Krieg um das Wüstengebiet Ogaden entfacht. Hauptkriegstreiber sind die Sozialimperialisten, die, seitdem die somalische Regierung sie aus dem Land geworfen hat, in Aufrüstungen und Truppentransporten dorthin nicht nachgelassen hat. Sie schicken kubanische Söldnertruppen, zunehmend aber auch Berater und Materialien aus der DDR.

UdSSR

Aus der Ansprache Leonid Breshnews zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution:

„Die internationalen Beziehungen stehen jetzt gleichsam am Scheidepunkt der Wege, die entweder zum Wachstum des Vertrauens und des Zusammenwirkens oder zum Wachstum von gegenseitigen Verdächtigungen und zur Hortung von Waffen führen, der Wege also, die schließlich entweder zu einem dauerhaften Frieden oder bestenfalls zum Balancieren am Rande eines Krieges führen. Diese Möglichkeit ungenutzt zu lassen, wäre ein Verbrechen …

Heutzutage ist die Welt in sozialer Hinsicht nicht homogen, sie setzt sich vielmehr aus Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zusammen. Das ist eine objektive Tatsache. Der sozialistische Teil der Welt liefert mit seiner inneren Entwicklung und seiner Einstellung zu den internationalen Beziehungen ein gutes Beispiel dafür, wie die großen Probleme, vor denen die Menschheit steht, am besten zu lösen sind. Er kann sie aber naturgemäß nicht für die ganze Menschheit lösen. Hier bedarf es zielstrebiger Bemühungen eines jeden Volkes in seinem Lande, hier ist eine umfassende und konstruktive Zusammenarbeit aller Länder, aller Völker erforderlich. Die Sowjetunion ist voll und ganz für diese Zusammenarbeit. Das ist bei gründlicher Betrachtung der Inhalt des außenpolitischen Kurses, den wir als Kurs der friedlichen Koexistenz bezeichnen.“

„Neues Außenhandelsabkommen zwischen der UdSSR und dem Sozialistischen Äthiopien“

„Jede Seite wird in ihren Häfen den Handelsschiffen der anderen Seite Meistbegünstigung gewähren … Im Einklang mit diesem Abkommen wird die Sowjetunion im Sozialistischen Äthiopien eine Handelsvertretung eröffnen, die Bestandteil der Botschaft der UdSSR im Sozialistischen Äthiopien ist und ihren Sitz in Addis Abeba hat.“ (Außenhandel, 10/77)

Neue Zeit, Mai 1977

„Es ist völlig verstiegen, im Erfolg der sowjetisch-äthiopischen Verhandlungen eine ‚Gefahr für die Stabilität' in Ostafrika zu erblicken, wie das gewisse westliche Beobachter tun.“

TASS, 6. Juni 1977

„Die TASS ist bevollmächtigt zu erklären, daß die Sowjetunion die Handlungen jener Kreise, die zu einer Aggression gegen Äthiopien rüsten sowie derjenigen, die sie zu diesem gefährlichen Kurs anstacheln, entschieden verurteilt. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, und wer es treibt, den wird eine schwere Verantwortung gegenüber den Völkern Afrikas und der ganzen Welt treffen.“

Neue Zeit, Oktober 1977

„Antikommunismus und Sowjetfeindlichkeit haben den Entwicklungsländern noch nie geholfen, ihre Probleme zu lösen. Sie haben Regimes, die sie zum Kernstück ihrer Politik machen, nur in eine Sackgasse geführt.“

TASS 7.12.1977

„Es ist allgemein bekannt, daß Radio Mogadischu am 13. November meldete, die somalische Regierung erachte den weiteren Aufenthalt sowjetischer Experten in Somalia nicht für erforderlich und kündige den sowjetisch-somalischen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit auf … Welchen Preis Somalia für diesen übereilten Schritt zu zahlen hat, wird die Zeit zeigen. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Schritt den Interessen der Feinde des somalischen Volkes und anderer afrikanischen Völker, den Interessen der Kräfte des Imperialismus und der internationalen Reaktion dienlich ist.

Radio DDR I, 30.12.1977

„… Es ist ein wesentliches Ziel der äthiopischen Revolution auch im Außenhandel, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, ein möglichst enges Verhältnis mit den sozialistischen Ländern zu suchen … wie eine immer engere ideologische und politische Zusammenarbeit. Bei dem Besuch jetzt in Äthiopien … spielte in Gesprächen eine große Rolle die Formierung einer marxistisch-leninistischen Partei … und man bedauert eigentlich immer wieder, daß die DDR viel zu klein ist, um diesen Wünschen nachkommen zu können, nach Leuten, die die Ärmel hochkrempeln oder zupacken und an Ort und Stelle helfen bei der Kaderausbildung, bei der Beratung auf dem Gebiet der Planung und auf so vielen Gebieten.“

Radio Moskau 31.12.1977 / Neujahrsbotschaft:

„Die internationalen Positionen der Sowjetunion erstarken, auf allen Kontinenten wächst die öffentliche Unterstützung für die konkreten Initiativen, die unsere Heimat ergreift, um weitere Vertiefung und Festigung der Entspannung, Eindämmung des Wettrüstens und Verstärkung des allgemeinen Friedens durchzusetzen.“

USA

Newsweek, 30.12.1977

„Wie aus offiziellen Stellen berichtet wird, besteht das Dilemma der USA in folgendem: Die USA sind verärgert und enttäuscht über das Breitmachen der Sowjetunion in Äthiopien … Die US-Administration sah sich auch eingeschränkt in der Frage, wie weit sie mit der Kritik der Russen in der Öffentlichkeit gehen könnte, weil dies von anderen Afrikanern als Rivalität der beiden Supermächte erkannt werden könnten, die dann versuchen könnten, einzuschreiten, um den Kampf zu beenden … Die Erhöhung der Anzahl der Kubaner war in gewisser Weise ein Anreiz für Carter, dem gesagt wurde, wenn die USA Schritte unternehmen würden, um die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, sei ihm zugesagt worden, daß Kuba seine Anwesenheit in Afrika einschränken würde.“

Newsweek, 10.1.1978

„Die NATO unterstrich, daß ein starkes pro-sowjetisches Äthiopien abhängig von der Sowjetunion in den Waffenlieferungen, in technischer und wirtschaftlicher Hilfe von Moskau als ein Gegengewicht zu dem wachsenden Einfluß der USA in Saudi-Arabien und Ägypten angesehen wird.“

Herald Tribune, 14.1.1978

„Die Carter-Administration setzt ihre Beziehungen zur Sowjetunion im Lichte verschiedener rätselhafter wie auch alarmierender Zeichen: In Anlehnung an einen Bericht des US-Intelligence Report setzt die UdSSR nicht nur seine militärischen Lufttransporte fort, sondern hat jetzt auch eine Tausend-Mann-Truppe in diesem Land und hat verschiedene bewaffnete Fregatten um dieses Gebiet plaziert …

Dies wirft einige grundlegende politische und strategische Fragen auf. Falls die Sowjets und Kubaner den Äthiopiern helfen, die Küsten von Somalia am Golf von Aden und am Indischen Ozean zu erobern, dann würden sie in einer Lage sein, wo sie den südlichen Zugang zum Roten Meer kontrollieren und die Rote-Meer-Küste Saudi Arabiens, und könnten erheblichen Druck auf Saudi Arabien ausüben.“

Newsweek, 16.1.1978

„Im letzten Jahr berichtete ein US-Nachrichtenmagazin, daß der somalische Präsident Mohhamed Siad Barre seinen Physiker und Berater Dr. K. Cahill im Juni nach Washington geschickt hatte, um die Möglichkeiten abzusprechen, ob es für Somalia eine andere Alternative bei der Beschaffung von Waffen gäbe, als die totale Abhängigkeit von der UdSSR. Mr. Cahill ist von den zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes mitgeteilt worden, daß die Vereinigten Staaten nicht abgeneigt wären, an einem wachsenden Druck durch die Guerillas in den Ogaden …“

Newsweek, 18.1.1978

„Die Frage ist nun, ob die äthiopische Armee unter Beteiligung Kubas und sowjetischer Berater anhalten, wenn sie die somalische Grenze erreichen, oder ob sie weiter ans Meer marschieren, um für den Kreml die somalische Küste zu erobern, mit dem einzigen Stützpunkt der Sowjetunion am Indischen Ozean. Moskau betrachtet den Stützpunkt als einen strategischen Schlüssel, und es kann erwartet werden, daß sie alles tun, um ihn in ihre Hand zurückzubekommen … Die Zeit ist reif zum Handeln für die Carter-Administration … Äthiopien ist das Angola der Carter-Administration.“

Die Bundesregierung muß die PLO offiziell anerkennen!

Interview der Kommunistischen Volkszeitung mit Abdallah Frangi, Vertreter der PLO bei der Arabischen Liga in der BRD

Genosse Frangi, Du warst jetzt einige Zeit im Libanon. Der stellvertretende Vorsitzende der PLO, Abu Jihad, sagte bei seinem Besuch in der Volksrepublik China Mitte letzten Jahres, daß der Süden des Libanon möglicherweise zum Schauplatz eines neuen arabisch-israelischen Krieges werden könne und daß dort eine entscheidende Schlacht der palästinensischen Revolution geschlagen werde. Wie ist die gegenwärtige politische Situation im Libanon und wie ist die Lage des palästinensischen Widerstandes in Beirut und im Süden des Landes?

Um diese Frage genau zu beantworten, muß man die Ziele der zionistischen Bewegung betrachten, die jetzt durch die Regierung Begin nur konsequenter verfolgt werden.

Die Zionisten haben immer Versuche unternommen, die Grenze zum Libanon zu überschreiten, um die Flüsse und strategischen Punkte zu erobern, die für das Ziel Israels, ein Großisrael zu schaffen, wichtig sind. Ihre Beteiligung im Konflikt im Libanon ist kein Zufall, sie verfolgten das Ziel, den palästinensischen Widerstand zu liquidieren bzw. zu schwächen. Wenn wir den Ausgang der Kämpfe im Libanon und ihre Wirkung auf den palästinensischen Widerstand betrachten, so müssen wir eingestehen, daß unsere Bewegungsfreiheit im Südlibanon bis zu einem gewissen Grad eingeschränkt worden ist. Aber trotzdem haben wir große Anstrengungen auf politischer und militärischer Ebene unternommen, die uns jetzt mehr Bewegungsfreiheit geben, so daß wir in kurzer Zeit unsere Basen im Südlibanon so ausgebaut haben, daß wir jetzt in der Lage sind, die expansionistischen Bestrebungen des zionistischen Staates zu stoppen. Unsere Lage in den Flüchtlingslagern hat sich auch binnen kurzer Zeit, nach den Kämpfen, sowohl politisch als auch militärisch so verbessert, daß die Liquidierungsversuche, die von dem zionistischen Siedlerstaat Israel und den Imperialisten unternommen werden könnten, zum Scheitern gebracht werden und daß sie auf die Geschlossenheit der palästinensischen Massen mit den palästinensischen Kämpfern und der fortschrittlichen und nationalen Bewegung im Libanon stoßen. Besonders jetzt nach dem Besuch von Sadat in Israel und den Kontakten zwischen Ägypten und Israel sind wir entschlossen, eine neue Front zu bilden, die das gestörte Gleichgewicht im arabischen Raum gegen Israel wieder herstellt, so daß wir die kommende Konfrontation mit dem zionistischen Staat wie die Schlacht von Karameh 1968 beenden können.* Das alles bedeutet für uns mehr Opfer und mehr Widerstand.

Was kannst Du uns über die Entwicklung des Befreiungskampfes innerhalb des zionistischen Siedlerstaates Israel und innerhalb der besetzten Gebiete berichten?

Wir haben während der letzten 14 Jahre Widerstand gegen den zionistischen Staat festgestellt, daß unser Volk innerhalb der besetzten Gebiete von 1948 und der besetzten Gebiete von 1967 mehr und mehr sich dem bewaffneten Kampf angeschlossen hat, so daß wir jetzt sagen können, daß unsere Massen, die vor 17 Jahren machtlos waren gegenüber dem zionistischen Staats- und Militärapparat, heute ihre Identität gefunden haben und sich den Reihen der PLO angeschlossen haben. Das alles, trotz der harten Maßnahmen der Zionisten, die anfangen bei Bodenraub, über Massenvertreibung bis hin zu Gefängnis, Folter und Mord. Diese Tapferkeit unseres Volkes in den besetzten Gebieten hat ihre Wirkung auch innerhalb des zionistischen Siedlerstaates, so daß wir heute viele Israelis finden, die nicht nur die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen, sondern auch Maßnahmen ergreifen, um sich aktiv gegen die zionistischen Bestrebungen zu stellen und zu kämpfen. Wir rechnen damit, daß der zionistische Staat mit seinem Apparat viel aggressiver und brutaler gegenüber den Massen und der fortschrittlichen Juden vorgehen wird, aber wir wissen auch, daß diese Maßnahmen den zionistischen Staat nicht vor dem Untergang retten werden.

Wen betrachtet Ihr heute als die Hauptfeinde der palästinensischen Revolution und worin besteht die aktuelle Hauptgefahr? Welche Schritte hält die PLO gegenwärtig für notwendig zur Festigung der arabischen Einheit?

Die Hauptfeinde der palästinensischen Revolution waren immer der Zionismus, der Imperialismus und die arabischen Kräfte, die mit ihnen zusammenarbeiten oder kollaborieren. Die jetzige Gefahr besteht in den Plänen der zionistischen Bewegung, die darauf beharrt, mehr Land zu rauben und zu besetzen und ihre expansionistischen Ziele zu verfolgen. Die Gefahr besteht weiterhin in den arabischen Kräften innerhalb unseres Raumes, die diese Ziele verharmlosen. Und hier sehen wir sehr deutlich die Zusammenarbeit zwischen dem Imperialismus, dem Zionismus und den reaktionären Kräften. Jetzt haben sie sich geeinigt, erstmals die PLO auszuschalten als Vertreterin des palästinensischen Volkes, um Lösungen zu finden, die nur gegen unsere Interessen sein können. Deswegen sind wir entschlossen, um all dem zu begegnen,

a) unsere Einheit innerhalb der PLO zu festigen,

b) unsere Massen in den besetzten Gebieten besser zu organisieren,

c) den bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten zu intensivieren,

d) eine arabische Front von allen Kräften zu bilden, die entschlossen sind, unseren Kampf zu unterstützen,

e) eine große Front von allen fortschrittlichen Kräften in aller Welt aufzubauen, um intensiver unseren gerechten Kampf unterstützen zu können.

Welche weiteren Beschlüsse haben die PLO und der Palästinensische Nationalrat gefaßt, um die schwierige Situation zu meistern?

In allen Sitzungsperioden unseres Nationalrates haben wir uns mit den Problemen befaßt, die unser Volk betreffen, um Beschlüsse zu erzielen, die unsere Situation verbessern und den Kampf gegen unsere Feinde vorwärtstreiben. So z.B. im 12. Nationalrat haben wir ein 10-Punkte-Programm verabschiedet, das einen großen Beitrag dazu geleistet hat, daß wir festen Boden unter den Füßen hatten in der Phase unseres Kampfes von 1973 bis 1976, so daß wir dadurch als Vertreter des palästinensischen Volkes von den meisten Staaten der Welt anerkannt wurden. Durch diese Beschlüsse ist es uns gelungen, den zionistischen Staat und seine Politik von allen Gremien der UNO verurteilen zu lassen, und wir haben damit internationale Anerkennung und Unterstützung für unseren legitimen Kampf gegen dieses zionistische Gebilde im Nahen Osten erlangt.

Während der Kämpfe im Libanon und danach war es sehr deutlich, daß wir in eine neue Phase eingetreten sind, wo viele in diesem Gebiet und außerhalb versuchen würden, entweder die PLO unter Kontrolle zu bekommen oder eine neue Führung zu schaffen. Der 13. Palästinensische Nationalrat hat im vergangenen Jahr in seinen Beschlüssen die Weichen gestellt für diese neue Phase. Diese Phase ist gekennzeichnet durch den Versuch, mit allen Mitteln eine politische Lösung für die Nahostfrage zu erzwingen. Unsere Aufgabe war es, die Pläne und die Konferenzen, die unsere Rechte nicht beachten, zu bekämpfen. Unterstützt von unseren Massen innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete und mit Hilfe unserer Freunde überall auf der Welt haben wir es verhindert, daß Nahost-Konferenzen abgehalten und politische Lösungen durchgesetzt werden ohne Beteiligung der PLO als dem einzig legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes. So haben wir der ganzen Welt gezeigt, daß das Palästina-Problem der Kern des Nahost-Problems ist. In letzter Zeit sind Versuche unternommen worden seitens des zionistischen Staates und seitens Präsident Sadats, die PLO auszuklammern und auszuschalten, um eine neue Führung zu schaffen. Unsere Massen in den besetzten Gebieten haben gezeigt, daß sie nicht nur geschlossen hinter der PLO stehen, sondern auch in der Lage sind, Kollaborateure zu bestrafen. Vier dieser Kollaborateure wurden in letzter Zeit hingerichtet. Diese Geschlossenheit hinter der PLO haben die Massen ebenfalls in einer Erklärung ausgedrückt, die von 87 Stadt-, Gemeinderäten und anderen Massenorganisationen und Einzelpersönlichkeiten unterschrieben worden ist.

Wie beurteilt Ihr die Politik des BRD-Imperialismus gegenüber der palästinensischen Revolution?

Die Bundesregierung hat bis jetzt die PLO nicht offiziell anerkannt, obwohl Belgien, Schweiz und Frankreich es offen getan haben. Trotz aller Versuche der Bundesrepublik und einiger anderer westeuropäischer Regierungen, diese Frage zu umgehen, werden sie über kurz oder lang feststellen müssen, daß diese Frage unumgänglich ist. Man kann keine Beziehungen mit dem Nahen Osten auf lange Sicht hin aufbauen und das palästinensische Volk und die PLO dabei ignorieren.

* Am 21.3.1968 versuchte die zionistische Armee, die Militärbasen der Revolution in Jordanien zu vernichten. In Karameh bereiteten ihnen die palästinensischen bewaffneten Verbände ihre erste Niederlage gegen eine arabische Armee überhaupt.



Mit über 27 000 Mark Spendenergebnis hat das Nahostkomitee Westberlin die Kampagne „Die westdeutschen Imperialisten schicken Schütz nach Israel – Unsere Antwort: Ein Jeep für die PLO" nach dreieinhalb Monaten abgeschlossen. Auf der Demonstration bei den Musiktagen der Soldaten- und Reservistenkomitees am 31.12.77 in Hannover wurde der Jeep mitgeführt (Foto). Auf einer Kundgebung am 7.1. in Westberlin wurde der Jeep verabschiedet und an die PLO geschickt.

Dokumentation: Politisches Kommuniqué des 13. Palästinensischen Nationalrates (Sitzungsperiode Kamal Djumblatt)

Ziele und nächste Aufgaben der palästinensischen Revolution wurden zuletzt in den Beschlüssen des 13. Palästinensischen Nationalrats, der zwischen dem 12. und 21. März 1977 abgehalten wurde, festgelegt. Nach neuntägiger Diskussion bekräftigten alle politischen Organisationen ihr Festhalten an der palästinensischen nationalen Einheit und ihre Entschlossenheit, allen imperialistisch-zionistischen Verschwörungen entgegenzutreten. Die Ergebnisse der Konferenz faßte der Palästinensische Nationalrat in folgendem politischen Kommuniqué zusammen:

„Ausgehend von der Palästinensischen National-Charta und den Beschlüssen der vorangegangenen Nationalräte und von den Beschlüssen und politischen Errungenschaften, die die PLO auf arabischer und internationaler Ebene nach dem 12. Palästinensischen Nationalrat erzielt hat, und nach der Einschätzung der aktuellen Entwicklung der Palästina-Frage, den Vormarsch des nationalen palästinensischen Kampfes in arabischen und internationalen Institutionen unterstreichend, bekräftigt der Nationalrat folgendes:

1. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß die Palästina-Frage den Kern und die Grundlage des arabisch-zionistischen Konfliktes darstellt; die UN-Sicherheitsratsresolution 242 ignoriert das palästinensische Volk und seine unveräußerlichen Rechte, deshalb bekräftigt der Rat seine Ablehnung dieser Resolution und Verhandlungen auf arabischer und internationaler Ebene auf der Grundlage dieser Resolution.

2. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, den bewaffneten Kampf und die damit zusammenhängenden Formen des politischen und des Volkskampfes fortzusetzen, um die nationalen Rechte zu verwirklichen.

3. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß der Widerstand im besetzten Gebiet in allen Formen, militärisch und politisch, im Zentrum seines Kampfprogramms steht. Auf dieser Grundlage kämpft die PLO um die Stärkung des bewaffneten Kampfes im besetzten Gebiet und die Stärkung aller Kampfformen, die ihn ergänzen. Der Palästinensische Nationalrat sorgt für die Bereitstellung aller Formen der moralischen Unterstützung unseres Volkes im besetzten Gebiet, um seinen Kampf zu verstärken und seinen Widerstand zu fördern bis zur Beendigung und Vernichtung der Besatzung.

4. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Haltung der PLO, alle Formen der kapitulationistischen amerikanischen Lösungen und alle Liquidierungsversuche abzulehnen; er bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, jeglichen Lösungen auf Kosten der unveräußerlichen Rechte unseres Volkes entgegenzutreten; er fordert die arabische Nation dazu auf, ihre Verantwortung zu tragen und alle ihre Kräfte zu mobilisieren, um diesen imperialistisch-zionistischen Plänen zu begegnen.

5. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit und Notwendigkeit der nationalen Einheit – militärisch und politisch – zwischen den verschiedenen Organisationen der Revolution im Rahmen der PLO, da die nationale Einheit eine grundlegende Bedingung für den Sieg ist. Deshalb muß die nationale Einheit auf allen Ebenen koordiniert werden auf der Grundlage der Verpflichtung gegenüber diesen Beschlüssen und Programmen, die die Verwirklichung dieser Beschlüsse garantieren.

6. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der palästinensischen Revolution auf Präsenz auf dem Boden des brüderlichen Libanon – im Rahmen des Kairoer Abkommens und seinen Zusatzbestimmungen zwischen der PLO und den libanesischen Behörden. Er bekräftigt sein Festhalten an der wörtlichen Durchführung des Abkommens, einschließlich der Bewahrung der Stellungen der Revolution und der Sicherheit der palästinensischen Lager. Der Palästinensische Nationalrat lehnt jegliche einseitige Interpretation des Abkommens und seiner Zusatzbestimmungen ab; gleichzeitig bringt er seine Sorge um die Souveränität und Sicherheit des Libanon zum Ausdruck.

7. Der Palästinensische Nationalrat begrüßt das brüderliche heroische libanesische Volk, und er bekräftigt, daß die PLO an der Einheit des Libanon festhält, an der Einheit seines Volkes, seiner Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität und an seinem arabischen Charakter; er drückt seinen Stolz darüber aus, daß die PLO die Solidarität von diesem Volk erfährt in ihrem Kampf für die Wiedergewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes, das Recht auf Rückkehr in seine Heimat. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt in aller Entschiedenheit die Notwendigkeit der Vertiefung der Einheit zwischen den libanesischen nationalen Kräften und der palästinensischen Revolution.

8. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Notwendigkeit der Stärkung der an der palästinensischen Revolution teilnehmenden arabischen Front und die Vertiefung der Einheit mit allen teilnehmenden Kräften in den arabischen Ländern; er bekräftigt die Notwendigkeit, eine bessere Formel des gemeinsamen arabischen Kampfes und der Unterstützung der palästinensischen Revolution zu finden, um den imperialistisch-zionistischen Plänen zu begegnen.

9. Der Palästinensische Nationalrat beschließt die Forcierung des arabischen Kampfes und der Solidarität auf der Grundlage des Kampfes gegen Imperialismus und Zionismus für die Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete und auf der Grundlage der Verpflichtung zur Unterstützung der palästinensischen Revolution in ihrem Kampf für die Rückgewinnung der nationalen unveräußerlichen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes – ohne Versöhnung und Anerkennung.

10. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der PLO, ihren Verpflichtungen auf gesamtarabischer Ebene und von allen arabischen Gebieten aus nachzukommen, um das Land zu befreien.

11. Der Palästinensische Nationalrat beschließt die Fortsetzung des Kampfes zur Rückgewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes, vor allem das Recht auf Rückkehr und Selbstbestimmung und das Recht auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Boden.

12. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit, die Zusammenarbeit und Solidarität mit den sozialistischen Ländern, den blockfreien Staaten, den islamischen Ländern und den afrikanischen Staaten, mit allen nationalen Befreiungsbewegungen zu befestigen.

13. Der Palästinensische Nationalrat begrüßt die Staaten und demokratischen Kräfte, die den Zionismus als eine Form des Rassismus und seine Aggressionsakte bekämpft haben.

14. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit der Beziehung und Koordination mit den jüdischen demokratischen und fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat, die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen; er ruft alle Staaten und Kräfte auf, die Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt wollen, alle Formen der Hilfe und Zusammenarbeit mit dem zionistisch-rassistischen System abzubrechen und die Kontakte mit ihm und seinen Institutionen abzulehnen.

15. Der Palästinensische Nationalrat – in Anbetracht der allgemeinen Errungenschaften, die auf arabischer und internationaler Ebene seit dem 12. Nationalrat erzielt worden sind – und nachdem der politische Bericht des Exekutivkomitees angehört worden ist, beschließt:

a) Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der PLO auf Teilnahme in unabhängiger und gleichberechtigter Form in allen internationalen Konferenzen und Institutionen, die sich mit der Palästina-Frage und mit dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen, um unsere unveräußerlichen nationalen Rechte, die von der UN-Vollversammlung 1974 in der Resolution 3236 bestätigt worden sind, durchzusetzen.

b) Der Palästinensische Nationalrat erklärt alle Lösungen und Regelungen, die die Rechte unseres palästinensischen Volkes berühren und in seiner Abwesenheit beschlossen werden, grundsätzlich für ungültig."



Bei der Urabstimmung im Hamburger Hafen



In Bremen haben die Arbeiter in der Vorbereitung des Streiks die Kräne hochgezogen

Streikbeschluß bei den Hafenarbeitern

97% in der Urabstimmung für Streik für die Forderungen: Abschluß nicht unter 9%

Am Freitag, den 20.1., um 17 Uhr wurde die Urabstimmung über den Streik in den Seehäfen abgeschlossen. Allein bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft) hatten am ersten Tag bereits 3500 Arbeiter von insgesamt 4000 abgestimmt. Die Wahlbeteiligung beim Gesamthafenbetrieb lag bei 85%, die Kranken noch nicht mal eingerechnet.

Keiner, der nicht zur Abstimmung war. Auch keiner, der gegen den Streik war. Morgens in den Einteilungsstellen gab es immer wieder die Frage, kommt es zum Streik oder nicht. Es geht dabei um die 9% Lohnerhöhung. 220 DM wären schon besser gewesen und wurden auch aus den Betrieben verschiedentlich gefordert. Aber jetzt in der Streikvorbereitung war man sich einig. Nicht unter 9%. Die Kapitalisten wollen drastische Lohnsenkung. Also schließen wir uns zusammen und schauen, daß wir die 9% auch kriegen. Und daß es ohne Streik nicht gehen wird, war auch allen klar.

Es geht auch darum, daß wir manche

den auch aus den Betrieben verschiedentlich gefordert. Aber jetzt in der Streikvorbereitung war man sich einig. Nicht unter 9%. Die Kapitalisten wollen drastische Lohnsenkung. Also schließen wir uns zusammen und schauen, daß wir die 9% auch kriegen. Und daß es ohne Streik nicht gehen wird, war auch allen klar.

Es geht auch darum, daß wir manche

Rechnung mit den Kapitalisten zu begleichen haben. Wie oft wurden wir um das Schmutzgeld betrogen. Wie oft wurden wir schikaniert und in den größten Dreck gesteckt, und das alles für einen Schichtlohn, der bei den Pflichtschichten nicht zum Leben reicht für eine Familie. Wieviele Unfälle mußten wir miterleben. Abgerissene oder abgequetschte Finger. Gerade bei den vielen neu eingestellten Arbeitern, die noch keine Erfahrung haben und kaum eingearbeitet werden. Diese ganzen Umstände der brutalen kapitalistischen Ausbeutung sind es, warum die Arbeiter bereit sind, den Streik durchzuführen und zu organisieren. Ein Arbeiter hat es schon durchgerechnet, wie er mit dem Streikgeld hinkommt. Vier Wochen bestimmt. Wir bekommen zwischen 50 und 62 DM pro Tag und das sieben Tage in der Woche.

Die Bedingungen für den Streik sind auch deshalb gut, weil in der letzten Woche Hunderte von neuen Mitgliedern eingetreten sind, vor allem in den kleinen Betrieben zwischen 50 und 100 Arbeitern.

Als am Vortag der Urabstimmung Polizei die ÖTV-Lautsprecherdurchsagen überwachen wollte, war eine aggressive Stimmung gegen die Polizei.

Sowohl der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe als auch die gesamte Presse haben geballte Stimmung gegen den Streik gemacht. Das Wohl des Volkes sei gefährdet. „Kein Öl – kein Kaffee – keine Bananen" war eine Überschrift in der „Bild", und in der „Morgenpost" vom 20.1. äußerte sich der HHLA-Chef Kern direkt gegen den Streik und gibt bekannt, daß er auf Notdienstvereinbarungen mit der ÖTV setzt, wenn es zum Streik kommt. Am gleichen Tag noch haben sich die Arbeiter des Gesamthafenbetriebs der 2. Schicht drangemacht und einen Leserbrief an die „Morgenpost" geschrieben. Darin heißt es:

„Der Chef der HHLA braucht sich nicht zu denken, daß er über einen

barungen mit der ÖTV setzt, wenn es zum Streik kommt. Am gleichen Tag noch haben sich die Arbeiter des Gesamthafenbetriebs der 2. Schicht drangemacht und einen Leserbrief an die „Morgenpost" geschrieben. Darin heißt es:

„Der Chef der HHLA braucht sich nicht zu denken, daß er über einen

Notdienst die Schiffe abgefertigt kriegt. Das werden wir zu verhindern wissen. Und natürlich kann es sein, daß eine Ladung Bananen schlecht wird, wenn ein Schiff nicht entladen wird. Aber wir werden uns nicht unter Druck setzen lassen. Denn wenn wir uns nicht mit dem Streik unsere Lohnerhöhung erkämpfen, dann können wir Arbeiter uns bald keine Südfrüchte mehr leisten. Dann werden die zwar von uns gelöscht, aber wir können sie von unserem Lohn nicht bezahlen."

Es wird im Brief weiter an der Streichung der Lohngruppe 2 festgehalten, was ja nicht in den Forderungen, für die gestreikt wird, enthalten ist, und weil Kern – Exsenator und HHLA-Chef – meint, unsere Lohnforderungen seien „außerhalb der Realität", heißt es: „Wir werden es dem HHLA-Chef schon zeigen, was wir im Streik durchsetzen können. Schon morgen kann er es an dem Urabstimmungsergebnis ablesen."

Unterschrieben von 22 Kollegen der Einteilungsstelle 1 – (Hafenzelle Hamburg)



Die Schulkreiskonferenz 52 der GEW in Hamburg hat am 18.1. beschlossen, eine Grußadresse an die Hamburger Hafenarbeiter zur Durchführung der Urabstimmung für einen Streik zu schicken.



Die Schulkreiskonferenz 52 der GEW in Hamburg hat am 18.1. beschlossen, eine Grußadresse an die Hamburger Hafenarbeiter zur Durchführung der Urabstimmung für einen Streik zu schicken.

Streik und die Schleuse gesperrt

Frankfurt. 150 Arbeiter des Wasser- und Schiffahrtsamtes Frankfurt hatten am 18.1 von 10.45 Uhr bis 18.00 Uhr ihre Arbeit niedergelegt und damit den Schiffsverkehr auf dem Main weitgehend lahmgelegt. Mit dieser Kampfmaßnahme protestierten die Arbeiter gegen die Schließung ihres Amtes und den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Parallel zu der Schließung der Schleuse haben eine Anzahl von Kollegen mit einem Autokorso mit etwa 60 Autos und mitgeführten Transparenten in der Innenstadt gegen die geplante Stillegung demonstriert. In der Resolution der Protestversammlung haben die streikenden Arbeiter angekündigt, weitere Aktionen durchzuführen, wenn nicht die geplante Entscheidung zurückgenommen wird.

Steuerfreibetrag gesenkt

Norden. Den Besatzungsmitgliedern der Reederei Norden (Frisia Norderney) sind beim Antrag auf Lohnsteuerermäßigung für 76 die Steuerfreibeträge gesenkt worden, bei einem Matrosen z.B. von 173 DM im Monat 1977 auf 128 DM 1978.

Nach Auskunft des Lohnbüros hat die Oberfinanzdirektion Hamburg den zu versteuernden Satz des Verpflegungsgeldes (insgesamt 300 DM, die in der Heuer enthalten sind), von 189 DM auf 221 DM angehoben.

Das Verpflegungsgeld wird wegen des Zwangs zur doppelten Haushaltsführung gezahlt. Die Tendenz gehe dahin, daß das Verpflegungsgeld ganz versteuert werden müsse.

VW-Tarifkommission hat sich vertagt – eine Forderung für 220 DM Festgeld kann die ganze Lohnfront in Bewegung setzen

Wolfsburg. Am 17.1. hat die Große Tarifkommission der IG Metall für die VW Werke getagt. Sie hat keine Forderung beschlossen. Auf Vertrauensleutesitzungen wurde jedoch bekanntgegeben, die Mehrheit der Mitglieder der Großen Tarifkommission hätte sich für eine 8,5%-Forderung ausgesprochen. Uneinigkeit hätte es lediglich bei Nebenforderungen gegeben, ob eine Lohngruppe 10 für Zeitlöhner, ob ein 160-DM-Mindestbetrag, zwei Tage mehr Urlaub oder Bezahlung der Pausen für Schichtarbeiter als Forderung aufgestellt werden soll. Darüber soll jetzt verhandelt werden. Außerdem wurde gleich mal verbreitet, daß mit einem Abschluß um die 6% gerechnet würde, wegen der guten Auftragslage. Die Große Tarifkommission hat, obwohl nichts beschlossen, also gleich mehrere Fallstricke ausgelegt, um die Bewegung unter den Arbeitern für 220 DM und Streik einzufangen. Es ist schon ziemlich dreist, jetzt von einem 6%-Abschluß zu sprechen, wo gerade die Tarifverhandlungen in den anderen Tarifbezirken der Metallindustrie ohne Ergebnis auf Anfang Februar vertagt worden sind. Bisher stehen die „3,5% und sonst keine Extras" von Gesamtmetall zur Debatte und nicht 6%. Die Kapitalisten der Stahlindustrie haben auch bei den 4. Verhandlungen kein Angebot vorgelegt. Mit den Nebenforderungen, über die sich die Tarifkommission nicht einig werden konnte, ist das auch so eine Sache.

Offensichtlich soll sich jetzt die Belegschaft darüber in die Haare kriegen. Es ist ja auch für jeden was dabei: Lohngruppe 10 für die Facharbeiter, mindestens 160 DM für die Akkordarbeiter bzw. die schlechter verdienenden Zeitlöhner und Angestellten, was bei den untersten Lohn- und Gehaltsgruppen sogar mehr als 8,5% ausmacht. Wiederum sind die 160 DM Festgeld zu niedrig, als daß sich die ganze Belegschaft darauf einigen könnte. Die „Nebenforderungen", auch wenn sie nur gerüchteweise verbreitet werden, entsprechen jeweils scheinbar besonderen Interessen von Teilen der Belegschaft, denen objektiv die Aufspaltung in niedrige und hohe Geldgruppen, wie sie zielstrebig von den VW-Kapitalisten vorangetrieben wurde, zugrunde liegt.

Der Wunsch nach einer Festgeldforderung, die hoch sein muß in diesem Jahr, ist unter den VW-Arbeitern stark. Das macht es den sozialdemokratischen Führern in der Tarifkommission schwer, eine Forderung in der Tarifkommission beschließen zu lassen, die geeignet ist, die Einheit dafür in der Belegschaft zu verhindern und die Bereitschaft, für Durchsetzung der Forderung zu kämpfen, zu knebeln, gleichzeitig aber doch gerade noch akzeptiert werden kann von einem großen Teil der Arbeiter, wenn die Tarifkommission erst mal beschlossen hat. Durchaus möglich ist, daß die Absicht besteht, alle diese Punkte als Forderung zu stellen, um flexibel für alle Manöver zu sein und, je nach Lage, Zug um Zug Kompromisse zu schmieden, bei denen für die übergroße Mehrheit nur eine Niederlage rauskommen kann.

Offensichtlich gab es darüber noch größere Widersprüche unter den Mitgliedern der Tarifkommission.

So spät, erst vier Tage, bevor der Tarifvertrag ausläuft, ist noch keine Tarifforderung bei VW aufgestellt worden. Sicher ist, daß die führenden Sozialdemokraten bis zur Tarifkommissionssitzung am 27.1. bemüht sind, diese Widersprüche wegzuschaffen. Für die VW-Arbeiter ist diese Lage durchaus günstig, wenn sie genutzt wird, um den Druck in Richtung Einheit für eine Beschlußfassung über 220 DM zu verstärken; daß die Mitglieder der Tarifkommission mit klarem Auftrag, so und nicht anders zu beschließen, in die Sitzung der Tarifkommission am nächsten Freitag geschickt werden. Daß dies organisiert werden kann, zeigt die einfache Berechnung: Selbst bei der höchsten Lohngruppe sind die Vorstellungen, die verbreitet wurden, 50 DM niedriger als die 220 DM.

Jeder niedrigere Abschluß wird ohne Zweifel Schmücker die Bedingungen verbessern, die geplanten Sonderschichten und Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen. Sowohl in der Stahl- und Metallindustrie sind die nächsten Verhandlungen Anfang Februar. Wird bei VW für 220 DM gestreikt, so ist ein Durchbruch gegen die ganze Lohnfront der Kapitalisten erreicht. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Streik waren bei VW noch nie so günstig wie in diesem Jahr. Noch nie war der Konkurrenzkampf unter den Automobilkonzernen so scharf, und noch nie waren die Lieferfristen für VWs so lang. – (VW-Betriebszelle, Südostniedersachsen)

Streik bei Hoesch Dortmund

Dortmund, Hoesch-Hüttenwerke. Am Mittwoch, den 18.1. traten die Frühschichten der Hoesch-Hüttenwerke Westfalenhütte und Phoenix (ca. 5000 Arbeiter) in den Streik. Vorausgegangen waren Debatten über den Streik bei den Edelstahlwerken. Von 8.30 bis ca. 10.30 Uhr führten die Arbeiter der Westfalenhütte eine Streikversammlung durch. Gefordert wurde, daß Schmitthalt vom Vorstand kommen soll. Es kam aber niemand von der Geschäftsleitung. Aufgetreten war der Betriebsratsvorsitzende Wolf und hat erklärt, er freue sich, daß so viele gekommen seien, das würde sicherlich der Tarifkommission den Rücken stärken. Aber jetzt solle man zusehen, daß man wieder an die Arbeit komme. Danach hat sich der Streik Zug um Zug aufgelöst. Das Kaltwalzwerk hat am längsten gestreikt. Über den Abbruch des Streiks gibt es große Unzufriedenheit. Ein Schlosser erklärte, das sei doch Scheiße, nur 2 Stunden zu streiken.

Warnstreik bei den Edelstahlwerken Thyssen

Dortmund. Am Dienstag, den 17.1. trat die Frühschicht des Edelstahlwerks Thyssen in Dortmund geschlossen (ca. 500 bis 600 Arbeiter) in Streik gegen das Null-Prozent- Angebot der Kapitalisten. Nach der Frühstückspause gegen 10 Uhr versammelten sich die Arbeiter und zogen unter den Parolen: „Wir sind kampfbereit" und „Nicht Null, sondern 7%" durch das Werksgelände zum Betriebsrat. Ein Arbeiter erklärte nachher: „Wir wollen mehr Geld haben. 7% haben wir gefordert, 0% wollen sie uns geben. Deswegen haben wir gestreikt". Nachdem der Betriebsrat zugesagt hatte, den Streik weiterzumelden, auch an den Arbeitgeberverband, nahmen die Arbeiter 15 Minuten vor 11 Uhr die Arbeit wieder auf. Die Stimmung in der Belegschaft ist für Streik. „Es ist zu lange nichts getan worden", kritisierte ein Arbeiter die Verhandlungstaktik der IGM. „Wenn am 19.1. nichts herauskommt, müssen wir weiterstreiken", meinte ein anderer, „aber dann müssen auch die Angestellten mitmachen."

Ergebnis der Tarifverhandlungen Stahl am 19.1.

WDR II, 20.1.78, 10.00 Uhr: „Die Tarifverhandlungen für die rund 210000 Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie NRW, Osnabrück und Bremen sind heute früh in Düsseldorf nach elfstündiger Dauer ohne Ergebnis beendet worden. Ein Sprecher der Gewerkschaft

auch die Angestellten mitmachen."

Ergebnis der Tarifverhandlungen Stahl am 19.1.

WDR II, 20.1.78, 10.00 Uhr: „Die Tarifverhandlungen für die rund 210000 Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie NRW, Osnabrück und Bremen sind heute früh in Düsseldorf nach elfstündiger Dauer ohne Ergebnis beendet worden. Ein Sprecher der Gewerkschaft

Metall erklärte, ein neuer Termin sei nicht vereinbart worden. Die Unternehmer hatten eine Verlängerung der am 31. Oktober 1977 gekündigten Tarife um sechs Monate und anschließend für ein weiteres halbes Jahr eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,5% angeboten. Dazu erklärte die IG Metall, dieser Vorschlag entspreche nicht dem Ausgleich der Preissteigerungsrate, sondern bei einer Laufzeit von 12 Monaten seien 1,75% das mathematisch richtige Ergebnis.

Für den Arbeitgeberverband Eisen und Stahl erklärte dessen Vorsitzender Weisweiler, man habe sich über das schwierige und wichtige Paket der Lohn- und Gehaltssicherung geeinigt und sich über einen gleichmäßigen Monatslohn für Stahlarbeiter von 1979 an verständigt. Deshalb haben die Unternehmer geglaubt, die IG Metall könne auf ihren Vorschlag für Lohn- und Gehaltserhöhungen eingehen."

Vulkan-Lehrlinge lehnen 3,5%-Angebot ab

Bremen. Die Jugendvertretung des Bremer Vulkan hat beschlossen, einen Brief zu schreiben, in dem das 3,5%-Angebot als Provokation abgelehnt wird. In dem Brief wird die Gewerkschaft aufgefordert, das Angebot abzulehnen und Streikvorbereitungen zu treffen. Bisher wurden 35 Unterschriften (davon sechs Jugendvertreter) gesammelt. Bis Montag soll die Unterschriftensammlung unter den Lehrlingen weitergeführt werden.

„Bosch Nürnberg streikbereit"

Nürnberg. Ein Mitglied der Vertrauensleutekörperleitung von Bosch Nürnberg erklärte, daß sie nicht davon ausgingen, daß die 8%-Forderung umgestoßen werden kann, daß die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen aber unbedingt gestärkt werden müsse. Im Werk seien die Arbeiter streikbereit. Nächste Woche findet eine neue Vertrauensleutekörpersitzung statt.

0 – 3%- Angebot ist ein Streikgrund

Kassel. Bei der Firma MPS-Maschinenbau haben in zwei Abteilungen von 11 IGM Mitgliedern 8 Arbeiter, darunter 2 Betriebsräte einen Brief an die Grosse Tarifkommission der IGM Hessen geschickt: „Um am ersten Verhandlungstag Rükkenstärkung aus den Betrieben zu kriegen, schicken wir euch diese Unterschriftenliste aus dem Betrieb MPS-Maschinenbau, Kassel. Wir brauchen eine ausreichende Tariflohnerhöhung. Richtig finden wir eine Festgelderhöhung um die 200 DM. Der Beschluss der Verwaltungsstelle Darmstadt mit 120 DM und 5% zeigt genau in diese richtige Richtung. Vor allem müssen aber die unteren Lohngruppen unter 1200 Mark Brutto weg. Sollten die Arbeitgeber wie in Baden-Württemberg gar kein Angebot, ein Null-Angebot oder ein Angebot um die 3% machen, sehen wir das als einen Grund an, um zu streiken."

Die Streiks der Druckarbeiter sind das richtige Mittel

Die „Kompromißformel" von Druckkapitalisten und Sozialdemokraten entspricht keiner Forderung der Druckarbeiter

Mittwoch, 18. Januar: Mit Beginn der 11. Verhandlungsrunde zwischen der Gewerkschaft und den Druckkapitalisten kommt es in den drei Münchner Zeitungshäusern (Münchner Zeitungsverlag, Süddeutscher Verlag, Buchgewerbehaus) zum Streik, der das Erscheinen aller Zeitungen in München am Donnerstag verhindert. Weiter bestreikt werden u.a. die „Nürnberger Nachrichten" und die „Frankenpost" (Hof).

Donnerstag, 19. Januar: Die Streikbewegung breitet sich rasch aus. Der „Münchner Merkur" erscheint am Freitag nur als Notausgabe. Nach einer Demonstration am Vortag in Frankfurt (s. Bild) finden in etwa 50 hessischen Druckereien drei- bis vierstündige Streiks statt, so daß unter anderem in Frankfurt am Freitag keine Zeitung erscheint. Die Tagschicht der Mannheimer Großdruckerei verlangt bei Scheitern der Verhandlungen die sofortige Einleitung der Urabstimmung. Ebenso beraten die beschäftigten nach kurzen Streiks am Vortage in Versammlungen in der Anzeigensetzerei des Druckhauses Fromm, Osnabrück. Auch die Stuttgarter Zeitungen erscheinen am Freitag nicht, nachdem in der Turmhausdruckerei und in der Südrolle der Streik durchgesetzt wurde. In Augsburg wird u.a. bei der größten Augsburger Zeitung, der „Augsburger Allgemeinen", eine Stunde lang in mehreren Abteilungen gestreikt. In Kettwig/Nordrhein-Westfalen wird der Druck von 3,5 Millionen Bild-Zeitungen, in Düsseldorf der des „Handelsblatts" und der „Rheinischen Post" bestreikt.

Freitag, 20. Januar: Die sozialdemokratische Mehrheit der Großen Tarifkommission stimmt dem „Verhandlungsangebot" der Kapitalisten als „Verhandlungsgrundlage" zu.

Samstag, 21. Januar: Die Druckkapitalisten lassen „Entspannung" verbreiten. „Hoffnung auf Einigung im Druck-Konflikt" überschreibt die „Franfurter Allgemeine", „Entspannung im Druck-Tarifkonflikt" überschreibt die „Süddeutsche" auf der ersten Seite.

Das inzwischen bekanntgewordene Angebot der Kapitalisten geht auf keine der Forderungen der Druckarbeiter ein, wie sie z.B. in einem Telegramm von 25 Arbeitern der Südrolle des Druckzentrums Möhringen an die Große Tarifkommission festgehalten werden:

„Werte Kollegen! Auf den unverzichtbaren Forderungen für Tarifvertrag ‚Neue Technik' müßt Ihr in den Verhandlungen beharren:
– Beschäftigung von Setzern an Bildschirmgeräten
– Maschinensetzerlohn
– Arbeitszeitverkürzung.
Letztere ist entscheidend für allgemeine Durchsetzung der Forderung nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Mit Streiks in den letzten Wochen wurde der richtige Weg zur Durchsetzung eingeschlagen. Unsere Geduld ist zu Ende."

Die Sozialdemokraten haben sich auf eine „Verhandlungsgrundlage" eingelassen, in der
– von Arbeitszeitverkürzung keine Rede ist. Verhandelt werden soll über „Arbeitsunterbrechung von 5 Minuten je Stunde oder 15 Minuten alle 2 Stunden";
– statt Festsetzung des Maschinensetzerecklohns bieten die Kapitalisten für die Texteingabe- bzw. Texterfassung an den neuen Geräten tariflichen Ecklohn (10,17 DM) und bei der Textgestaltung Maschinensetzerlohn (12,21 DM);
– Mit dem Angebot über „Weiterbeschäftigung von Schriftsetzern" halten sich die Kapitalisten entsprechend ihren Ansichten alles offen: „Vorrangige Weiterbeschäftigung geeigneter betroffener Facharbeiter im betroffenen Unternehmen."

Nach anfänglich begeisterten Äußerungen über diese in insgesamt 32 einzelne Punkte verpackte Unverschämtheit der Druck-Kapitalisten müssen die Sozialdemokraten im Hauptvorstand der IG Druck und Papier am Freitag unter dem Druck der Streikbewegung bereits ihre Preisgabe der Forderungen der Druckarbeiter vorsichtig verkleiden; sie erklären:

„(...) eine Annahme oder inhaltliche Zustimmung zu den Thesen kam und kommt *nicht in Betracht.* Schon deshalb nicht, weil sich die Annahme nur auf einen vollständigen Tarifvertrag beziehen kann, nicht aber auf einzelne Bestandteile. Die Thesen sollen vielmehr die Grundlage für eine genauere und verständlichere redaktionelle Abfassung der angesprochenen Fragen abgeben." (Mitteilung des Hauptvorstandes vom 20.1.)

Die Wochenendausgaben haben sich die Kapitalisten durch diesen Betrug mit Hilfe der Sozialdemokraten sichern können. Auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Frankfurt wurde in Anwesenheit des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft M. Melzer noch am Samstag das „Ergebnis" einstimmig abgelehnt. Von Entspannung zwischen den Druckarbeitern und den Druckkapitalisten kann keine Rede sein.



Etwa 150 Arbeiter der Frankfurter Rundschau (Technik) sowie die Redakteure Werk I zogen am 18.1.1978, am Tag der Tarifverhandlungen um die Einführung neuer Techniken, durch die Frankfurter Innenstadt. Vor der Druckerei Brönner hatten die Kapitalisten die Eisengitter heruntergelassen, um zu verhindern, daß sich Brönner-Arbeiter beteiligen. Weitere Warnstreiks hatten an diesem Tag stattgefunden im Raum Frankfurt/Wiesbaden bei Illert KG, Steinheim, Industrie-Druck Rhein-Main, Taunusstein, Weisbecker, Gabler-Verlag, Wiesbaden (technische Abteilungen), Europa-Carton, Kriftel, Kramp & Comp., Offenbach usw. Der Streik wurde am 19.1.78 fortgesetzt bei Weisbecker, Frankfurt, und anderen Betrieben. Viele Tageszeitungen in Frankfurt waren nicht erschienen, die „Offenbach Post" wurde in einer um vier Seiten gekürzten Ausgabe herausgegeben.

„Planstellenmangel oder wie man das Personal in die Mangel nimmt"

Krankenpflegeschüler führen Theaterstück auf

Hannover. Am 17.1. fand im Haus der Jugend eine Veranstaltung der Initiative von Kinderkrankenpflege- und Krankenpflegeschülern hannoverscher und Landkreiskrankenhäuser gegen den neuen Entwurf der Bundesregierung zur Regelung der Krankenpflegeausbildung statt. In einem Theaterstück „Personalmangel oder wie man das Personal in die Mangel nimmt", wurde in fünf Szenen dargestellt, wie die Rationalisierung dazu geführt hat, daß z.B. das Füttern von schwerkranken Patienten durch die Arbeitshetze zu einem „Hineinstopfen" wird und die Krankenpflegeschüler während ihrer Arbeit auf den Stationen viele Tätigkeiten nicht mehr richtig erlernen können. Weiter wurde dargestellt, wie eine „Konzertierte Aktion" von Regierung, Krankenkassen und Pharmakapitalisten ihr „Kostendämpfungs- und Mordprogramm" plant, und insbesondere, wie in dem neuen Gesetzentwurf vorgesehen, plant, riesige Lohngelder einzustreichen durch die Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf KR IV-Stellen im Verhältnis 3:1 und das Wegrationalisieren von 20000 KR IV-Stellen. Das Theaterstück erhielt großen Beifall von den über 250 Teilnehmern.

Die Initiative, die die Veranstaltung getragen hat, ist entstanden aus einem Zusammenschluß der Schülervertretungen des Schulzentrums Siloah und der Medizinischen Hochschule, um zu diskutieren, wie der Entwurf zu einem neuen Krankenpflegegesetz zu Fall gebracht werden kann. Mittlerweile beteiligen sich Krankenpflegeschüler aus acht Krankenhäusern an der Initiative.

Mit zwei Flugblattaktionen in den Krankenhäusern und in der Stadt wurden die Beschäftigten informiert und für die Veranstaltung gewonnen. Insbesondere die Dienstherren in den kirchlichen Krankenhäusern sind aufgeschreckt über die Enthüllungen und haben mit Strafanzeigen wegen Verleumdung und ähnlichem gedroht.

Die Forderungen der Krankenpflegeschüler sind: Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Planstellen – Besetzung und Ausbau der vorhandenen Planstellen – Übernahme aller Auszubildenden nach der Ausbildung – Mehr Unterrichtskräfte – Freistellung der Dozenten – Zusätzlich freigestelltes Personal für die Anleitung in der Praxis – Unzensierte Zwischenprüfungen und Wegfall der Examensnote – Wegfall der befristeten Fehlzeit – Mehr Ausbildungsplätze für die dreijährige Ausbildung – Wegfall aller Zulassungsbeschränkungen und Öffnung der dreijährigen Ausbildung für Hauptschüler – Durchsetzung der Lehrmittelfreiheit und bessere Ausstattung der Schulen – Eine Ausbildungsvergütung, die die Lebenshaltungskosten deckt.

Auf der Veranstaltung herrschte Einigkeit gegen den Gesetzentwurf, diskutiert wurde, welches dabei die nächsten Aufgaben sind und wie diese Forderungen durchgesetzt werden können.

Von mehreren Krankenpflegeschülern wurde vertreten, daß letztlich gestreikt werden muß und das Argument nicht stimmt, daß dann die „Patientenversorgung" gefährdet sei, sondern daß vielmehr der neue Gesetzentwurf planmäßig durch das Streichen von 20000 Stellen das Leben der Patienten gefährde.

Mehrere der Beiträge gingen darauf ein, daß die Krankenpflegeschüler sich jetzt an den einzelnen Krankenhäusern über Kampfmaßnahmen einigen müssen und vor allem die anderen Beschäftigten der Krankenhäuser für ihre Forderungen gewinnen müssen sowie deren Vertretungsorgane. Dieser Zusammenschluß kann gut hergestellt werden im Lohnkampf.

Steht der Streik auch nur an einem Teil der Krankenhäuser, ist die Lage der Regierung schlechter, sowohl Lohnraub als auch das neue Krankenpflegegesetz durchzusetzen.

leumdung und ähnlichem gedroht.

pflegegesetz durchzusetzen.

ÖTV-Mitgliederversammlung beschließt Kundgebung am ersten Verhandlungstag

Frankfurt. 30 Mitglieder der ÖTV haben am 18.1. an der ÖTV-Mitgliederversammlung Universität Kernbereich teilgenommen. Beschlossen wurde bezüglich des Lohnkampfes: 1. Der Vorschlag des Hauptvorstandes der ÖTV von 7,5% wird zurückgewiesen. 2. Der Beschluß der letzten ÖTV-Mitgliederversammlung von 220 DM wird demgegenüber bestätigt. 3. Am ersten Verhandlungstag wird gemeinsam mit anderen Betrieben aus den öffentlichen Diensten, die in der Nähe der Uni liegen, eine Kundgebung unter freiem Himmel durchgeführt. Darüberhinaus wurde beschlossen, daß, wenn Maihofer am ersten Verhandlungstag nicht mindestens 7% anbietet, die Gewerkschaft zu größeren Kampfaktionen aufrufen wird.

ÖTV-Sekretär für Warnstreiks

Frankfurt. Auf der Vertrauensleutesitzung des Stadtschulamts von Frankfurt hat sich Werner Röhre, Sekretär der Kreisverwaltung Frankfurt, dafür ausgesprochen, daß bei einem niedrigen Angebot der Regierung kleine Warnstreiks in den Betrieben durchgeführt werden und dies die Unterstützung der Gewerkschaft hat.

AWO-Betriebsversammlung beschließt 200 bis 220 DM Festgeld

Stuttgart. Die Betriebsversammlung der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Stuttgart, hat bei über 70 Anwesenden bei nur einer Gegenstimme 200 bis 220 DM Festgeld beschlossen. In der Debatte wurde geklärt, daß nur mit Streik im ganzen öffentlichen Dienst den Plänen der Regierung, mit 3 bis 4% abzuschließen, entgegengetreten werden kann. Die AWO-Kollegen werden einen Streik unterstützen. Bei Streik soll gleich eine Betriebsversammlung durchgeführt werden.

Nächster Verhandlungstermin im Nordverbund: 26. Januar

Hamburg. Der nächste Verhandlungstermin in der Tarifrunde der Metallindustrie im Nordverbund ist der 26. Januar. Er findet in Travemünde statt. Die Kapitalisten haben die Verhandlungen durch Nichterscheinen bisher verzögert. Die Sozialdemokraten wollten erst das Schlichtungsverfahren vereinbart wissen, da der Nordverbund auf Seiten der Kapitalisten aus sechs Regionalverbänden besteht. Offensichtlich sind sie sich jetzt einig geworden, da ein neuer Termin festgesetzt worden ist.

Der Streit um Aufteilung der Fangquoten und Fischereizonen in der Nord- und Ostsee will das Finanzkapital der BRD für sich entscheiden

Im Streit der EG-Imperialisten um die Aufteilung der Fangquoten und Fischereizonen wechseln die BRD-Imperialisten die Tonart. Hieß es Ende 1977 noch: „Wenig Hoffnung ließ Ertl für die deutschen Hochseefischer durchblicken ... ein höherer Anteil aus dem EG-Meer als die beabsichtigten 102000 t pro Jahr seien offensichtlich nicht zu erreichen", so ist es den Vertretern der BRD inzwischen offensichtlich gelungen, die übrigen EG-Staaten bis auf England soweit in die Zange zu nehmen, daß im inzwischen geänderten Entwurf der EG-Kommission von fast der dreifachen Menge, 286000 t, die Rede ist und Ertl Aussicht auf Erfolg in der Zurückweisung der Ansprüche der Briten sieht. England fordert für die Vereinbarung 45 Prozent der Fänge, da die 200-Seemeilen-Zone der EG-Staaten zu 60% britisches Hoheitsgebiet sind und beansprucht besondere Vorrechte über eine 50-Seemeilen-Zone. Hieß es Anfang letzter Woche noch im „Handelsblatt" „Verständnis für England", so schreibt der „Weser-Kurier" nach der letzten Sitzung in Brüssel, auf der keine Einigung erzielt werden konnte: „Am 30. Januar wollen die Landwirtschaftsminister einen weiteren Versuch unternehmen. Bis dahin wollen die übrigen acht EG-Staaten klären, ob London nicht mit Pressionen zu einem Verzicht auf seine vertragswidrigen Forderungen nach einer exklusiven britischen Fischereizone gezwungen werden kann."

Derartig unverfrorene Drohungen begründet mit der „Sorge um die Existenz von 1200 Familien, 400 Fischereibetrieben und 300 Mitarbeitern allein im Genossenschaftsbereich des Deutschen Raiffeisenverbandes für die Ostseefischer".

Was die BRD-Imperialisten zu diesem Zungenschlag und der Eile treibt, ist die Gefahr, sowohl in der Konkurrenz um die Fischreichtümer, die vor den bisherigen Beutezügen der Hochseetrawler gerade der BRD und der englischen Flotten in den Gebieten des Nordost- und Nordatlantiks überlebt haben, abgeschlagen zu werden, wie auch im Kampf um die Beherrschung der Weltmeere Verluste einstecken zu müssen.

Was den größten Hochseefischereien der BRD und den BRD-Imperialisten, die ihre Profite aus der Ausbeutung der Fischgründe und der Rohstoffquellen auf dem Meeresboden ziehen, tatsächlich Sorgen bereitet, ist die Errichtung der 200-Meilen-Wirtschaftszonen und die Errichtung der Fischereizonen wie 1972 der 50-Meilen-Fischereizone vor Island, eine Maßnahme zum Schutz vor der völligen Vernichtung der Kabeljaubestände, die durch maßlose Überfischung der isländischen Gewässer durch die englischen, westdeutschen, sowjetischen und später auch japanischen Hochseetrawler drohte; wie der Ausweitung ihrer Wirtschaftszonen, wie sie im Herbst letzten Jahres von Schweden und der UdSSR, Mitte Dezember von Polen und zum 1. Januar von der DDR vorgenommen wurde. Dies war die Reaktion auf die Einschränkungen und den Entzug von Fischereirechten in der Nordsee innerhalb der von den EG-Staaten seit 1. Januar 1977 errichteten 200-Seemeilen-Fischereizone.

Die Festlegung der Fangquoten dient zu nichts weiter, als der Sicherung besonderer Vorteile gegenüber den kleineren EG-Staaten und der Ausschaltung der Konkurrenz von Seiten der Sozialimperialisten und übrigen Ostseeanliegerstaaten. Das Fischereiabkommen, das noch bis November mit Island bestand, ist abgelaufen und soll auch nicht mehr erneuert werden und mit der jüngsten Ankündigung Dänemarks, gleichfalls auf 12 Seemeilen zu erweitern, ist „der winzige Anteil, den die BRD als Wirtschaftszone beanspruchen kann" sozusagen in der Ostsee dicht für die Kutter und Hochseefischer der BRD. Das ist umso schmerzlicher für die BRD-Imperialisten, weil das Meer um Gotland bis nach Ostpreußen als ölhaltig angesehen wird.

Um neue Verträge über Fangrechte in den Gewässern der Ostseestaaten aushandeln zu können, müssen die BRD-Imperialisten als Gegenleistung Lizenzen für den Fischfang in der Nordsee bieten können, dazu ist die abgeschlossene Aufteilung unter die EG-Staaten Voraussetzung.

Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß England und die BRD sich für die verlorenen Fanggründe im Gebiet vor Island, der Barentsee, der norwegischen Küste auf Kosten der kleineren EG-Staaten schadlos halten wollen und zwischen diesen beiden ausgefuchsten Räubern die Konkurrenz in aller Schärfe entbrennt, jeweils mit dem Ziel, den anderen niederzuringen.

Die Vernichtung der kleinen Ostseekutterfischer ist dabei berechnet und gewollt, betrieben über Festlegung von Fangquoten, von deren Erlös die Kutterfischer höchstens verhungern können, trotz Überarbeit und Abwrackprämie, die der letzte Ausweg sind, wenn die Verschuldung hoch genug getrieben ist. – (N.-Red)

Herkunft der Fischproduktion 1975

Mitgliedsland	Fangort	Fang in 1000 t	Fang in territorialen Gewässern (bis 200 sm)	Fang in den Zonen andrer Mitglieder (bis 200 sm)	Fang in Zonen dritter Länder (bis 200 sm)
Dänemark	Nordostatlantik	1417,1	67,6 %	18,6 %	13,8 %
	Nordatlantik	36,3	92,3 %	–	7,8 %
	Gesamt	1453,4	68,2 %	18,1 %	13,7 %
BRD	Nordostatlantik	325,3	6,5 %	31,9 %	61,5 %
	Nordatlantik	92,9	–	10,1 %	88,9 %
	Gesamt	418,2	5,1 %	27,1 %	67,8 %
Großbritannien	Nordostatlantik	1040,3	64,1 %	0,3 %	15,6 %
	Nordatlantik	8,4	–	7,1 %	92,9 %
	Gesamt	1048,7	63,6 %	0,3 %	36,1 %

Über Fangquoten, Förderbestimmungen und Kredite sollen die kleinen Fischer ruiniert werden

16000 t Dorsch sind von den Ostseeanliegerstaaten im September '77 in Warschau für die BRD festgelegt worden. Gerade 150 t davon bekommen die 150 nicht genossenschaftlich organisierten Fischer für Januar und Februar '78 zugestanden. Und davon sollen auch noch die Nebenerwerbsfischer mitfischen, hetzen die „Kieler Nachrichten" vom 12.1. Es soll ein Streit zwischen den kleinen Haupterwerbsfischern und den Nebenerwerbsfischern vom Zaun gebrochen werden.

Die Pläne des Bonner Ministeriums gehen dahin, daß jeder Fischer mit einem Boot oder Kutter über 8 m Länge verpflichtet wird, Angaben über technische Daten des Bootes, über Fangergebnisse der letzten drei Jahre und Dorschfangergebnisse der letzten Woche wöchentlich dem Bundesamt mitzuteilen. Das Ministerium will die umfassende Kontrolle über die Fischer, um die Förderung noch gezielter zwecks Ruinierung der kleinen Fischer einzusetzen. 1976 wurden 21 Abwrackaktionen vom Bund mit 436000 DM bezuschußt, damit sie möglichst bald aufgeben.

Die Anlandung von Fisch im Wert von 300000 DM jährlich im Flensburger Hafen muß von knapp 20 hauptberuflichen und einigen nebenberuflichen Fischern geteilt werden, d.h., daß ein Fischer im Schnitt von 15000 DM jährlich sowohl die Fischerkosten bestreiten als auch davon leben muß.

Die Regierungspläne bedeuten Rentensenkung wie noch nie

Gleichzeitig werden Schranken für die Lohnsenkung beseitigt

Inmitten der propagandistischen Kampagne zur weiteren Senkung der Renten nehmen die Angriffe der Regierungspolitiker auf die Rentenversicherung etwas Gestalt an. Doppelte Absicht steckt hinter diesen Angriffsplänen. Zum einen sollen die Ausgaben, die die Versicherung zur Rentenauszahlung zu machen hat, so reduziert werden, daß die konzentrierten Versicherungsgelder wieder in großem Ausmaß für Investitionsprojekte der Bourgeoisie zur Verfügung stehen oder direkt nach dem Vorbild der Nazis zur Kriegsfinanzierung entwendet werden können. Zum zweiten hat die Senkung der Löhne und ihre Plünderung durch Steuer- und Versicherungsabgaben ein Ausmaß erreicht, daß der Abstand der Renten zu den Nettolöhnen seit drei Jahren geringer wird, statt wie von den Bourgeois gesetzlich angestrebt umgekehrt. Dies ist direkt eine Schranke für weitere Lohnsenkungen, weil sie nach der bisherigen Berechnungsweise der Renten automatisch eine weitere Verringerung des Abstandes der Renten zu den Nettolöhnen bedeuten würde.

In die Rentenformel geht erstens die Zahl der anerkannten Versicherungsjahre, zweitens die relative Höhe des individuellen Lohnes im Verhältnis zum Durchschnittslohn während des gesamten Arbeitslebens ein. Der dritte Berechnungsfaktor und entscheidend für das Niveau der Renten ist die „allgemeine Bemessungsgrundlage". Sie

gemeine Bemessungsgrundlage". Sie

errechnet sich aus den Durchschnittslöhnen, die ein bis vier Jahre zurückliegen.

So hinkt die Anpassung der Renten immer um etwa drei Jahre der Entwicklung der Geldlöhne hinterdrein. *Je schneller die Löhne in dieser Zeit steigen, um so mehr sinken die Renten unter das Niveau der Löhne.* Zwingt also etwa die hohe Inflation die Arbeiter, hohe Lohnforderungen zu erkämpfen, so bleiben die Renten immer tiefer unter den Löhnen. So war das Kalkül der Bourgeoispolitiker bei der Einführung der dynamisierten Rente 1957. Und bisher ist ihre Rechnung insoweit auch aufgegangen.

Eine Musterrente für ein Altersruhegeld mit 45 Versicherungsjahren (Durchschnitt ist bloß 38 Jahre) würde ohne die dreijährige Differenz zum Lohnniveau 67,5% des Bruttolohnes betragen; durch den Einbau der Dreijahres-Differenz in die Rentenformel wird sie niedriger und hätte 1957 noch 57,3% des Bruttolohnes betragen.

Bis zum Jahre 1971 hatten die Bourgeois es geschafft, das Niveau dieser Modellrente „dynamisch" auf 49,6% zu drücken. Ab dann gelangen ihnen nur noch Zehntel-Prozente; 1974 waren 49,2% erreicht, doch dann klingelten die Alarmglocken. Denn die niedrigen Lohnerhöhungen ließen die Segnungswirkung der Rentenformel erlahmen, und die Rente des genannten Beispiels stieg 1977 auf 54,3% des Bruttolohnes.

Ein zweites Hindernis, das ohne Änderung nicht wirksam beseitigt werden kann, steht der Lohnraubpolitik noch weit mehr im Wege. Es ist die Berechnung der Rente und die Rentenanpassung nach dem Bruttolohn. Es ist klar, daß der *Unterschied zwischen Nettolohn und Rente,* die im wesentlichen nicht besteuert wird, größer wird, wenn die Kürzung des Lohnes durch Lohnabzüge zunimmt.

1957 war das Niveau der Rente zum *Netto*lohn um 9,4 Prozentpunkte höher als zum *Brutto*lohn, 1977 waren es fast schon 23 Prozent.

So hat sich seit 1957 die Differenz zwischen Rente und Nettolohn zwar bis 1965 deutlich erweitert, danach aber trotz weiter steigender Differenz zum *Brutto*lohn nicht mehr. 1975 schließlich war der Unterschied der Rente zum Nettolohn erstmals geringer als zur Ausgangsbasis der Rentenreform 1957.

Diese Daten, die nicht zur Kennzeichnung des allgemeinen Niveaus der Renten ausreichen, zeigen wohl, um was es geht. Sie sind errechnet in der „Arbeits- und Sozialstatistik" des Arbeitsministeriums vom Oktober. Sie geben Aufschluß über Befürchtungen und Absichten des Ehrenbergministeriums, das in Sachen Renten federführend ist.

Drei Hauptfaktoren nannte Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung letzte Woche als bestimmend für die Rentenversicherung. Erstens die Lohnentwicklung – dazu ist die einhellige Meinung der gesamten Bourgeoisie, daß es sie am besten höchstens nach unten geben soll. Zweiter Faktor sei die Zahl der Beitragszahler – auch hieraus fließt kein Geld in die Rentenkasse. Was drittens bleibt, ist die Zahl der Rentner. Dazu verliert Helmut Schmidt kein Wort mehr, das läßt er

Schmidt kein Wort mehr, das läßt er

zwischen den Zeilen wirken. Soll das „Rentenproblem" nach der Methode Schmidt/Ehrenberg beseitigt werden, so muß das Reproduktionsniveau der alt gewordenen Arbeiter weit unter das Niveau der Arbeiter gesenkt werden, deren Arbeitskraft insoweit reproduziert werden muß, daß sie ausreichend zur Ausbeutung und Mehrwertproduktion zur Verfügung stehen. **Den Arbeitern steht zu ihrer Reproduktion der Nettolohn zur Verfügung. Daher ist für die Erfolgsaussichten der Schmidt-Ehrenberg-Reform letztlich nicht nur die Senkung der Renten, sondern die Senkung der Renten *im Verhältnis zum Nettolohn*** 1entscheidend.

Mit der gegenwärtigen Rentenberechnung aber *verringert* sich dieser Unterschied mit jeder Lohnsenkung. Es mag den Arbeitern, für deren Reproduktion der Nettolohn entscheidend ist, gelingen, gegen ihre Kapitalisten einen Teil der Lohnabzüge im Lohnkampf zurückzufordern – so würde sich sogar das Reproduktionsniveau des alten Arbeiters, dessen Rente nach Bruttolohn berechnet wird, gegenüber dem Reproduktionsniveau des jüngeren Arbeiters ganz gegen die Absichten der Bourgeois verbessern. Dies ist der Grund, weshalb kein bürgerlicher Politiker ruhen wird, ehe nicht die bisherige Rentenformel und damit die Versicherung völlig umgekrempelt ist. In einem letzte Woche in Umlauf gesetzten Papier hat Ehrenberg dies auch erstmals so offen angekündigt. In letzter Zeit war vor allem davon die Rede, daß die Renten um einen Krankenversicherungsbeitrag – zusätzlich zu der schon eingeführten Medikamentengebühr – von 2,6 bis 5,5% gekürzt werden sollten. Ehrenbergs neuester Plan geht darüber hinaus.

Die bisherige Berechnung der allgemeinen Bemessungsgrundlage – und damit sowohl die Berechnung der Neurenten wie die Anpassung der laufenden Renten – soll von der Entwicklung der Bruttolöhne getrennt und nach den Konjunkturnotwendigkeiten der Kapitalisten jeweils festgelegt werden. Nach altem Recht hätten die laufenden Renten am 1. Juli 1978 um 8,5% erhöht werden müssen. Bereits mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz vom letzten Jahr war der Termin der Erhöhung auf 1.1.1979 hinausgeschoben und die Erhöhung auf 7,2% gesenkt worden. Nach den neuesten Wünschen Ehrenbergs sollen sie nunmehr statt um 7,2% nur noch um 5% und danach 1980 und 1981 um je 4% erhöht werden. In der nebenstehenden Rechnung haben wir errechnet, was Ehrenberg damit von jeder Rente streicht und für die Versicherungskasse und den Kapitalmarkt kassiert. Der Rechnung ist eine durchschnittliche Rente der Männer nach Erreichung des 65. Lebensjahres in der Rentenversicherung der Arbeiter zur Grundlage gemacht, so daß sie sich fern jeder Übertreibung zu Ungunsten der Regierungsabsichten befindet. Eher schmeichelt sie diesen, weil die Millionen niedriger liegenden Renten nicht berücksichtigt sind. Zusätzlich zu diesem profitablen Ergebnis will Ehrenberg die Beiträge erhöhen, indem bisher beitragsfreie Lohnbestandteile beitragspflichtig werden. Bezüglich der Zuschläge für Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit trifft dies vor allem die Stahlarbeiter und alle, die in Conti-Schicht arbeiten müssen. Genauso aber soll Weihnachtsgeld usw. mit einbezogen werden.

Als größte Lumperei wurde der Plan zur Erhebung eines „Solidaritätsbeitrags" aller nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherten Rentner lanciert.

Gelingt es den Regierungspolitikern, die Rentenberechnung von der Entwicklung der Löhne zu trennen, so haben sie nicht nur die Rentner auf Hungerkost gesetzt und damit die Reproduktionskosten, die die Kapitalisten für den Verbrauch der Arbeitskraft der Volksmassen bezahlen müssen, gesenkt, sondern sie haben auch eine Schranke für weitere direkte Lohnsenkung und Lohnraub durch Steuer- und Versicherungsabzüge beseitigt. Die Löhne drücken, die Renten noch mehr drücken, um den „Rentenberg" Gevatter Tod in die Arme und Versicherungsvermögen auf den Kapitalmarkt zu treiben, diese Absichten leuchten aus den bekanntgewordenen jüngsten Regierungsplänen zur Rentenversicherung hervor. – (Z-Red.)

Der neueste Ehrenberg-Plan: Bis 1981 4680,30 DM von jedem Rentner

Ehrenberg-Plan:	*nach altem Recht:*
1978	
Rente ab 1.7.77: *1014 DM*	Rente ab 1.7.77: 1014 DM
Erhöhung: um ein halbes Jahr auf 1.1.79 verschoben	Erhöhung: 8,477%
Ehrenberg kassiert 1978 *515,70 DM* pro Rente.	Rente ab 1.7.78: *1099,95 DM*
1979	
Rente 1978: 1014 DM	Rente 1978: 1099,95 DM
erste angekündigte Erhöhung: 7,2%	Erhöhung: 7,2%
Rente ab 1.1.79: *1087 DM*	Rente ab 1.7.79: *1179,15 DM*
Anfang 77 wollte Ehrenberg im Jahr 1979 *630 DM* pro Rente kassieren.	
angekündigte Erhöhung für 1.1.79 gesenkt auf: 5%	
Rente ab 1.1.79: *1064,70 DM*	
Jetzt will Ehrenberg im Jahr 1979 898,20 DM pro Rente kassieren.	
1980	
Rente 1979: 1064,70 DM	Rente 1979: 1179,15 DM
angekündigte Erhöhung: 4%	Erhöhung ab 1.7.80: 7,2% (angenommen: wie 1979)
Rente ab 1.1.80: *1107,29 DM*	Rente ab 1.7.1980: *1264 DM*
Ehrenberg kassiert 1980 *1371,40 DM* pro Rente	
1981	
Rente 1980: 1107,29 DM	Rente 1980: 1264 DM
angekündigte Erhöhung: 4%	Erhöhung ab 1.7.81: 7,2% (angenommen: wie 1979)
Rente ab 1.1.81: *1151,58 DM*	Rente ab 1.7.81: *1355 DM*
Ehrenberg kassiert 1981 *1895 DM* pro Rente.	

Auch Mord in Raten ist Mord

Mill. DM
200
160
120
80
40
0
-40
Verteilung des für die Renten ausgezahlten Geldbetrags
was bleibt, bzw. fehlt, wenn der statistische Verbrauch des amtlichen Zwei-Personen-Rentner- und Sozialhilfeempfänger-Haushalts abgezogen wird.
50 100 150 200 300 400 500 1000 1500 2000 DM
Rente

Ausgaben in Höhe von 1008,86 DM errechnete die amtliche Statistik im Jahre 1976 für einen „Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern". 198,22 DM gab dieser Haushalt für Miete aus, 283,68 DM für Nahrungsmittel. Das sind 9,45 DM am Tag für die Ernährung von zwei Personen. Jedoch erreichten 57% der alten Arbeiter auch nach der Rentenanpassung am 1.7.76 diesen Durchschnittshaushalt mit ihrer Rente nicht. Sticht nicht ins Auge, wie sich die Rentenversicherung bei Verwirklichung der neuesten Pläne der Bourgeois-Politiker in eine Maschine zur schleichenden Hinrichtung verwandeln müßte? – Renten von mindestens 75% eines Facharbeiterlohns könnten solchen Bestrebungen der Bourgeoisie einen Riegel vorschieben.

19 Bundesbahnlehrlinge schreiben Brief an Gscheidle

Kornwestheim. Im Ausbildungszentrum Kornwestheim der Deutschen Bundesbahn haben 19 Lehrlinge einen Brief an Bundesverkehrsminister Gscheidle geschrieben. **Darin heißt es: „Wir würden Sie herzlich gern bitten, mal zu versuchen, mit 350 bis 500 Mark im Monat anzukommen.** Und das bei Erhöhung der Wohnheimmieten um ca 90%. Jetzt kostet das Mitbewohnen eines 13 qm kleinen Raumes 114 DM. Das Kantinenessen ist auch um 30 Pfennig gestiegen und kostet jetzt **2,20 DM. Ganz zu schweigen von den Erhöhungen der Preise für Kleidung und Lebensmittel. Das, was wir von der Bundesbahn zu wenig bekommen, müßten die Eltern beisteuern, heißt es. Sie verlangen** also, daß wir die ganze Familie zwingen, sich einzuschränken. Dagegen sind wir und fordern von der Bundesbahn einen ausreichenden Lohn.

Über Presse und Fernsehen wird dauernd verkündet, daß niedrige Abschlüsse die Arbeitslosenquoten senken würden und wir Solidarität mit den Arbeitslosen üben sollten. Daß das alles nicht stimmt, beweisen Sie doch selbst. Der niedrige 5,3%-Abschluß vom letzten Jahr hat Sie ja geradezu noch ermutigt, den Personalabbau zu beschleunigen. Allein von Januar bis Ende August 1977 haben Sie ca. 31000 weitere Dienstposten wegrationalisieren lassen. (...) Bis 1981, so die Bonner Vorgabe, soll die Zahl der Dienstkräfte um zusätzliche 45000 bis auf 315000 weiter gesenkt werden. (...) Wir sehen in den ,Argumenten', niedrige Abschlüsse würden Arbeitsplätze schaffen, nur einen Versuch, uns erst im Lohnkampf hereinzulegen, um dann um so schärfer zu rationalisieren. Das lassen wir uns nicht bieten!

Wir fordern von Ihnen ein Angebot gleich am ersten Verhandlungstag. Das Angebot muß mindestens eine Erhöhung von 120 DM für alle Lehrlingslöhne bestimmen, wenn wir es nicht als Herausforderung betrachten sollen.

Für die Angelernten fordern wir ein Angebot nicht unter 7%. Allerdings wäre es uns lieber, wenn Sie Ihr Angebot in **Form von einem festen Betrag uns unterbreiten würden. 7% wären dann umgerechnet ca. 200 DM für jeden.**

Wir erwarten Ihre Antwort auf unseren Brief."

Wissenschaftliche Manipulation am Cholesterinspiegel – Kriegskost für die Arbeiter mit Auszeichnung versehen

„Kein Cholesterinanstieg durch Kohlenhydrate", meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 4.1.78 die Auszeichnung einer Doktorarbeit eines gewissen G. Heller mit dem Karl-Oelemann-Preis der hessischen Landesärztekammer.

„Die Versuchspersonen erhielten 20 Tage lang eine praktisch fettfreie, kohlenhydratreiche synthetische Diät mit nur geringen Mengen Eiweiß von insgesamt etwa 2000 Kalorien." (FAZ, 4.1.) „Praktisch fettfrei", d.h. keine Margarine, Butter, „nur geringe Mengen Eiweiß", d.h. kein Fleisch, Fisch, Eier, Milch, sondern stattdessen „kohlenhydratreich" also Brot, Reis, Nudeln und selbstverständlich „Herabsetzung der Kalorienzahl". Das bewahrt **die Arbeiter vor Krankheit, denn „die Cholesterinwerte sanken auf sehr niedrige Werte ab" und die sind „Risikofaktoren für Herzinfarkt" (FAZ).**

Die grundlegende Ursache, daß der Cholesterinspiegel im Blut vieler Arbeiter zu hoch ist, ist die Ausbeutung und Arbeitshetze in der kapitalistischen Produktion. Der Arbeiter muß seine gesamten Kraftreserven mobilisieren.

In der Chemie seines Körpers ausgedrückt heißt das, daß im Gehirn und der Hirnanhangsdrüse Hormone ausgeschüttet werden, die in der Nebenniere u.a. die vermehrte Produktion von Cortisol und Adrenalin anregen:

„Die Stoffwechselwirkung von Cortisol stellt dem Organismus auf Kosten von Eiweiß und Fett Kohlenhydrate zur Verfügung ... sie führt zu einer Verschiebung des Stoffwechsels von der aufbauenden Phase zum vermehrten Angebot von Betriebsmaterial." (Siegenthaler, Pathophysiologie S. 329) Kohlenhydrate (also Zucker) können im Körper rasch verbrannt werden und kurzfristig Energie bereitstellen. Cortisol stellt diese Energie durch „Verminderung des Eiweißbestands" bereit.

Aus „ungeklärter" Ursache bewirkt Cortisol weiterhin einen Anstieg des Blutfettes und des Cholesterins im Blut sowie zusammen mit Adrenalin eine Erhöhung des Blutdrucks.

Die Knochenschinderei in den Betrieben führt zu einer dauernden Überhöhung des Cortisol- und damit des Cholesterinspiegels im Blut.

Eiweiß, und insbesondere tierisches Eiweiß im Fleisch, da pflanzliches Eiweiß eine ganze Reihe sogenannter „essentieller Aminosäuren" nicht enthält, ist unabdingbarer Bestandteil der Arbeitskraft. Insbesondere die verbrauchte Muskel- und Nervenkraft kann ohne Eiweiße nicht ersetzt werden. Bekommt der Körper des Arbeiters nicht genügend Eiweiß mit der Nahrung, baut er es zusätzlich aus der Muskulatur ab. Eiweißmangel führt daher zu Muskelschwund, Apathie, geistiger Verkümmerung und Abstumpfung der Sinne, verminderter Merk- und Konzentrationsfähigkeit. Das Abwehrsystem des Körpers gegen Krankheitserreger usw., das zum größten Teil aus Eiweißen besteht, wird geschwächt.

Stolz vermeldet Heller: „Der Proteingehalt war deutlich vermindert." Dafür gibt es bares und Auszeichnung. Warum?

499 DM gibt der „Warenkorb" der Bundesregierung statistisch für einen „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" für 1976 für Nahrungsmittel an. Würde eine Arbeiterfamilie in Hannover jeden Tag ein Stück Fleisch (500g) im Supermarkt kaufen, müßte sie 30 mal 2,98 bis 4,98 DM ausgeben, also zwischen 90 und 150 DM im Monat oder 18 bis 30% nur für Fleisch minderer Qualität.

Die Bourgeoisie rechnet. Wieviel Lohn läßt sich noch zusätzlich rauben, fischt sie der Arbeiterklasse auch noch die letzten Fleischbrocken aus der Suppe. In den Hannoverschen Supermärkten lesen sich die Sonderangebote am 18./19.1. so:

Holl. Rosenkohl	500 g	0,69 DM
Brechbohnen	850 ml	0,79 DM
Grünkohl	850 ml	0,99 DM
Schweinenacken	500 g	3,38 DM
Schweineschulter	500 g	2,98 DM
Kalbsbraten	500 g	4,98 DM

„Im Sinne einer modernen Präventivmedizin ... machten ... Experten evident, daß die überwiegend pflanzenbetonte Kost während des 2. Weltkrieges die wesentliche Ursache für den überraschenden Rückgang der Zivilisationskrankheiten in dieser Zeit gewesen war. Einen Anteil an diesem Erfolg hatte auch die starke Verknappung tierischer Eiweiße und Fette. (...)

Der Anteil der Nahrungspflanzen an der Kriegskost bestand damals ... aus ... Kartoffeln, Grünkohl, Weiß-, Rot- und Wirsingkohl, ... Bohnen, Roten Beeten, Hülsenfrüchten und ... Möhren. Sie wurden während des Krieges als Eintopf ,Quer durch den Garten' verzehrt." (Aktuelle Ernährungsmedizin, Heft 5, Oktober 77)

Die Arbeiterklasse auf „Kriegskost", auf billige Gemüsekonserven und Brot zu setzen, ihre Reproduktion bis in körperliche und geistige Degradation zu verschmälern, um in der imperialistischen Konkurrenz und Kriegsvorbereitung voranzukommen, ist der Plan der Kapitalisten. – (KHG Hannover)

Schöne Lernmittelfreiheit, die die SPD in Niedersachsen einführen will!

In den Schulen gibt es seit langem Kampf um die Lernmittelfreiheit, mehrere Stadtschülerräte wie in Hannover und Osnabrück haben die Forderung nach Lernmittelfreiheit aufgestellt.

Die SPD hat es gerochen, daß dort vielleicht für sie ein Süppchen zu kochen ist in der Anbiederung an die Arbeiterjugend und deren Eltern und zur Verfälschung und Fesselung des Kampfes. Auf der Sitzung des niedersächsischen Landtages am 19.1. 1978 hat sie ihren Gesetzentwurf eingebracht. Unter „Lernmittelfreiheit" firmiert ein Stufenplan bis 1981, der die Übereignung bestimmter Bücher und die Ausleihe anderer vorsieht, für die Schüler im Berufsgrundbildungsjahr 250 DM für Arbeitskleidung. „Wir sehen auch ab von der sogenannten kleinen Lernmittelfreiheit (Füller usw.)" (SPD-Mahrenholz in der Landtagsdebatte).

Der Gesetzentwurf ist abgelehnt worden mit den Stimmen der FDP und CDU: Nicht, weil sie gegen „Erziehungsbeihilfen" oder „Lernmittelhilfen" etwas haben, aber es muß an dem Gesetzentwurf erst gefeilt werden, damit daraus ein richtiges Fangnetz wird. Die SPD hat ihre Schuldigkeit getan, indem sie den Gesetzentwurf eingebracht hat. „Notwendigerweise müssen wir soziale Kriterien anlegen und können nicht mit der Gießkanne durchs Land gehen" (Fraktionsvorsitzender der FDP, Hirche) und „unter der Überschrift ‚Schulbuchhilfe' muß man erst mal fragen, wie häufig sie gewechselt werden, oder das Buch liegt im Schrank, und in der Schule werden Kopien und Matrizen verbraucht – wie ist denn der Einsatz der Lehrmittel geregelt, wie kommen sie zum Einsatz – eine ganze Reihe sehr wohl gewichtiger Überlegungen." (Remmers, Kultusminister)

Ausgebaut werden soll die Bespitzelung der Eltern, die schon jetzt, wenn sie eine Erziehungsbeihilfe beantragen, vollständig ihre Lohneinnahmen und Ausgaben offenlegen müssen. Ausgebaut werden soll die Kontrolle der Lehrer, nur staatlich genehmigte Schulbücher zu benutzen, wozu Remmers jetzt schon einen Erlaßentwurf veröffentlichte.

Solange ein solches Gesetz noch nicht besteht, empfiehlt der CDU-Abgeordnete Horn den Eltern: „Durch Beseitigung der Eigenbeteiligung bei den Schülertransportkosten haben die Eltern Ersparnisse von rund 180 DM, die können sie ja in Schulbüchern anlegen, wenn sie wollen."

Was die Schüler von solcher „Trostpflaster-Empfehlung" halten, macht der Beschluß der Klasse MU 5 an der Metallberufsschule deutlich: Die Klasse fordert den Stadtschülerrat auf, eine Demonstration für vollständige Lernmittelfreiheit zu organisieren.

Gott schwankt?

Längere Zeit hatten wir den Eindruck, „Gott" ist in der Frage „Todesstrafe, ja oder nein?" für ein klares Nein, gerade so wie es Ludwig Poullain neulich ausdrückte, als er noch als Chef der Westdeutschen Landesbank im Amte war. „Nein-Diskussion darüber gegenwärtig inopportun." Aber was passiert jetzt?

„Für besondere Notstände muß eine Notstandsgesetzgebung geschaffen werden, die zum Schutz der Bürger auch die Todesstrafe vorsieht", ereifert sich der Vorsitzende der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern", der evangelische Dekan Höfer. Vorsichtig, offensichtlich ist ihm nicht ganz wohl dabei, tastet er sich weiter: Dies zu fordern sei zwar nicht die Sache der Kirche, doch dürfe die Kirche nicht, schon gar nicht mit theologisch unzureichenden Gründen die Todesstrafe ablehnen und damit in ein fremdes Amt eingreifen. Kopf ab, also, denn die Theologie – Wissenschaft vom Wort und Willen Gottes – ergibt: vielleicht ist Gott nicht dafür, aber auf jeden Fall ist er nicht dagegen! Diese ewigen Schwankungen Gottes lassen sich nur mit der jeweiligen politischen Lage erklären.

„Die Kirche bejaht den gerechten Krieg, insbesondere zur Sicherung von Staat und Volk, betet um einen siegreichen Ausgang dieses jetzt brennenden Krieges und eifert die Gläubigen zu den staatsbürgerlichen und soldatischen Tugenden an", erklärte der Fuldaer Kardinal Bertram 1940 während des zweiten imperialistischen Weltkrieges.

Die Gründe für die imperialistischen Schlächtereien waren „theologisch ausreichend", ausreichend um Tausende der besten Kämpfer des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg umzubringen, ausreichend um Tausende von Deserteuren nie ohne die Weihe eines Pfaffen zu erschießen. Auf die Weigerung, für die Ausbeuter in den Krieg zu ziehen, steht immer die Todesstrafe. Wie auch könnte die Bourgeoisie die unterdrückten Volksmassen aufs Schlachtfeld treiben als mit Drohung der Todesstrafe? Um das abzusichern, stellt die Bourgeoisie rechtzeitig die Weichen für die Einführung der Todesstrafe. Handfeste Gründe hat sie dafür und den göttlichen Segen dazu. „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott", heißt die bürgerliche Devise. Wer aber hilft, ist nicht Gott, sondern sind Bourgeois im Schwarzkittel, denen wiederum hilft der imperialistische Staatsapparat, der die Kirchensteuern eintreibt und anständige Versorgung sicherstellt. – (Z-Red.)

Kampf gegen das Abtreibungsverbot in der Schweiz

„Dieses Gesetz richtet sich gegen das Volk ..., man muß es also sofort bekämpfen"

Im Oktober 1977 haben die eidgenössischen Räte in der Schweiz ein Gesetz eingebracht, das „den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs" neu regelt.

Die Verschärfung der Strafparagraphen 118-121, die in einem Indikationenmodell besteht, das durch peinlich genaue Festlegung der Indikationsfeststellung, u.a. durch einen „obligatorischen Sozialbericht", die Kontrolle der Massen durch den bürgerlichen Staatsapparat festschreibt, ist auf den massiven Widerstand der Volksmassen gestoßen. Innerhalb von 6 Wochen hat das Komitee gegen das Abtreibungsverbot 62000 Unterschriften für ein Referendum gesammelt, das zunächst das Inkrafttreten des Gesetzes im Januar 1978 verhindert hat. Die Volksabstimmung kann im Mai oder Dezember stattfinden.

Der Bundesrat und die eidgenössischen Räte haben jahrelang an der Verschärfung dieses Strafgesetzes gebastelt, weil es als Unterdrückungsinstrument nicht mehr voll funktionierte. Das alte Abtreibungsverbot war zwar eines der schärfsten in den westeuropäischen Ländern und sah von der Strafverfolgung nur bei akuter Lebensgefahr der Mutter ab, wurde jedoch praktisch kaum angewandt und in einzelnen Kantonen äußerst lasch gehandhabt.

Untaugliche, stumpfe Unterdrückungsinstrumente kann die schweizerische Finanzbourgeoisie, die derzeit mit einer Reihe von Gesetzentwürfen, wie dem zur Schaffung einer Sicherheitspolizei, die wachsende Steuerausplünderung und Verschärfung der Ausbeutung absichern will, ebensowenig dulden wie die Bourgeoisien anderer Länder. Nach bewährter Methode versuchten die Reformisten in der Schweiz, durch die Vorlage einer Fristenregelung der Bewegung gegen die Paragraphen 118-121 die Spitze zu brechen. Gleichzeitig sah der Entwurf die staatliche Zwangsberatung vor. Bei der Durchführung der Volksabstimmung haben sie auf Spaltung gesetzt und auf die christliche Reaktion. Nachdem die Fristenregelung von 52% der Abstimmenden abgelehnt worden ist, hat die Reaktion gehofft, das von langer Hand vorbereitete verschärfte Indikationenmodell sang- und klanglos durchzusetzen.

Gegen diese Manöver haben das Komitee gegen das Abtreibungsverbot, der Kommunistische Bund Basel und einige andere kommunistische Organisationen sowie verschiedene Frauenorganisationen das Referendum eingeleitet und die Unterschriftensammlung mit einer Kampagne für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch verbunden. In der Plattform des Referendumskomitees heißt es:

„Jedes Jahr sind Zehntausende von Frauen wegen der materiellen Verhältnisse, in denen sie leben, gezwungen abzutreiben ... Dieses Gesetz richtet sich gegen das Volk, indem es den berechtigten Anspruch großer Teile der Bevölkerung, gewünschte Kinder zu haben, verweigert. Man muß es also sofort bekämpfen, indem man das Referendum ergreift."

Die schweizerische Verfassung sieht im Gegensatz zur BRD den Volksentscheid vor. Initiiert von bürgerlichen Parteien und Parlamenten wird er, wie bei der Abstimmung über die parlamentarische Fristenlösungsinitiative, als Manöver zur Spaltung und ideologischen Benebelung der Massen benutzt. Nach der erfolgreichen Unterschriftenkampagne hat das Referendumskomitee deshalb ausdrücklich in einem Flugblatt festgestellt: „Dieses Referendum hat nicht, wie so viele andere, den Zweck, nur Unterschriften zu bekommen, ohne daß die Unterzeichnenden zum weiteren Verlauf des Kampfes etwas zu sagen haben. Es hat zum Zweck, die Organisierung und den Aufbau einer nationalen Bewegung für das Recht auf Abtreibung zu ermöglichen. Das Referendum ist nicht das Ziel dieser Bewegung, sondern ein wichtiges Mittel, sie voranzutreiben. Alle, die gegen das neue Gesetz sind, müssen es auch zu Fall bringen ... Das Referendum ist zum Mittelpunkt einer Bewegung geworden, die sich energisch gegen das neue Bundesgesetz zur Abtreibung stellt. Es stellt sich nicht in den Dienst parlamentarischer Gruppen und Parteien.

Kein Wunder, daß ein Mitglied der CVP warnt: ‚Hände weg und Feder weg von einem Referendum'."

Zur weiteren Organisierung des Kampfes gegen die Strafparagraphen und das verschärfte Abtreibungsverbot findet am 4. Februar in Basel ein Agitationsfest zur Vorbereitung eines nationalen Kongresses statt, zu dem Vertreter der Komitees und Initiativen gegen den § 218 aus der BRD eingeladen sind. Das wird für die Bewegungen gegen die Strafverfolgung der Abtreibung in beiden Ländern nützlich sein.

Schließlich haben die Kapitalisten und ihre Staatsapparate im Manövrieren und Taktieren zur Durchsetzung ihrer politischen Zwangsgesetze sich auf bewährte Methoden und offensichtlich auch auf gegenseitige Erfahrungen gestützt. Die Erfahrung der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist es, daß solche Unterdrückergesetze nicht mit Reformillusionen, sondern nur im konsequenten Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu Fall gebracht werden können. – (mk, Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

Kanton: Politische Gemeinde:

Referendum

gegen das Bundesgesetz vom 24. Juni 1977 über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 89 der Bundesverfassung und gemäss Bundesgesetz vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, dass das Bundesgesetz vom 24. Juni 1977 über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf diesem Bogen können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in obgenannter politischer Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützen will, hat dasselbe eigenhändig zu unterzeichnen. Wer eine andere Unterschrift als die seinige beisetzt, macht sich strafbar (Art. 282 Strafgesetzbuch).

Name und Vorname (eigenhändig und deutlich schreiben)	Jahrgang	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1			
2			

§218-Spitzelstelle im Krankenhaus

Evangelische Kirche in Bielefeld propagiert die Adoption als „echte Alternative zur Abtreibung"

„Evangelische Beratungsstelle, anerkannte Beratungsstelle gemäß §218b, Absatz 2, Nr. 1 StGB"; darunter eine Weiche mit drei Gleisabzweigungen zeigt das Faltblatt, mit dem die Beratungsstelle der Inneren Mission beim Johanniswerk e.V. in Bielefeld für das Aufsuchen der Beratungsstelle werben will. Das Johanniswerk e.V. gehört dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) an. Über diesen Verein betreibt die evangelische Kirche ein Krankenhaus, Kindergarten, Altersheim, die Beratungsstelle und eine Adoptionsvermittlungsstelle. Die Spitzelstelle in Sache §218 existiert seit dem 15. Februar 1977. Bekannt war sie bisher kaum. Also ließ die evangelische Kirche in der Mitarbeiterzeitschrift über diese Stelle berichten.

Einige Lohnabhänige des Johanniskrankenhauses haben sich daraufhin drangemacht, diese Stelle genauer zu untersuchen. Frau Wessels, Leiterin der Beratungsstelle, weiß schon genau, warum sie drei Gleise gewählt hat für die Beratungsstelle.

Sie propagiert stolz ihre Zusammenarbeit mit Schwester Edith, Adoptionstelle der Inneren Mission, Johanniskrankenhaus. Dieser hat die Bourgeoisie vor kurzem knapp eine halbe Seite in der Lokalzeitung gewidmet: Warum sie sich loben konnte, auch die schwierigsten Adoptionsfälle lösen zu können. Sie sorgt dafür, daß Frauen, die gezwungen wurden, ihre Kinder zur Adoption freizugeben, die Neugeborenen erst gar nicht zu sehen bekommen. Das sind auch Frau Wessels Vorstellungen, „eine echte Alternative zum Schwangerschaftsabbruch zu entwickeln".

Vertrauen in diese Spitzelstelle gibt es nicht. 15 Frauen haben sich in dem Jahr, in dem die Beratungsstelle jetzt existiert, beraten lassen. Ihrem Spitzelauftrag kommt die Wessels getreu nach: Von den 15 hätten 13 abtreiben lassen, weiß sie zu berichten. Woher sie das weiß? Na ja, verpflichtet, sich bei ihr zu melden und zu erklären, was sie nun getan haben, seien die Frauen zwar nicht, aber man könne sich ja darum „kümmern".

Die Lohnabhängigen im Johanniskrankenhaus, die diese Stelle ausfindig gemacht haben, haben beschlossen, das Komitee gegen den §218 zu unterstützen und gemeinsam mit dem Komitee den Kampf gegen diese Spitzelstelle zu führen. „Die Wessels hätte erklärt, es seien ‚nur' Studenten, Lehrlinge und Türken gewesen, die bisher dagewesen sind. Das zeigt, wer gezwungen ist abzutreiben. Daß der §218 immer noch existiert, ist schon schlecht genug. Daß es auf der Gynäkologie Ärzte gibt, die sich weigern, Abtreibungen vorzunehmen, nachdem die Frauen schon die ganzen Schikanen und Indikationsfeststellungen hinter sich haben, ist übel. Daß sie jetzt am Krankenhaus auch noch so eine Stelle eingerichtet haben, setzt dem ganzen die Krone auf. Wir müssen dafür sorgen, daß zu den 15, die sie bisher in diese Beratungsstelle gekriegt haben, nicht mehr viele hinzukommen", erklärte ein Krankenpflegehelfer. – (Bezirk Ostwestfalen)

Neues Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Vorbereitung

Die bürgerlichen Parteien wollen gegen die Schwarzarbeit vorgehen. Schon länger klagen die Kapitalistenverbände über den Verlust an Profit durch Schwarzarbeit. Mitte Dezember 1977 legte die CDU im Bundestag ihren „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit" vor. SPD und FDP kündigten sogleich eigene Vorschläge an. Minister Ehrenberg forderte erst mal die Ministerpräsidenten der Länder auf, „erforderliche Kontrollen auch außerhalb der üblichen Arbeitszeit" von den Beamten durchführen zu lassen.

Offensichtlich zeichnet sich eine rasche Einigung der bürgerlichen Parteien ab, weil die Kapitalisten darauf drängen. Im geltenden Gesetz von 1957 (im Mai 1974 neu gefaßt) ist festgelegt, daß wegen „Ordnungswidrigkeit" mit einer Geldbuße bis zu 30000 DM belegt wird, wer „aus Gewinnsucht Dienst- oder Werkleistungen für andere in erheblichem Umfange erbringt", ohne diese Arbeit, wie vorgeschrieben, angezeigt zu haben. „Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in der zur Zeit geltenden Fassung hat sich während der nunmehr 20jährigen Laufzeit als wirksames Instrument zur Bekämpfung der Schwarzarbeit nicht bewährt. Es gibt vergleichsweise nur wenige Urteile und seit der Umwandlung in eine Ordnungswidrigkeit nur eine geringe Zahl von Bußgeldbescheiden, die aufgrund des Schwarzarbeitsgesetzes erlassen worden sind", schreibt die CDU in ihrer Begründung für die Gesetzesvorlage. Dies empfindet die CDU als unzureichend. Nach ihrem Vorschlag soll deshalb das Tatbestandsmerkmal *„Gewinnsucht in erheblichem Maße"* ersetzt werden durch die Formulierung *„in nicht unerheblichem Maße"*. Das allerdings kann bei so gut wie jeder sogenannten Schwarzarbeit festgestellt werden. Nachbarschaftshilfe oder Gefälligkeiten werden damit Bestandteil der strafrechtlichen Verfolgung. Aufträge in Höhe von 30 bis 50 Mrd. DM glauben die Kapitalisten sich bei einer effektiveren Verfolgung der Schwarzarbeit unter den Nagel reißen zu können. Die Staatsmacht rechnet mit 7 Mrd. DM zusätzlicher Sozialversicherungsabzüge sowie Millionenbeträgen über Bußgelder, welche schon 1976 1,5 Millionen DM betrugen.

Der Hintergrund der geplanten Gesetzesmaßnahmen ist das Steigen der sogenannten Schwarzarbeit aufgrund des Wachstums des Arbeitslosenheeres, der Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre sowie der staatlichen Ausplünderung durch Steuern und Sozialversicherungsabzüge. Viele Arbeiter verdingen sich mit sogenannter Schwarzarbeit, um das Minus aus dem Nettolohn auszugleichen und um notwendige Anschaffungen finanzieren zu können.

Wenn ein arbeitsloser Elektriker Leitungen verlegt, weil das Arbeitslosengeld nicht zum Leben reicht, oder ein Fliesenleger nach Feierabend bei Bekannten Badezimmer renoviert, so läßt sich das allerdings schwerlich mit dem Begriff „Gewinnsucht in erheblichem Maße" bezeichnen. „Gewinnsucht in nicht unerheblichem Maße" hält zumindest die CDU für einen passenden Ausdruck dieser für die Arbeiter elenden Lage.

Daß die bürgerlichen Politiker die Schwarzarbeit abschaffen wollten, weil diese nach Feierabend, oft im Zustand totaler Übermüdung ausgeführt, zu schweren Arbeitsunfällen führen kann, wird wohl niemand annehmen. Zwar ist die Bourgeoisie gegen einen 12stündigen Arbeitstag, wenn davon vier Stunden schwarz gearbeitet wird, keineswegs aber ist der Bourgeois gegen einen 12stündigen Arbeitstag, wenn der Arbeiter diese Zeit in seiner Fabrik zubringt.

Mit der Abschaffung jeglicher Schwarzarbeit wird sich für viele Arbeiter der Zwang zu Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit verschärfen. Minister Ehrenberg ist nach seinen eigenen Worten auch schon dabei, „die Arbeitszeitordnung zu überarbeiten und den veränderten Bedingungen anzupassen" (Kölner Stadtanzeiger, 31.12.1977).

Der Zusammenschluß der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf den Forderungen nach 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und ausreichendem Tariflohn auf den Normalarbeitstag ist die passende Antwort auf die von der Bourgeoisie geplanten Maßnahmen. – (Z-Red.)

Nieder mit dem imperialistischen Energiepro gramm



1500 demonstrierten am Samstag in Hannover gegen die Haftbefehle und Verhaftungen der Grohnde-Angeklagten. „Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm der Bundesregierung" war die Forderung, die die Interessen des bürgerlichen Staates angreift. Am Samstagvormittag fanden in Norddeutschland verschiedene örtliche Demonstrationen gegen die Haftbefehle, organisiert durch verschiedene Bürgerinitiativen, statt; so in Hannover mit 300 Demonstranten.

Nur wenige Bürgerinitiativen unterstützen den Aufruf zur Aktionseinheit. Die Demonstration ist ein Anfang, die politische Front gegen das Energieprogramm zu reorganisieren und die Haftbefehle zurückzudrängen. Die Herstellung der Politik der Aktionseinheit in den Gewerkschaften ist elementar, auch damit wurde durch die Aktion ein Anfang gemacht.

Braunschweig. Die außerordentliche Ortsjugendkonferenz der ÖTV Braunschweig hat den Aufruf zur Demonstration gegen das imperialistische Energieprogramm mit Text und Forderungen des Aktionseinheitsvorschlags beschlossen ohne Gegenstimme.

Bremen. Der KJA-ÖTV-Bremen hat beschlossen, die Demonstration in Hannover zu unterstützen.

Hannover. Die Rechtsanwälte der Grohnde-Angeklagten haben gegen das Vorgehen der Albrecht-Regierung und der Klassenjustiz in Hannover eine Presseerklärung verabschiedet, in der es unter anderem heißt: Gerichtsverfahren unter Wahrung der Rechte der Angeklagten sind unter diesen Umständen ausgeschlossen. Die Verfahren sind einzustellen.

Wir fordern: Aufhebung der Haftbefehle, Freilassung der Verhafteten, Einstellung der Prozesse gegen die Grohnde-Angeklagten!

Rechtsanwälte der Grohnde-Angeklagten:
Müller, Wolfgang, Hannover
Tönnies, Sybylle, Bremen
Maeffert, Uwe, Hamburg
Galette, Axel, Kiel
Bosse, Arno, Hamburg
Huesmann, Bernd, Kassel
Thode, Peter, Hamburg
Eisele, Ingeborg, Hannover
Magsam, Dieter, Hamburg
Böddeling, Manfred, Hamburg

Wie die Reaktion bekämpfen?

So lautet der Titel einer gemeinsamen Veranstaltung von KBW und KPD, auf der der Sekretär des ZK des KBW, Hans-Gerhart Schmierer und der Vorsitzende der KPD, Christian Semmler am 10.2. in Frankfurt sprechen werden. Zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg hatten das ZK des KBW und das ZK der KPD eine gemeinsame Erklärung vereinbart. Nach Ablauf der Sperrfrist ist sie durch den KBW veröffentlicht worden. Das ZK der KPD ist gegen die Veröffentlichung, weil es ihre Unterschrift unter das Dokument zurückgezogen hatte. Dafür hatten wir die Sperrfrist nicht festgesetzt. Sie war kein Freibrief für Linienschwenks. Es geht nicht an, daß Vereinbarungen getroffen und unterschrieben werden und dann die Unterschrift zurückgezogen wird. Wenn so was passiert, muß man das Dokument, um das es geht, unbedingt veröffentlichen. „Wie die Reaktion bekämpfen?" Man kann sie nicht bekämpfen, wenn man Vereinbarungen nicht einhält und Demokratie scheut. Das wirkliche Problem ist, daß die KPD ihre Linie zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen nach den Verhandlungen geändert hat und jetzt, nachdem wir uns auf eine Erklärung von marxistisch-leninistischen Organisationen geeinigt hatten, eine Wählerinitiative bilden will. Die Absicht ist, mit den Opportunisten zu kungeln, die irgendwelche grüne oder auch bunte Listen aufstellen wollen. Die KPD hat dem ZK des KBW einen offenen Brief geschrieben und in der Roten Fahne veröffentlicht: „Wir teilten euch unseren Beschluß am 13. Januar mit und vereinbarten ein gemeinsames Gespräch am 16. Januar, 8 Uhr. Genosse Schmierer stimmte dem am Telefon zu. Statt diese Zustimmung einzuhalten, wurde die von uns nicht unterzeichnete Erklärung als ‚gemeinsame Erklärung' am 16. Januar in eurem Zentralorgan, der KVZ, veröffentlicht." Natürlich haben wir sie veröffentlicht. Zugestimmt haben wir dem Gespräch. Das aber schon einen Tag vorher. Haben wir das Gespräch etwa nicht geführt? Es war freilich kurz, das stimmt. Laßt diese langweiligen Geschichten von wegen „spalterisch" und „unsolidarisch". Gut ist, daß jetzt jeder lesen kann, was die KPD erst unterschrieben hat und was sie jetzt nicht mehr unterschrieben wissen will. Und die Fragen der Linie im Kampf gegen die Reaktion wird man auf der gemeinsamen Veranstaltung besprechen können. Es muß noch berichtet werden: Der KB (Nord) wird sich an der Veranstaltung mit einem Vertreter beteiligen. Das wird zur Klärung der Fronten sicher beitragen.

Teilzeitbeschäftigung – Ausgangspunkt und Antriebskraft zur Lohnsenkung

Prof. Dr. Werner Maihofer, Bundesinnenminister und Dienstherr der 4,2 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes, hat am 9. Januar auf der „19. beamtenpolitischen Tagung" des Beamtenbundes gesprochen.

„So sehe ich das eigentliche Problem, über das sich heute auf dieser beamtenpolitischen Tagung zu diskutieren lohnt, darin, wie dieser bewährte Beamtenstatus auch in der veränderten Gesamtsituation nicht nur aufrechterhalten, sondern so fortentwickelt werden kann, daß er für die vor uns stehenden Entwicklungen auf dem Felde der Arbeitsmarktpolitik und der Dienstrechtsreform nicht zum Fremdkörper und Hemmschuh, sondern vielmehr zu deren Ausgangspunkt und Antriebskraft im Bereich des öffentlichen Dienstes wird."

Wie der Beamtenstatus zu „Ausgangspunkt und Antriebskraft" werden kann, hat er auch gesagt:

Es ist „zu untersuchen, ob und gegebenenfalls mit welchen Maßnahmen die Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Dienstes bei im wesentlichen gleichbleibendem Gesamtbesoldungsaufwand erhöht werden kann",

und dann hat er die Maßnahmen propagiert:

„Es muß versucht werden ... Instrumente einer Arbeitsmarktpolitik für den Bereich des öffentlichen Dienstes zu erschließen. Teilzeitbeschäftigung, Abbau von Überstunden und Nebentätigkeiten, aber auch Herausschiebung bzw. Vorverlegung von Altersgrenzen, Verlängerung des Erholungsurlaubs, Verkürzung der Arbeitszeit sind die Stichworte, die den Kreis der möglichen Maßnahmen umreißen."

Umrissen ist der Kreis der möglichen Maßnahmen, jetzt gilt es, sie einzugrenzen und den Zielpunkt anzugeben:

ben:

„Das Ziel, an dem wir uns unter diesen Aspekten orientieren müssen, sollte die Einführung einer unbefristeten Teilzeitbeschäftigung ohne einschränkende Voraussetzungen sein." (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13.1.78)

Um was es dem Maihofer hier geht? Er will den „Sonderstatus", den die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Hinblick auf den Kündigungsschutz haben, abschaffen. Beamten auf Lebenszeit kann nur gekündigt werden, wenn sie aufgrund einer Straftat zu Gefängnis über einem Jahr verurteilt werden oder die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" beseitigen wollen, also ihre „Treuepflicht" verletzen. Ebenso kann der Dienstherr nicht ohne weiteres Arbeiter und Angestellte entlassen. Die Kapitalisten in den Fabriken können verfahren „je nach Wirtschaftslage". Der bürgerliche Staatsapparat kann das nicht. Er hat seine Beschäftigten dem besonderen Dienstrecht unterworfen, hat aber zugleich den Arbeitern, Angestellten und Beamten einen Happen anbieten müssen, der es erlaubt, die Ausbeutung und Unterdrückung geringer erscheinen zu lassen. Er hat ihnen einen „sicheren Arbeitsplatz" gegeben, fernab von allen „Konjunkturschwankungen". Bisher beseitigte der Dienstherr diesen „sicheren Arbeitsplatz" mit verschärftem Druck und Schikane gegenüber dem einzelnen. Dieses Verfahren ist jedoch untauglich für sein jetziges Anliegen. Dieses besondere Dienstrecht dient der totalen Unterwerfung und Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, zugleich aber ist es mit dem „sicheren Arbeitsplatz" der Versuch der Bestechung zwecks Abspaltung von der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen Massen.

Klar ist, in dieser „sicheren Stellung" sind die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten nicht „mobil" genug für Einsatz zur Unterdrückung und Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staatsapparat. Zwar sieht das Beamtenrecht jetzt schon vor, daß sich die Beschäftigten zu jeder Zeit rumschieben und versetzen lassen müssen, wenn es der Dienstherr will. Das reicht der Bourgeoisie nicht mehr. Es muß geregelt sein, daß eine Schreibkraft auch Pakete packen muß, daß die kleinen Beamten für *alle* Tätigkeiten zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Die höheren Beamten dagegen können von ihren Planstellen regulär nur versetzt werden, wenn damit eine Beförderung verbunden ist. Die Bestechung des bürgerlichen Staates, damit sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Entrechtung des besonderen Dienstrechts überhaupt unterwerfen, hat sich zur Fessel für die Bourgeoisie entwickelt. Gelöst werden soll dieses Problem jetzt mit der Einführung der „Teildienstverhältnisse".

Dieser bürgerliche Staatsapparat muß die Unterdrückung der Volksmassen für die Durchsetzung der imperialistischen Interessen der Kapitalistenklasse organisieren. Er muß also schlagkräftig und „mobil" sein. Mit Bestechung wird sich das nicht regeln lassen. Das kostet Geld, viel zuviel Geld, das die Kapitalistenklasse jedoch einsetzen will zur Steigerung ihres Profits, zur Expansion.

Also muß man den Arbeitsdienst im öffentlichen Dienst organisieren. Man muß den „sicheren Arbeitsplatz" für die Arbeiter und Angestellten, beseitigen, man muß größere Teile der Beamten, also die kleinen Beamten, kündbar machen – sie aber insgesamt weiter dem besonderen Dienstrecht unterwerfen. Sodann muß man bei den Rechten, die Arbeiter und Angestellte und Beamte haben, eine „Angleichung" vollziehen, man muß den Arbeitern und Angestellten das Streikrecht entziehen. Das läßt sich regeln über die „Teildienstverhältnisse".

Das Ganze ist durchdacht und genau geplant von der Bourgeoisie. Bereits 1973 hat eine „Studienkommission" der Bundesregierung zur „Reform des öffentlichen Dienstrechts" festgestellt:

„Das Teildienstverhältnis soll generell zugelassen werden. Der Dienstgeber muß unter Abwägung der Anforderungen, die sich aus der Aufgabenerfüllung ergeben, und der schutzwürdigen Interessen der Bewerber entscheiden, in welchem Umfang er Teilzeitdienstverhältnisse eingehen will. Die Kommission stellt zugleich fest, daß dieses Instrument aus arbeitsmarktpolitischen wie aus gesellschaftspolitischen Gründen für den öffentlichen Dienst zunehmende Bedeutung erlangen kann."

In „welchem Umfang" der Dienstgeber, also unter welchen Bedingungen er die „Teilzeitverhältnisse" herstellt, ist seine Sache. Der Maihofer hat sich das ausdrücklich ausbedungen: „Teilzeitbeschäftigungen ohne einschränkende Voraussetzungen". Jedem Teilzeitbeschäftigten seinen Vertrag – oder auch keinen. Mit jedem Teilzeitbeschäftigten einen anderen Monatslohn. Mit jedem Teilzeitbeschäftigten eine andere Arbeitszeit – die Möglichkeiten zur Spaltung sind ungeheuer.

Der Maihofer will jetzt diesen Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als „Abbau von Überstunden und Nebentätigkeiten" verkaufen. Ergebnis solcher „Teilzeitdienstverhältnisse" sind jedoch Senkung des Lohns, Intensivierung der Arbeit, Durchsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen durch den Dienstherrn. Beseitigung des „sicheren Arbeitsplatzes" – die „Teilzeitbeschäftigten" können zur vollen Arbeitsleistung gezwungen werden, das „Dienstrecht" sieht die „volle Hingabe" der Beschäftigten vor. Sie sollen in sechs Stunden Arbeit die gleiche Arbeitskraft verausgaben wie jetzt in acht. Das verschärft die Auspressung von Mehrarbeit immens und läßt den Wert der Ware Arbeitskraft der Arbeiterklasse sinken. Werden von den kleinen Beamten heute mit der Knute des Beamtenrechts zahlreiche Überstunden und Mehrarbeit abgepreßt, so laufen die Pläne Maihofers auf das Doppelte hinaus: Lohnsenkung bei Durchsetzung der gleichen Arbeitszeit wie die Vollzeitbeamten und Verpflichtung zur Leistung von Überstunden.

Mit der Einführung der Zweidrittelstellen für Lehrer hat die Bourgeoisie bereits damit begonnen. Die Lehrer auf den Zweidrittelstellen haben fast die gleichen Arbeitszeiten wie die vollzeitig eingestellten Lehrer, nur – sie haben über ein Drittel weniger Lohn.

Die „Bundesanstalt für Arbeit" hat gleich nachgesetzt. Ein Prof. Grottian, bestbezahlt und geschmiert, hat im „Uni-Berufswahl-Magazin" verlauten lassen: „... die finanziellen Statuserwartungen von Hochschulabsolventen sollen reduziert werden ... nur noch ein Inflationsausgleich bei den öffentlichen Tarifverhandlungen für den höheren Dienst ..." Klar, für die Masse der Beschäftigten im öffentlichen dienst, für die „Teilzeitbeschäftigten" keine Lohnerhöhungen mehr. Das setzt die nötigen Gelder frei, dann kann man sich schon noch einen kleinen Brocken davon hernehmen für das Antreiberpack. Ein gut geschmierter Stab von Antreibern muß da sein, der den Zwangs- und Arbeitsdienst für die Masse der Beschäftigten organisiert.

Der Hauptvorstand der ÖTV hat 7,5% mehr Lohn in die Debatte gebracht. Die „Tarifgemeinschaft öffentliche Dienste", in der sich Beamtenbund und DAG und kleinere Spaltervereinigungen zusammengeschlossen haben, hat jetzt am 21.1. 6 Prozent und „Aufstockung der Beiträge zur Vermögensbildung" erhoben. Diese Tarifgemeinschaft ist mit ca 250000 Beschäftigten ein wichtiger Spaltkeil für die Bourgeoisie. Wie der Beamtenbund zu spalten gedenkt – das ist auf der „19. beamtenpolitischen Tagung" bereits festgelegt worden. Die Beamten sollten doch endlich auch

„von dem von ihnen beanspruchten Sonderstatus derart Gebrauch machen, daß sie auf Forderungen nach Gehaltsanhebungen verzichten, um so ein Signal für die notwendige Konsolidierung (des Arbeitsmarktes) zu setzen".

zu setzen".

Man sieht: Der „Kreis" Maihofers mit dem Ziel der „unbefristeten Teilzeitbeschäftigung ohne einschränkende Voraussetzungen" hat sich geschlossen: Erschließung der Instrumente einer Arbeitsmarktpolitik – Teilzeitbeschäftigung – Einstellung von Teilzeitbeschäftigten aber nur bei wesentlichen gleichbleibendem Besoldungsaufwand – deshalb keine Lohnerhöhungen. Wie der Krause vom Beamtenbund seine Prozentforderung versteht, hat er denn bereits schon dort gesagt:

„Diese verstehe sich für die lineare Anhebung und eine Reihe von Verbesserungen *innerhalb* des Besoldungsgefüges" sowie die „Aufstockung der Beiträge zur Vermögensbildung" und „Korrektur der Benachteiligung des Versorgungsgefüges". (FAZ, 11.1.78)

Das Antreiberpack, vor allem organisiert im Beamtenbund, sichert sich ab. Es wird darauf hinarbeiten, daß die Prozente so niedrig wie möglich sind. Die Reihe von „Verbesserungen innerhalb des Besoldungsgefüges" eröffnen ihnen die Möglichkeiten, ihr Scherflein ins trockene zu bringen. Die Forderung ist auf nichts anderes berechnet als auf die tiefe Spaltung im Besoldungsgefüge, der Bonus für die Regierungsdirektoren, die Ministerialdirigenten, Staatsanwälte, Schuldirektoren, für das ganze Gesindel überhaupt, läßt sich holen. Man sieht, das parasitäre höhere Beamten- und Antreiberpack folgt dem Ruf seines Herrn und Gebieters.

Der Vorschlag des Maihofer ist ausgekocht. Aber er stellt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, einen großen Teil der Beamtenschaft, die kleinen Beamten, direkt gegen den Dienstherrn. Das schafft günstige Bedingungen, die Spaltung nicht wirksam werden zu lassen. Die Arbeiterklasse muß das nutzen. – (Z-Red.)

Frister mußte Reaktionäre aus der GEW ausschließen

Hamburg. In einem Rundschreiben an alle Hamburger GEW-Mitglieder mußten der GEW-Bundesvorsitzende Frister und der Landesvorsitzende Lemke am 16.1.78 zu ihrem Bedauern mitteilen, daß die Landesschiedskommission 36 Mitglieder der spalterischen „Alternative"-Fraktion aus der GEW ausgeschlossen hat. Die „Alternative", ein Sammelbecken von rechten Schulleitern und anderem Dienstaufsichtspack, hatte sich 1976 als Fraktion in der GEW gegründet, nachdem sich in den Vorstandswahlen erstmals Jusos und DKP durchgesetzt hatten. Als „Alternative"-Mitglieder bei sämtlichen Wahlen zur Aufstellung der GEW-Listen zu den Personalratswahlen mit Pauken zu den Personalratswahlen mit Pauken und Trompeten durchgerasselt waren, traten sie mit einer eigenen Liste an. Sie errangen zehn Sitze im Volks- und Realschulbereich (die GEW zwölf) und das führende „Alternative"-Mitglied Ursula Koppe wurde Vorsitzende. Sie war schon im letzten Personalrat dadurch hervorgetreten, daß auf den Personalversammlungen der Standpunkt des Dienstherren immer aus ihrem Mund in die Ohren der Lehrer drang. Sie handelte sich so auf jeder Personalversammlung mehr Pfiffe und Buhrufe ein. Unter ihrer Führung stimmte der Personalrat ohne Umstände den spalterischen Teilzeitverträgen zu. Ebenso den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Lehrer, gegen die sich viele Lehrer gewehrt haben, zum Teil sogar gemeinsam der Behörde auf die Bude rückten.

„Alternative"-Mitglied Koppe und ihr Anhang stimmten diesen Maßnahmen zu, weil „sie im Interesse des einzelnen Kollegen liegen". Besser Kurzarbeit mit Hungerlohn und ohne Sozialversicherung, als gar keine Arbeit mit Arbeitslosenhilfe – das ist Koppes auf vielen Personalversammlungen geäußerter Standpunkt. Beifall bekommt sie dafür nur aus der ersten Reihe – von ihren Herren, den Oberschulräten. Beschlüsse von Personalversammlungen interessieren sie überhaupt nicht. Die „Argumente" der Behörde findet sie plausibler.

Die Bewegung unter den Lehren gegen die Angriffe des Staates auf ihren Lohn, die Angriffe des Staates auf ihren Lohn, ihre Arbeitsbedingungen und ihre Rechte ist so stark, daß Frister es sich überhaupt nicht leisten kann, die „Alternative"-Fraktion ungeschoren zu lassen. Es muß ihm Bauchschmerzen bereiten, wenn die „Alternative" ihm vorhält, daß seit Jahren keine Kommunisten mehr aus der GEW-Hamburg geflogen sind, dafür jetzt aber 36 der treuesten Diener des bürgerlichen Staates aus der GEW von ihren eigenen Fraktionskollegen gefeuert werden. Was Frister als Führer der Staatsfraktion aber viel mehr Bauchschmerzen bereitet, sind die Tausende von Lehrern, die nicht dem Staat treu dienen, sondern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen den Dienstherrn schmieden wollen.

Diskussionsveranstaltung
in Frankfurt, 10.2.1978

„Wer betreibt die Reaktion und wem dient sie? Wie dagegen kämpfen?"

Es sprechen:
Hans-Gerhart Schmierer
(Sekretär des ZK des KBW)
und Christian Semler
(Vorsitzender des ZK der KPD)

Frankfurt, 10.2.
im Bürgerhaus Nordweststadt
Beginn 19.30 Uhr

Resolution von 12 Arbeitern der Conti Hannover-Stöcken

Hannover. 12 Conti-Arbeiter beschlossen folgende Resolution: „Wir sind gegen die Grohnde-Prozesse und jede Strafverfolgung der Angeklagten. Aus eigenen Beispielen wissen wir, daß erhöhter Energieverbrauch der Conti zur Rationalisierung führt und daß durch neue Maschinen die Akkordwerte steigen. Wenn Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten gegen den Bau von KKWs demonstrieren, finden wir das vollkommen richtig. Die Demonstration und Kundgebung unterstützen wir, weil sie in der augenblicklichen Situation das richtige Mittel zur Verhinderung der Prozesse sind. Sofortige Rücknahme der Haftbefehle! Sofortige Freilassung der Häftlinge! Sofortige Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo! Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!"

Sozialdemagogie und „Dialog mit den Politikern“ – Die Rezepte des RCDS werden von der Studentenbewegung bekämpft

„Den politischen Dialog suchen“, unter diesem Motto betreibt der RCDS seine Politik in der Vorbereitung der Studentenparlamentswahlen. Eine Welle von christlich-demokratischen Politikern hat er den Studentenmassen beschert. Sie haben ihre Aufgabe der Fesselung der Studentenbewegung und Unterstützung ihres Nachwuchses bisher nur äußerst schlecht erfüllen können. Wer wie Biedenkopf in Münster die Herausprüfung einer „Elite“ propagiert und die „erfreuliche Tendenz“ bejubelt, daß heute einige Studenten „freiwillig mehr studieren, um besser zu sein als andere“, der stößt auf erbitterten Kampf gegen seine reaktionäre Politik. Die schwarzen Bourgeoisstudenten sind entsprechend unzufrieden mit den Carstens und Biedenkopfs. Sie kritisieren ihre Lehrmeister und versuchen mit sozialdemagogischen Manövern die Studenten zu binden. Sie fürchten um ihre Stimmen bei den Wahlen. Zu Recht. Im Kampf gegen die Politik der Reaktion kommt der Zusammenschluß der Studenten auf der Grundlage ihrer sozialen und politischen Interessen voran.

Kiel. Bei den Studentenparlamentswahlen an der Universität Kiel wird die Entscheidung fallen zwischen den Reaktionären und der Liste der Fachschaftsgruppen. RCDS und „Studenten für das Grundgesetz“, die von Rektorat und Burschenschaftlern aufgebaut wurden, kandidieren als „Demokraten 78“ auf einer „gemeinsamen Antiextremistenliste“ mit elf Kandidaten. Von den 16 Fachschaftsgruppen der Universität unterstützen dreizehn das Programm und die elf Kandidaten der Liste. Die Revisionisten, die mit einigen rechten Jusos auf einer Liste der „gewerkschaftlichen Orientierung“ kandidieren, sehen sich gezwungen zu erklären: „Warum wir nicht auf der Fachschaftsgruppenliste kandidieren.“

Die Veranstaltung mit Carstens, auf der er auf Einladung des Präsidiums die deutschnationale und christliche Ideologie propagiert hat, haben die Reaktionäre als „wenig effektiv“ bezeichnet und verlangt, daß „die Politiker sich besser vorbereiten“. Sie haben sich links abgegrenzt, die CDU kritisiert, weil sie beim BAFöG-Hearing den VDS nicht anerkennen wollten und die Anhebung des Elternfreibetrages verlangt. Die Taktik ist, die Kritik an der sozialliberalen Regierung und den Erscheinungen der Abhängigkeit und des materiellen Elends der besitzlosen Studenten zu führen, um den Aufbau einer Front für die Erkämpfung von Koalitionsrechten und die Aufnahme des Streiks zu verhindern.

Dazu wollen sie eine „Bücherbörse“ und einen „genossenschaftlich organisierten Buchladen“ des AStA aufbauen, Altbaurenovierung durch den AStA organisieren und fordern „Abendessen in der Cafeteria“ und „Einrichtung von mehr Parkplätzen in Zusammenarbeit mit Polizei, Präsidium und Stadt“. „Die Regelstudienzeit ist strikt abzulehnen“, „das Studium soll von überflüssigem Ballast befreit werden“, dann ist die LHG-Novelle „tragbar“. „Demonstration und Streik als Mittel zur Durchsetzung von berechtigten Interessen“, aber nur, „wenn uns die Beratung und Beschlußfassung ... in den Gremien oder Ausschüssen nicht weitergebracht hat“. Mit Sozialdemagogie sollen die besitzlosen Studentenmassen eingewickelt und an die Bourgeoisie gefesselt werden.

Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Weg mit dem Ordnungsrecht! Streikrecht! Keine Zwangsexmatrikulation und Regelstudienzeit! Weg mit dem HRG und LHG! Für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt vom Staat! sind die Forderungen, unter denen die Fachschaftsgruppen dagegen kandidieren. Am Fachbereich Mathematik/Naturwissenschaften organisieren die Fachschaftsgruppen den Kampf gegen 16 Studienordnungen, die den Arbeitstag verlängern und die Konkurrenz unerträglich verschärfen sollen. Einmal ist die Verabschiedung bereits von den Studenten verhindert worden. Jetzt wird eine Vollversammlung des Fachbereichs und eine Demonstration vorbereitet.

Am Freitagabend ist die „Riesenmensafete“ des RCDS mangels Beteiligung geplatzt. Etwa 50 Fachschaftsgruppenmitglieder haben die Plakate des RCDS entfernt und haben dann zusammen mit der Hälfte der 30 anwesenden Studenten die Veranstaltung verlassen. – (Rote Zellen Kiel)

Göttingen. Für den vorigen Dienstagabend hatte der RCDS Ministerpräsident Vogel (CDU) aus Rheinland-Pfalz zum „Demokratischen Dialog“ in die Universität eingeladen.

Nach den Besuchen Kohls in Westberlin, Geißlers in Bremen, Carstens in Kiel und Leisler-Kieps in Osnabrück war er der fünfte „CDU-Spitzenpolitiker“, der in der Universität sprechen sollte.

Das Vorgehen hat Kalkül. Es ist berechnet auf Provokation und auf Spaltung der Studentenbewegung. Die Masse der Studenten gewinnen zu können für ihre reaktionäre Politik, daran glauben die Bourgeoispolitiker nicht. Sie wollen eine Grundlage schaffen, die Landeshochschulgesetze durchzusetzen und die Studentenbewegung niederdrücken zu können. Kiep hat dann auch gleich erklärt, nun sei es wirklich an der Zeit, das Niedersächsische Hochschulgesetz durchzusetzen und das Ordnungsrecht anzuwenden.

Durchsetzen wird sich die Bourgeoisie aber nur, wenn sie erfolgreich spalten kann. In Göttingen wollten die KB Nord-Studenten aus dem AStA mit Vogel in einer Diskussionsveranstaltung die „geistig-politische Auseinandersetzung führen“. Das unter der Parole: „Nur nicht dieselben Methoden wie die CDU anwenden – nur nicht provozieren lassen.“ Der KSB hatte vorgeschlagen, die Forderungen nach „Zurücknahme der AStA-Suspendierung, Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit, ausreichendem Ausbildungsentgelt“ zur Grundlage des gemeinsamen Vorgehens zu machen und Vogel aufzufordern, sich positiv zu äußern oder zu gehen. Als Vogel durch eine Hintertür schon in den Saal gelangt war, konnte eine Abstimmung über diesen Vorschlag nicht mehr stattfinden.

Unter Sprechchören nach „dem AStA die Versammlungsleitung, Zurücknahme der AStA-Suspendierung“ wurde das Podium besetzt und konnte der AStA einen Beitrag halten. Kein Wort fiel darin jedoch zu den Forderungen der Studentenbewegung. Vogel erhielt so den Raum, die versammelten Studenten als „linke Spinner und Narren, die im Gegensatz zu den Narren aus Mainz noch nicht einmal Geist besitzen“, zu beschimpfen. Lang haben sich die Studenten das nicht mitangeschaut. Er erntete ein Pfeifkonzert, Eier, mußte abtreten und sich aus dem Saal schleichen.

Niedersachsens Wissenschaftsminister Pestel nannte „die Vorfälle einen Skandal, der das falsche Demokratieverständnis zahlreicher Studenten abermals auf erschreckende Weise offenbart habe“.

Die Bourgeois fürchten die geschlossene Front der Studenten gegen die Regierung und die Aktionseinheit für die Forderungen der Studentenbewegung. Sie können nur hoffen auf Vertiefung der Spaltung unter den Studenten. In Göttingen ist ihnen das nicht gelungen. Der Zusammenschluß gegen die Reaktion ist vorangekommen. Man muß alles tun, daß die Bourgeoisie keinen AStA erhält, der ihr die Treue schwört. Die Bedingungen dafür haben sich verbessert. (N-Red.)



„Demokratischer Dialog!“ (Vogel) und „Rückgewinnung einer politischen Debatte mit den Hochschulen“ (Glotz). Unter diesem Schlachtruf befinden sich alle möglichen Politiker auf Tournee durch die westdeutschen Universitäten. Gern gesehen sind sie nicht. Vogel wurde in Göttingen hinausgeworfen, Kiep kam in Osnabrück kaum zu Wort. Die besitzlosen Studenten wissen, was sie von diesen Leuten erwartet: der Aufbau der Streikfront soll verhindert und die Verfaßte Studentenschaft zerschlagen werden. Dagegen gibt es überall Zusammenschlüsse zu den Studentenrats-Wahlen unter den Forderungen nach ausreichendem Ausbildungsentgelt, Koalitionsrecht und Streikrecht.

150 Millionen Mark BAFöG liegengeblieben – Zinsloses Darlehen für das Finanzkapital

„150 BAFöG-Millionen übriggeblieben“, verkündet eine Meldung in den „Kieler Nachrichten“ vom 14.1.78. „Ein Haushaltsrest von 150 Mio. DM, der sich nach Angaben der CDU/CSU im abgelaufenen Jahr bei den BAFöG-Mitteln angesammelt hat, soll jetzt zusätzlich für die Ausbildungsförderung verwandt werden.“ Das ist wirklich eine Unverschämtheit. Wir Studenten sollen für jeden Pfennig BAFöG auf den Knien rutschen, selbst dann rücken sie noch nichts heraus, und gleichzeitig schieben sie mal eben einen „Haushaltsrest“ von 150 Mio. DM auf die Seite.

Eine Kommilitonin vom Fachbereich Sozialwissenschaften z.B. stellte für dieses Wintersemester rechtzeitig einen Antrag auf Ausbildungsförderung. Ihre Eltern können ihr kein Geld geben, sie kommen selber kaum aus, und sie selbst hat vor dem Studium für 700 DM monatlich gearbeitet. Bei Semesterbeginn stand sie ohne Geld da. Sie war dringend auf die Abschlagszahlung angewiesen. Nach BAFöG §51 stehen den Antragsstellern, bis sie BAFöG bekommen, bis zu 480 DM monatlich Überbrückungsgeld zu, das sie natürlich zurückzahlen müssen, wenns nichts gibt.

Das BAFöG-Amt Hannover verweigerte die Auszahlung des Geldes. Frech meinte Heiduck, Leiter des Studentenwerkes Hannover: „Wenn Sie kein Geld haben, dann müssen eben die Eltern zahlen.“ Es sei nicht seine Sache, ob diese das können oder nicht. Was sie denn vorher gemacht habe? Gearbeitet? Was, 700 DM? Da hätte sie sparsam mit dem Geld umgehen müssen, dann hätte sie jetzt was.

Das Überbrückungsgeld konnte nicht durchgesetzt werden. Die Studentin mußte neben dem Studium arbeiten. Unter Vorbehalt bekommt sie jetzt BAFöG. Das kann ihr aber jederzeit wieder gekürzt werden, denn der Antrag ist noch nicht voll bearbeitet.

Das ist nur ein Fall von vielen. An unserem Fachbereich müssen viele Studenten z.B. nachts Zeitungen fahren, im Lager bei Grammophon arbeiten oder halbtags bei Real-Kauf an der Kasse sitzen. Viele stellen erst gar keinen Antrag, weil sie sich nicht durch die Darlehensschulden abhängig machen wollen. So erfährt man am eigenen Leibe, wie die 150 Mio. DM „Haushaltsrest aus BAFöG-Mitteln“ zustandekommen! Gut weg kommen dabei nur die Kapitalisten: Über ihren Staat verfügen sie über die BAFöG-Mittel, billig kommen sie durch die BAFöG-Unterdrückung an unsere Arbeitskraft heran. – (KHG Hannover)

Aufrufe der Medizinerfachschaften zu den Aktionstagen und zur Demonstration am 29.1. in Bonn

Kiel. Für die Aktionstage hat die Fachschaftsgruppe Medizin verschiedene Projekte beschlossen:

– Eine Veranstaltung zur Information über die neue Approbationsordnung, die in der Klinik mit viel Erfolg durchgeführt wurde, soll für die Vorklinik wiederholt werden. Eingeladen sind dazu der Dekan, die beiden Anatomieprofessoren Leonhard und Tillmann und ein Vertreter des Sozialministeriums.

– Eine gemeinsame Veranstaltung mit den Krankenpflegeschülerinnen der Universitätskliniken und den Zivildienstpflichtigen zu den Absichten des Staates, immer mehr Gruppen von Beschäftigten in immer größerem Maße in einen völlig rechtlosen Status zu zwingen, von den übrigen Beschäftigten abzuspalten und über ihre Arbeitskraft unbeschränkt und kostenlos zu verfügen.

– Ein Theaterstück mit mehreren Szenen zur Lage der Medizinstudenten, das während der Aktionstage vor den Lehrveranstaltungen gespielt werden soll.

Medizinische Hochschule Hannover. Auf seiner letzten Sitzung hat der Approbationsordnungs-Arbeitskreis beschlossen, daß während der Aktionstage Semestervollversammlungen stattfinden. Dazu hat er Resolutionen beschlossen, die die Studenten aufruft, am 27.1. in Bonn gegen die Novelle zu demonstrieren.

Während der Aktionswoche soll eine Plakataktion sowie eine Transparent-Malaktion durchgeführt werden und mit dem Fahrkartenverkauf für Bonn verbunden werden. Außerdem soll ein Sketch aufgeführt werden.

Göttingen. 300 Medizinstudenten haben in der letzten Woche einen Brief an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und an den niedersächsischen Sozialminister unterzeichnet, in dem sie aufs schärfste gegen die geplante Novellierung der Approbationsordnung protestieren und die Forderung nach dem Ausbildungstarifvertrag im Praktischen Jahr aufstellen.

Frankfurt. Über 250 Studenten haben bisher den Brief an Ministerin Huber unterschrieben, in dem es u.a. heißt: „Wir lehnen den Entwurf zur Approbationsordnungs-Novelle rundum ab, weil keine unserer Forderungen berücksichtigt ist ... Für den Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages, für Streikrecht und Bezahlung von 700 DM. Sie meinen doch nicht im Ernst, diese Forderungen hätten sich erledigt ... Wir fordern Sie aus diesen Gründen auf, diesen Entwurf baldigst zurückzuziehen und unsere Forderungen nach Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages endlich zu erfüllen ...“ Auf der Vollversmmlung der PJ-Studenten wurde ein Brief mit ähnlichem Wortlaut mit 89 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen.

Freiburg. 205 Medizinstudenten haben folgenden Brief an Gesundheitsministerin Antje Huber unterschrieben: „Der Bundesrat beabsichtigt in einer seiner nächsten Sitzungen den 2. Änderungsentwurf der Approbationsordnung für Ärzte zu verabschieden und ab März dieses Jahres in Kraft treten zu lassen. Wir sind entschieden dagegen, daß die Bestehenskriterien für sämtliche Prüfungen von 40% auf 60% heraufgeschraubt werden; daß dadurch und durch den Wegfall der sogenannten ‚Gleitklausel‘ die bisher schon hohen Durchfallquoten drastisch heraufgesetzt werden; daß Druck und Kontrolle durch die im Entwurf vorgesehene Regelstudienzeit, durch Pflichtvorlesungen und Erhöhung der Zahl der Prüfungsfragen verstärkt werden; daß die Zeit, während der wir im Studium unentgeltlich und völlig rechtlos im Krankenhaus arbeiten müssen, durch die Verlängerung der Famulatur ausgedehnt wird.

Durch die Approbationsordnung und ihre jetzt geplante Änderung sollen wir uns unter immer größerem Zwang die Inhalte zu eigen machen, die im Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz festgelegt sind. Wir lassen uns aber nicht zu Ärzten ausbilden, die die Kostendämpfungspläne der Bundesregierung gegen die Bevölkerung durchsetzen.“

Keine Verabschiedung der A.O. Novelle!



„Die Novelle wird auch dahin wirken, daß den künftigen Studenten ein Einblick in die Kostenrelevanz und damit in die nationale ökonomische Bedeutung ärztlichen Handelns vermittelt wird.“

Bundesweite Aktions- und Propagandatage vom 23. – 26. Januar

- Keine Einführung der Regelstudienzeit
- Keine Pflichtvorlesungen
- Rücknahme aller Prüfungsverschärfungen
- Keine Benotung und Punktbewertung der Examina
- Keine Verlängerung der Pflichtfamulatur
- Bezahlung von Famulatur und Pflegepraktikum
- Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages für die P.J.-Absolventen, der beinhaltet: Vertretung durch den Personalrat, Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung einschließlich Streikrecht, Bezahlung einer Ausbildungsvergütung von z.Zt. 700 DM im Monat und übliche Sozialleistungen, Übernahme aller Studenten nach Bestehen des zweiten Teils der ärztlichen Prüfungen in das Praktische Jahr, ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Ausbildungsstätten einschließlich den Einrichtungen von Polikliniken an den Lehrkrankenhäusern
- Keine unbezahlte Arbeit in Praxis und Krankenhaus
- Keine Einführung des Ordnungsrechts an Uni und Krankenhaus
- Für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit

bundesweite Demonstration in Bonn, 27.1.78

14°° Kennedybrücke rechtes Rheinufer

Sekretariat der VDS-Fachtagung Medizin

NATO-Generale gegen den wachsenden Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt

Interventionspläne kaum verhüllt

Die zahlreichen Niederlagen der in der NATO verbündeten Imperialisten gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt haben zu einer die Imperialisten beunruhigenden Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt geführt. Die militärischen Führungsstäbe der Imperialisten wälzen Pläne, wie sie das Blatt noch einmal wenden können.

Die folgenden Zitate stammen von dem westdeutschen General J. Steinhoff, bis 1974 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, von US-Admiral Isaac C. Kidd, dem Obersten Alliierten Befehlshaber „Atlantik“ seit 1975, von General E. Wangemann, ehemaliger Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, und von US-General Haig, seit 1974 NATO-Oberbefehlshaber für Europa. Die Aussprüche dieses illustren Kreises sind die militärischen Widerspiegelungen der imperialistischen Ausbeuterinteressen.

General Steinhoff: „Rohstoffproduzierende Länder, speziell ölproduzierende“ südlich des Wendekreises des Krebses ins Visier genommen

Interview in der „Welt“ am 15.1.76. Frage: „Berührt es unsere Existenz, wenn weit weg in Angola die beiden Großmächte fast in direkte Konfrontation zueinander geraten?“ „Ja, unter anderem wegen unserer großen Energieabhängigkeiten, national und europäisch. Die NATO wird deshalb auf Dauer Krisen und Vorgänge außerhalb ihrer fiktiven (angenommenen, Red.) geographischen Grenze im Atlantik, dem Wendekreis des Krebses, nicht mehr ignorieren können.“

In seinem Buch „Wohin treibt die NATO?“ 1976: „Die Allianz steht nun vor der neuen Situation, daß die Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit zugleich die militärische Sicherheit gefährdet. Die rohstoffproduzierenden Länder, speziell die ölproduzierenden, spielen somit eine wichtige Rolle bei der Erhaltung und Schaffung der militärischen Sicherheit der Allianz, deren wirtschaftliche Basis durch sie von außerhalb bedroht wird. Das macht deutlich, daß der Artikel 2 des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Atlantik-Vertrages weiter gefaßt werden sollte.“ (Art. 2: „Die Parteien werden zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freien Einrichtungen festigen, ein besseres Verständnis für die Grundsätze herbeiführen, auf denen diese Einrichtungen beruhen, und indem sie die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen fördern. Sie werden bestrebt sein, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Parteien fördern.“)

Admiral Isaac C. Kidd: Flagge zeigen – Inselstützpunkte als Anfang

In einem Artikel in „NATO-Brief“ 6/76 „Die NATO-Strategie und die neue Dimension zur See“: „Zunächst müssen wir erst einmal rückhaltlos die Tatsache akzeptieren, daß die Interessen des Bündnisses sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen der NATO bedroht werden. Das heißt nicht, daß außerhalb des NATO-Gebietes eine ständige Präsenz notwendig wäre, sondern vielmehr, daß wir als Bündnis die Fähigkeit entwickeln müssen, in anderen Gebieten zu operieren und daß wir bereit sind, das zu demonstrieren ... Der Gedanke, außerhalb des bestehenden Bündnisbereichs NATO-Stützpunkte einzurichten, bereitet den politischen Führern der NATO begreiflicherweise Kopfzerbrechen. Wenn sich jedoch die Einsicht durchsetzen sollte, daß wir es vielleicht mit Inseln schaffen könnten, die sich bereits unter der Kontrolle einzelner Mitglieder des Bündnisses befinden, dann könnte es sein, daß das Problem in die Grenzen realer Möglichkeiten rückt.

Wichtig wäre, daß ein Anfang gemacht wird, daß die NATO ein nach außen sichtbares Zeichen setzt, daß sie die Bedrohung ihrer außerhalb des NATO-Gebiets liegenden lebenswichtigen Interessen erkannt hat und daß Schiffe und Flugzeuge von Zeit zu Zeit sichtbar außerhalb des NATO-Bereiches operieren.“

General Wangemann: Intervention zu jeder Zeit und an jedem Ort

In der „Österreichischen Militärzeitschrift“ 2/77: „Die Beschäftigung mit Verteidigungsfragen in Mitteleuropa sollte uns nicht vergessen lassen, daß neben der Ost-West-Spannung noch eine Nord-Süd-Spannung den Weltfrieden bedroht ... Die Krise von 1973 hat uns gezeigt (die Imperialisten bezeichnen die gerechten Ölpreiserhöhungen als „Ölkrise“, Red.), wie eng die Welt geworden ist und wie sehr ihre Schwierigkeiten und Probleme alle angehen ... Er (der Westen) muß zu jeder Zeit die Basis seiner politischen Handlungsmöglichkeiten schützen können.“

General Haig: Keine Alternative für NATO-Streitkräfte „an Ort und Stelle“

In einem „Spiegel“-Interview (34/1976): „Ich meine, es ist klar, daß in der Welt der Multipolarität und des strategischen Atomgleichgewichts regionale Kräfteverhältnisse eine größere Bedeutung für die weltweite Stabilität gewinnen. Und es ist in dieser veränderten Umwelt auch klar, daß Ereignisse außerhalb der strengen Grenzen der Allianz nichtsdestoweniger von Bedeutung für ihr Wohlergehen sind ... Ich glaube, wir müssen über die traditionellen Grenzen der Allianz hinausschauen ... Mein eigentliches Interesse gilt zwar dem Gebiet von der nördlichen Spitze Norwegens bis zur südöstlichen Spitze der Türkei. Aber ich kann nicht, wenn ich meiner Verpflichtung nachkommen will, über Ereignisse hinwegsehen, die sich anderswo zutragen – im Nahen Osten oder in den Gebieten an der Peripherie unserer Flanken – und die die Sicherheit des NATO-Bereichs Europa beeinträchtigen würden.“

Und in einem Interview, das auszugsweise in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Januar 1978 abgedruckt ist: „Wir müssen uns auch regional (außerhalb des Zentralabschnitts der NATO) mit militärischen Mitteln ausstatten, die als Abschreckung gegen die Eskalation von Konflikten der Dritten Welt einsetzbar sind. Diese Abschreckung geschieht am besten in der Weise, daß westliche Interessen klar zum Ausdruck gebracht werden. Es gibt keinen Ersatz für Streitkräfte an Ort und Stelle.“

US-Imperialisten verstärken Besatzertruppen

Die amerikanischen Truppen in Westdeutschland sollen noch in diesem Jahr um mehrere zusätzliche Einheiten mittlerer und schwerer Artillerie – die auch Atomgeschosse verwenden kann – verstärkt werden. Schwere Haubitzen und mittelschwere Geschütze sollen zu diesem Zweck aus den USA abgezogen werden. 1979 soll die Artillerie weiter verstärkt werden. Die zusätzlichen Artillerieeinheiten gehören zu der durch Carter und Kriegsminister Brown angeordneten Erhöhung der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa. 1,6 Milliarden Dollar zusätzliche Mittel für das Heer sind im Verteidigungshaushalt der USA vorgesehen – der größte Teil davon soll für den Ausbau der US-Truppen in Westdeutschland sein.

Ein Teil der zusätzlichen Geschütze ist für das Abfeuern der Neutronenwaffe gebaut, die „beim amerikanischen Heer als das bisher wirksamste Mittel zur Abwehr angreifender Panzerverbände an der europäischen Zentralfront“ gilt. Fieberhaft rüsten die US-Imperialisten für die Schlacht um Westeuropa. Vor kurzem ist eine neue US-Radareinheit in Bremerhaven stationiert worden. Im Herbst soll die neue Panzerbrigade in Garlstedt eingetroffen sein. Die BRD-Imperialisten stützen nach Kräften die Aufrüstung der US-Imperialisten in Westdeutschland. In den letzten Wochen ist die neue Autobahn Bremerhaven – Bremen fertiggestellt worden. Diese Autobahn sichert den schnellen Transport vom Militärhafen Bremerhaven in alle Teile Westdeutschlands. Gleichzeitig kann sie als Fluglandestrecke benutzt werden. Die Arbeiter und Bauern führen den Kampf gegen die Stationierung der US-Söldner. Zusammengefaßt wird dieser Kampf in den Forderungen nach Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und aus der DDR und nach Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse.

Britische Imperialisten erhöhen

mehr ignorieren können.“
bietes eine ständige Präsenz notwendig
schen Handlungsmöglichkeiten schützen können.“
bracht werden. Es gibt keinen Ersatz für Streitkräfte an Ort und Stelle.“

Die Demonstration der Zivildienstpflichtigen findet in der Arbeiter- und Soldatenbewegung Unterstützung

Hannover. Fliegerhorst Faßberg/Munster. 4 Soldaten haben in einer Grußadresse an die Bundeszentrale der Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen die Aktionswoche, den Streik und die zentrale Demonstration begrüßt unter den Forderungen:
- Sofortige Abschaffung der Gewissensprüfung
- Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung
- Freie Wahl der Dienststellen, keine Kasernierung
- Lohnfortzahlung für Zivildienstpflichtige und Soldaten
- Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Zivilpflicht und in der Armee!

Bremen-Unterweser. Schwanewede. 18 Soldaten der Lützow-Kaserne haben in einer Resolution an die Teilnehmer der Demonstration der Zivildienstpflichtigen in Dortmund am 28.1. und zur Unterstützung des Warnstreiks am 27.1. die Aktionen der Zivildienstpflichtigen begrüßt.

Dortmund. 24 von 30 Sozialarbeitern aus Westfalen haben auf einer Fortbildungstagung in Vlotho am 17.1. eine Grußadresse an die Demonstration der Zivildienstpflichtigen verabschiedet: „Hiermit drücken wir Sozialarbeiter im Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen ‚Hilfen für arbeitslose Jugendliche‘ unsere volle Solidarität mit dem von Euch beschlossenen Warnstreik und der Demonstration aus. Wir versichern Euch unserer vollen Unterstützung bei der Durchsetzung Eurer Forderungen ...“

Kassel / Hessisch-Lichtenau. 5 Soldaten der Blücher-Kaserne haben folgende Erklärung an die Demonstration der Zivildienstpflichtigen gerichtet:

„Wir unterstützen es, wenn die Zivildienstleistenden gegen die geplante Kasernierung und die Entrechtung durch Gewissensschikane, wie sie durch die Wehrdienstnovelle und das Bundesverfassungsgerichtsurteil betrieben wird, den Kampf führen.

Uns Soldaten wird gesagt, wir würden einen ‚Ehrendienst fürs Vaterland‘ ableisten ... Anstatt dagegen selbst einzutreten, sollen wir dafür sein, daß die Zivildienstleistenden in die gleiche Zwangsjacke gesteckt werden ... Die Demonstration ist ein weiterer richtiger Schritt. Weswegen sollten wir Soldaten da wohl dagegen sein? Soldaten und Zivildienstleistende müssen gemeinsam gegen die Dienstverpflichtung durch den bürgerlichen Staat kämpfen unter den Forderungen: Lohnfortzahlung und Recht auf jederzeitige Verweigerung durch einfache Willenserklärung für Wehrpflichtige!

Duisburg. Die Elektro-Technik-Erstsemester AG hat am Mittwoch beschlossen, die Demonstration der Zivildienstpflichtigen am 28.1. in Dortmund zu unterstützen und dazu aufzurufen.

Frankfurt. Die Schülervertretung der Oberschule „Bildungs- und Kulturzentrum“ in Hoechst ruft die Schülerschaft auf zur Beteiligung an der Demonstration der Zivildienstpflichtigen in Dortmund am 28.1. Sie unterstützt den Kampf der Zivildienstpflichtigen und mobilisiert zur Demonstration unter den Forderungen: Keine Zwangskasernierung, keine Wiedereinführung der Gewissensprüfung. Ebenso hat die Schülervertretung der Helmholtzschule zur Unterstützung des Kampfes aufgerufen.

Darmstadt. 17 Schüler der Erasmus-Kittler-Berufsschule unterstützen den Aufruf der Zivildienstpflichtigen für die Demonstration am 28.1.1978.

Aachen. Die Vollversammlung der Medizinstudenten und die Aktionsgruppe Sport der Technischen Hochschule unterstützen den Streik der Zivildienstpflichtigen.

München. Gemeinsame Erklärung von 5 Stabsärzten zur Unterstützung des Kampfes der Zivildienstpflichtigen: „Wir, zur Zeit wehrpflichtige Stabsärzte, unterstützen die geplante Demonstration und die Streiks der Zivildienstpflichtigen ... Wir wissen, daß gerade im Gesundheitswesen immer mehr Zivildienstpflichtige eingesetzt werden als billige und völlig rechtlose Arbeitskräfte, um dort die Rationalisierungsmaßnahmen weiter voranzutreiben. Dagegen sind wir. Als Sanitätsoffiziere sollen wir als Vorgesetzte den Soldaten gegenübertreten und ihnen Befehl geben in der Pflichterfüllung für diesen Staat. Das kann uns aber nicht daran hindern, zu sehen, daß ebenso wie die Schaffung eines neuen Arbeitsdienstes auch die geplante enge Verschmelzung von zivilem und militärischem Gesundheitsdienst weitere Schritte sind zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Dafür werden die Soldaten gedrillt, dafür sollen die Zivildienstpflichtigen in Kasernen eingesperrt werden. Wir machen da nicht mit und unterstützen die Forderungen der Zivildienstpflichtigen ...“

Hannover. Die Fachgruppe kirchliche Mitarbeiter für Hannover und Umgebung verabschiedet den Beschluß, daß zur Vollversammlung der Zivildienstpflichtigen in Hannover eine Solidaritätsadresse zur Unterstützung des Streiks verfaßt wird.

Göttingen. In der Nuklearmedizinischen Abteilung der Universitätskliniken, wo von 40 Beschäftigten 9 Zivildienstleistende arbeiten, haben auf der letzten Abteilungsbesprechung alle Beschäftigten die Forderungen der Zivildienstpflichtigen unterstützt, ebenfalls den Streik am 27.1. Beraten wurde, daß an diesem Tag auf jeden Fall die Arbeit reduziert wird, und daß die Patienten über den gerechten Kampf unterrichtet werden.

Hamburg. Die Hamburger Vollversammlung der Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen hat beschlossen, am 27.1.78 Streik und eine Demonstration durchzuführen. Bislang steht fest, daß 33 Dienststellen mit ca. 300 Zivildienstpflichtigen streiken wollen.

Hildesheim. Auf einer Versammlung der Kriegsdienstverweigerer und der Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen haben 25 für Streik, 1 dagegen gestimmt, 2 haben sich enthalten. Am Kreiskrankenhaus Hildesheim sind von den 10 Zivildienstpflichtigen fünf für und fünf gegen Streik.

Paderborn. 40 Zivildienstpflichtige beschlossen am 17.1. auf einer Versammlung, am Donnerstag, Freitag und Samstag dieser Woche Stände in der Innenstadt durchzuführen und sich an der Demonstration am 28.1. zu beteiligen. Ein Flugblatt ruft zur nächsten Veranstaltung am 25.1. auf, wo über Streik beraten werden soll.

„Ein Kampf, der die volle Unterstützung der kämpfenden Massen hat, kann niemals scheitern.“ (R. Mugabe)

Flensburg. Auf der Versammlung des KBW Flensburg-Westküste zu den Gemeinderatswahlen sind 52 DM gesammelt worden.

Hamburg. Lehrlinge der AEG N 4 spendeten bisher 5,70 DM für die ZANLA. Kollegen der AEG, der HEW und anderer Betriebe haben zusammen einen Leserbrief für die Schülerzeitung „Zange“ an der G 10/G 16 (Berufsschule) geschrieben, der die Kollegen dazu aufruft, gegen das Verbot der ZANLA-Sammlung zu kämpfen und für die Kompanie zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe zu spenden.

Hamburg. Die Beschäftigten der UKE haben bei einer Sammlung 220 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gespendet.

Lemgo. Engelbert-Kämpfer-Gymnasium. Vier Schüler am Engelbert-Kämpfer-Gymnasium unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Um genau zu besprechen, wie sie den bewaffneten Befreiungskampf unterstützen können, führen sie jetzt ein öffentliches Treffen durch. Bisher haben sie 34,51 DM unter den Schülern gesammelt.

Göttingen. Am 21.1. hat die Zelle Kliniken im Schülerinnenwohnheim der Kliniken eine Wandzeitung aufgehängt und Lieder zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gesungen. Vier Zimbabwe-Broschüren und zwei KVZ wurden verkauft und 2,70 DM gesammelt.

Westberlin. FU. Auf einer Vertrauensleuteversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe an der FU vom 17.1. wurden 130 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe gesammelt. Der Vorstand hatte auf seiner Sitzung bereits 25 DM gesammelt.



Am letzten Sonnabend wurden im Hamburger Hafen 45 Tonnen Kleider zusammen mit einem Traktor, 26 Schreibmaschinen und anderen Geräten für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe verschifft.

Britische Imperialisten erhöhen Kriegsetat

Am 12. Januar hat die britische Labour-Regierung bekanntgegeben, daß zum ersten Mal seit zehn Jahren im nächsten Haushalt die Ausgaben für Rüstung und Unterhalt der Armee um drei Prozent steigen sollen. Die britische Regierung ist damit der „NATO-Empfehlung“ vom letzten Jahr gefolgt, wo auf Drängen Carters beschlossen wurde, überall eine dreiprozentige Erhöhung durchzusetzen.

Am 20. Dezember hatte die „Frankfurter Allgemeine“ einen Leitartikel veröffentlicht, der den britischen Imperialisten mangelnde Ausgaben für die Kriegsvorbereitung vorwirft und erklärt, der „zweite Mann“ in der Befehlsstruktur der NATO könne nicht länger Großbritannien sein – was heißt, dies müßten die BRD-Imperialisten werden. Ein britischer Botschaftsrat antwortet daraufhin am 24. Dezember entrüstet in der gleichen Zeitung u.a. mit den Hinweisen, Großbritannien bringe den „höchsten Anteil seines Bruttosozialprodukts (nämlich 5,1 Prozent) für Verteidigungszwekke“ auf, die „Royal Navy“ sei die „größte und am besten ausgerüstete Kriegsmarine Europas“.

Wir entnehmen den Worten des Herrn Botschaftsrats, daß die britischen Imperialisten auch bei „sinkenden Verteidigungskosten“ wild aufgerüstet haben. Jetzt machen sie es öffentlich. Das ist eine Erklärung an zwei Adressaten: erstens an die imperialistische Konkurrenz und zweitens an die britische Arbeiterklasse, der neun Jahre lang Labour-Sozialdemokraten Abrüstungsgesäusel in die Ohren geblasen haben. Jetzt wird ideologisch umgerüstet, auf Krieg. – (Korrespondentenmeldung London, 19.1.1978)

Neue Pistole für Polizei und Bundesgrenzschutz

In diesem Jahr sollen 140000 Polizisten, Bundesgrenzschützer und Bereitschaftspolizisten mit neuen Pistolen vom Typ „Sauer P225“ ausgerüstet werden.

Die Neun-Millimeter-Pistole, mit „Deformationsgeschossen“ geladen, soll eine sogenannte „Mannstoppwirkung“ haben und angeblich „mit hoher Wahrscheinlichkeit den Gegner nicht töten“. Offensichtlich ist von der Bourgeoisie vorgesehen, die Pistole gegen Massendemonstrationen der Arbeiterklasse und des Volkes in Einsatz zu bringen. Die „Deformationsgeschosse“ reißen große klaffende Wunden in den Körper, die zum Tod durch Verbluten oder Blutvergiftung führen. Querschläger sind mit der Pistole nicht mehr möglich, was die Gefahr des gegenseitigen Erschießens von Polizeikräften vermindert. „Mit ihr ist der oft lebensrettende ‚erste Schuß‘ schnell möglich, ohne daß die Waffe umständlich entsichert werden muß“, erklärten Polizeichargen.

Über 3200 Demonstranten in Wien / Österreichisches Bundesheer zur Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms eingesetzt

Wien. Über 3200 Arbeiter, Bauern, Soldaten und Jugendliche demonstrierten am 19.1.1978 in Wien gegen das imperialistische Energieprogramm der österreichischen Bourgeoisie. In einer Blitzaktion hat die österreichische Bourgeoisie am 18.1.1978 gemeinsam mit den BRD-Imperialisten Uranbrennstäbe von einem Werk bei Hanau/Hessen per Boing 707 nach Österreich/Linz eingeflogen. Der Flughafen und die umliegenden Straßen waren mit schwerbewaffneten Heereseinheiten und Gendarmerie besetzt. Von Linz wurden die Brennstäbe direkt mit einem Heereshubschrauber in das Kernkraftwerk Zwentendorf nahe Wien gebracht. In kurzer Zeit haben sich in Linz wie auch in Zwentendorf Demonstrationen gesammelt. In Linz wurde die Demonstration von der Gendarmerie angegriffen. Vier Verhaftungen. Die Propagandaaktion wurde trotzdem durchgeführt. Mit einem Autokonvoi sammelten sich über 150 vor dem Werk Zwentendorf. In den umliegenden Dörfern wurde Agitation gegen das Energieprogramm durchgeführt. In ganz Österreich fanden am 19.1. Demonstrationen statt, an denen z.B. in Graz 100, in Klagenfurt 80, Salzburg 300 teilnahmen. Das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs „Klassenkampf" schreibt: „Insgesamt wird der Transport (der Brennelemente) zwei bis drei Monate dauern. Das sind zwei bis drei Monate des Kampfes ... gegen die imperialistische Energiepolitik der österreichischen Bourgeoisie."

Streik der Druckarbeiter in Frankreich

Am Mittwoch und Donnerstag, den 11./12. Januar sind die großen Tageszeitungen „France Soir" und „Le Figaro" in Paris nicht erschienen. Die Druckarbeiter haben gegen die Pläne des Verlagskapitalisten Hersant, 900 Arbeiter zu entlassen, gestreikt. Die drastischen Rationalisierungspläne sehen vor, daß die beiden Druckereien, in denen „France Soir" und „Le Figaro" gedruckt werden, aufgelöst und die beiden Zeitungen nur noch in einem Werk hergestellt werden sollen.

Der Streik wurde von der Versammlung der Drucker beschlossen. Die Verlagskapitalisten hatten jegliche Unterredung abgelehnt. Gegen 14 Uhr zogen die Arbeiter von „France Soir" und „Le Figaro" zum Hauptwerk. Vierhundert versammelten sich dort und erklärten: „Nein zu den Plänen von Hersant!" Danach formierten sich die Arbeiter zu einem Demonstrationszug. Am Abend wurde eine Generalversammlung aller Arbeiter von „France Soir" und „Le Figaro" abgehalten.

Freitag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem eine „Verhandlung" der Gewerkschaft mit den Kapitalisten stattgefunden hat. Die Reformisten in der CGT haben dem kämpferischen Streik der Drucker eine Niederlage bereitet. Sie haben den Streik abgebrochen, nachdem Hersant in den „Verhandlungen" zugesagt hat, daß eine „angemessene Zahl" der Arbeitsplätze erhalten bliebe.

ro" zum Hauptwerk. Vierhundert versammelten sich dort und erklärten: „Nein zu den Plänen von Hersant!" Danach formierten sich die Arbeiter zu einem Demonstrationszug. Am Abend wurde eine Generalversammlung aller Arbeiter von „France Soir" und „Le Figaro" abgehalten.

Freitag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem eine „Verhandlung" der Gewerkschaft mit den Kapitalisten stattgefunden hat. Die Reformisten in der CGT haben dem kämpferischen Streik der Drucker eine Niederlage bereitet. Sie haben den Streik abgebrochen, nachdem Hersant in den „Verhandlungen" zugesagt hat, daß eine „angemessene Zahl" der Arbeitsplätze erhalten bliebe.

Kampf um die 36-Stunden-Woche in der Erdöl-, Stahl- und Metallindustrie in Belgien

Mit dem Tarifabschluß in der Erdölindustrie ist ein erster Teilerfolg im Kampf der belgischen Arbeiterklasse gegen die staatliche Lohnbegrenzung und für die Begrenzung der Arbeitswoche auf 36 Stunden (so die Forderung der belgischen Gewerkschaftsverbände) erreicht worden. Unter der Drohung eines unmittelbar bevorstehenden Streiks, der bei längerer Dauer auch zur Lahmlegung anderer kapitalistischer Unternehmen hätte führen können, haben die Ölmonopole die Einführung einer 38-Stunden-Woche ab 1. Januar 1979 zugestehen müssen, bei vollem Lohnausgleich. Die Kapitalisten haben jedoch angekündigt, die Steigerung ihrer Produktionskosten auf andere Weise ausgleichen zu wollen. Jetzt allerdings mußten sie den Arbeitern auch die geforderten 2,50 Francs (knapp 20 Pfennig) pro Stunde für alle gleich zusätzlich zugestehen, außer den im „Egmont-Pakt" festgelegten jährlichen „Angleichungen" an den amtlichen Lebenshaltungsindex.

Nun hat auch die Metallarbeitergewerkschaft in den angelaufenen Tarifverhandlungen die Forderung nach einer 36-Stunden-Woche erneuert. Die Kapitalisten haben kategorisch abgelehnt. Umso größer ihre Unruhe über den begonnenen Streik der Belegschaften der Stahlwerke und Kabelwerke (ACEC–CDC) in Charleroi. Am 17. Januar begannen die Nachtschichten in beiden Betrieben den Streik, als sie feststellten, daß die gemeinsame Krankenstation beider Betriebe geschlossen und die Schwester entlassen worden war. Sie verlangen die Wiedereinstellung der Schwester und die Wiedereröffnung der Station. Jetzt haben die Gewerkschaftsvertreter beider Betriebe den Kapitalisten weitere Forderungen der Streikenden vorgelegt: Senkung des Rentenalters für Arbeiter auf 58 Jahre und für Arbeiterinnen auf 53 Jahre, sowie die Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden. Die Streik soll unbegrenzt bis zur Durchsetzung der Forderungen geführt werden.

KP Frankreichs will durch „große Worte" französische Arbeiter leimen

Am 6. Januar richtete der Sekretär der revisionistischen KP Frankreichs folgende gewaltige Worte an die französische Nation:

„Das kann nicht mehr so weitergehen ... Die Kommunisten kämpfen dafür, daß die Änderung dieses Jahr, 1978 eintrifft. 17 Millionen Arme in einem Land, in dem Ihr den gesellschaftlichen Reichtum schafft und in dem die Privilegierten den Profit aufhäufen und in Luxus leben, das ist skandalös ... Damit Frankreich beginnt, aus der Krise zu kommen, damit wir anders und besser leben, muß man das Übel an der Wurzel pakken: an der Herrschaft einer Handvoll von Finanz- und Industriegiganten. Der harte Kurs der Giscard-Regierung nimmt Euch die Früchte Eurer Arbeit weg. Er bringt das französische Volk in schreckliche Schwierigkeiten, er führt das Land in die Katastrophe ... Es gab kommunistische Minister in der Zeit der Befreiung, als durch die Hitlerbesetzung Frankreich ruiniert war. Mit ihnen und damit der Unterstützung der französischen Arbeiter, die sie vertraten, war der nationale Wiederaufbau und der soziale Fortschritt möglich ... Was sein muß, ist, daß die Kommunisten ihre Verantwortung in der Regierung in Frankreich übernehmen. Sie sind bereit." (Le Monde, 10.1.78)

Marchais appelliert demagogisch an die französische Nation, der KPF und *ihr* allein die Stimme zu geben, da nur noch sie das echte „gemeinsame Programm" der Linksunion verträte. Darin hatte es geheißen:

„Um die Herrschaft des Großkapitals zu brechen und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die mit der bisher praktizierten Politik bricht, durchzuführen, wird die Regierung schrittweise die wichtigsten Produktionsmittel und die Instrumente des Finanzwesens, die sich gegenwärtig in den Händen der dominierenden kapitalistischen Gruppen befinden, in Gemeineigentum überführen."

Im „gemeinsamen Programm" war die „Nationalisierung" der führenden Monopole der Bergbau-, Rüstungs-, Atom-, Raumfahrt- und Luftfahrt-, Elektro- sowie der pharmazeutischen und chemischen Industrie vorgesehen. Um den Betrug etwas glaubhafter zu machen, daß es sich bei dieser Nationalisierung darum handle, „die Herrschaft des Großkapitals zu brechen" und „das Übel an der Wurzel zu pakken", entdeckte Marchais noch rechtzeitig vor der Wahl einige weitere „dominierende kapitalistische Gruppen", deren Betriebe noch nationalisiert werden müßten: die Monopole der Eisen- und Stahlindustrie, der Mineralölindustrie sowie in der Automobilindustrie Citroen-Peugeot (das zweite Monopol neben den bereits verstaatlichten Renault-Werken). Über die Erweiterung der Nationalisierungsforderung ließen es die Revisionisten sogar zum Bruch der Linksunion mit den Reformisten von der „Sozialistischen Partei" Mitterands kommen.

Für den Zweck des Wahlbetrugs greifen die französischen Revisionisten in Worten Forderungen aus dem revolutionären Programm der Arbeiterklasse auf, das sich in dem einen Satz zusammenfassen läßt: „Aufhebung des Privateigentums". Geschehen soll das durch Regierungsdekret und mittels parlamentarischer Mehrheit. Wie kann das geschehen, wenn es doch feste Erfahrung der Arbeiterklasse seit Beginn ihres Kampfes um die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, daß die herrschende Kapitalistenklasse nur enteignet werden kann, wenn zugleich der bürgerliche Staat zerschlagen wird? Ganz einfach: „Die *Entschädigung der Aktionäre* der enteigneten Unternehmen wird Gegenstand einer gerechten Lösung sein." (aus dem „Gemeinsamen Programm")

Was kann *diese* Form der „Überführung in Gemeineigentum, in der Praxis nur bedeuten? Entschädigt sollen also die Kapitalisten werden. Woher werden die Revisionisten das Geld nehmen? Sie werden es aus den Lohngeldern der Arbeiter und den kleinen Einkommen der Massen der Werktätigen nehmen. Das sagen sie nicht, das denken sie aber. In Wahrheit kann es sich nur um eine gigantische Verwandlung von Konsumtionsmitteln der Massen in zusätzliches Kapital handeln. Die „entschädigten" Bourgeois und die staatskapitalistisch aufgepäppelten „nationalisierten" Monopole werden sich wild und angriffslustig auf die Neuanlage und den Export ihres schlagkräftig und flüssig gemachten Kapitals verlegen, neue Märkte und Anlagesphären zu erobern suchen, die Länder der Dritten Welt in Schuldknechtschaft treiben. Marchais weist die Richtung:

„Frankreich wird seiner besonderen Verantwortung gegenüber den Ländern seines ehemaligen Kolonialreiches nachkommen und darauf hinarbeiten, schrittweise seine Zusammenarbeit mit den Regierungen aller Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auszuweiten." („Gemeinsames Programm")

Der unmittelbare Rivale des französischen Imperialismus ist der westdeutsche Imperialismus. Marchais ist zynisch genug, die Erfahrungen der französischen Arbeiter und Bauern im Widerstandskampf gegen den deutschen Faschismus direkt für die sozialimperialistische Mobilmachung in die kapitalistische Konkurrenz einzuspannen.

„... das Ziel ist, das heute zugunsten Westdeutschlands bestehende Ungleichgewicht zu beseitigen", hieß es im gemeinsamen Kommuniqué mit dem italienischen Revisionistenführer Berlinguer im Sommer letzten Jahres.

Im Mai 1968 haben die Revisionisten der französischen Finanzbourgeoisie ihre Gesellenstück vorgelegt, indem sie die Revolte der französischen Arbeiterklasse in eine Niederlage geführt haben. Auf dieser Grundlage war es der französischen Bourgeoisie erst möglich, in der Auspressung der französischen Arbeiterklasse bedeutende Erfolge zu erzielen. So konnten die französischen Kapitalisten von 1970 bis 1977 die Produktion um 26,8% steigern, die westdeutschen nur um 16%. Aber die westdeutschen Kapitalisten konnten dabei 13% der Beschäftigten einsparen, die französischen nur 1,5% (siehe Tabelle). Dadurch konnten die westdeutschen Kapitalisten bei geringerer Produktionssteigerung die fetteren Profite machen.

Wesentlich dabei ist, daß die französischen Revisionisten die Arbeiter nicht mehr genügend vom Kampf zurückhalten können. So kämpften in den staatlichen Renault-Werken Billancourt im Oktober und November z.B. die Arbeiter der Abteilung 38 geschlossen gegen die Schließung. Andere Abteilungen folgen diesem Beispiel und kämpften gegen die Beschleunigung der Bänder und den Lohnraub. Trotz Beendigung des Streiks durch die revisionistisch geführte CGT streikten 800 ausgesperrte

	Frankreich in %	USA in %	BRD in %
Produktionszuwachsrate 10 – 77	26,8	27,5	16
Beschäftigungsrückgang 10 – 77	1,5	0,5	13
Anteil Weltexport			
1970	5,3	12,7	10,1
1977	5,9	11,3	10,9
Anteil Weltimport			
1970	5,5	12,2	8,6
1977	6,5	13,3	9,1
Rohstahlproduktion			
1976 – 77	– 1	– 9	– 11
1970 – 77	–4	– 14	– 13
Elektroindustrie			
1970 – 77	74	43	34
Chemieindustrie			
1970 – 77	39	49	33
Textilindustrie			
1970 – 77	7	.	– 7
Automobilindustrie			
1970 – 77	26	45	6
Nutzfahrzeuge			
1970 – 77	41	97	1

Quelle: Nachrichten für Außenhandel, 13.1.78

Arbeiter weiter, um den Lohn für die ausgesperrten Tage zu erhalten. Anfang Janur hat die CGT bei den Wahlen zum Betriebskomitee bei den staatlichen Renaultwerken 5% weniger Stimmen erhalten.

Die französischen Revisionisten wollen jetzt der französischen Bourgeoisie ihr Meisterstück liefern. Das „gemeinsame Programm" und die „Nationalisierung" sollen für die Fortsetzung und Ausweitung des imperialistischen Expansionsprogramm den Kleister bringen, mit dem die französische Arbeiterklasse geleimt werden soll. – (Z-Red.)

Die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und der spanischen Völker lassen sich durch die Verfassung nicht in Fesseln schlagen

In dieser Woche läuft die zwanzigtägige Frist ab, die der Vorbereitungsausschuß des spanischen Parlaments zur öffentlichen Diskussion seines Verfassungsentwurfs und zur Einreichung von Änderungsanträgen „gewährt" hat. Vor der Vorlage des Entwurfs am 5. Januar hatte der Ausschuß monatelang hinter verschlossenen Türen über seinem Werk gebrütet. Jetzt wollen die erlauchten Verfassungsvä-

der Verfassung im Parlamentsplenum tun werden. Die revisionistische PCE hat gleich von vornherein ihre wahrhaft „eurokommunistische" Königstreue bekannt.

Millionen haben in den letzten Monaten in den verschiedenen Teilen Spaniens für die nationalen Rechte der kleineren Völker und die Autonomie der Regionen demonstriert. Inzwischen gibt es kaum mehr eine Region,

Unter dem Druck der Massenbewegung hat die Regierung das Recht auf Autonomie im Grundsatz anerkennen müssen und Autonomiestatute für Katalonien und das Baskenland zugestanden. In Andalusien und auf den Kanarischen Inseln hat sie noch in den letzten Wochen auf Demonstranten schießen lassen. Mit der Verfassung soll jetzt versucht werden, die demokratischen Forderungen der Massen-

lauben" würde. (Zitiert nach: El Pais, 8.1.1978)

Die Autonomie, die den Regionen nach dem Entwurf eingeräumt wird, wird gleich darauf in nicht weniger als 32 Absätzen wieder eingeschränkt, in denen die Bereiche ausschließlicher Zuständigkeit der Zentralregierung aufgezählt werden. Darunter ist die Gesetzgebung über die Eigentumsverhältnisse ebenso wie das Kommando

Die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und der spanischen Völker lassen sich durch die Verfassung nicht in Fesseln schlagen

In dieser Woche läuft die zwanzigtägige Frist ab, die der Vorbereitungsausschuß des spanischen Parlaments zur öffentlichen Diskussion seines Verfassungsentwurfs und zur Einreichung von Änderungsanträgen „gewährt" hat. Vor der Vorlage des Entwurfs am 5. Januar hatte der Ausschuß monatelang hinter verschlossenen Türen über seinem Werk gebrütet. Jetzt wollen die erlauchten Verfassungsväter – drei Vertreter der Regierungspartei UCD, zwei Reformisten der PSOE und je ein Vertreter der revisionistischen PCE, der rechten „Volksallianz" und der katalanischen Nationalisten – über die Anträge befinden, natürlich wieder intern, bevor sie ihr Produkt im April dem Parlamentsplenum zur Beschlußfassung zuleiten.

Die Geheimniskrämerei hat ihren Grund. Einmischung der Volksmassen kann nur stören, wo es darum geht, dem alten faschistischen Staatsapparat ein neues parlamentarisches Mäntelchen zu schneidern. Der antifaschistische Kampf der Völker Spaniens hat die Imperialisten und die einheimischen herrschenden Klassen, Finanzoligarchie und Großgrundbesitz, gezwungen, die faschistische durch die parlamentarische Diktatur zu ersetzen.

Um zu verhindern, daß das Volk vom Kampf gegen den Faschismus fortschreitet zur Errichtung der Volksmacht, zur Vertreibung der Imperialisten, die das Land beherrschen, war die Monarchie unentbehrlich. Sie soll auch jetzt die „Kontinuität" des Unterdrückungsapparats garantieren.

„Der König ist Oberhaupt des Staates und Symbol seiner Einheit und Dauerhaftigkeit", heißt es klipp und klar in Artikel 48 des Verfassungsentwurfs. Deshalb steht ihm auch „das Oberkommando über die Streitkräfte" zu (Artikel 53).

Als einzige Partei haben in der Verfassungskommission die Reformisten der PSOE für die Republik gestimmt. Auch sie haben sich den Weg für den Rückzug schon gebahnt. Ihre Exekutivkommission hat sich vom Bundeskomitee der Partei bevollmächtigen lassen, die Forderung nach der Republik wie eine heiße Kartoffel fallenzulassen. Spekuliert wird nur noch darüber, ob sie das schon vor der Ankunft der Verfassung im Parlamentsplenum tun werden. Die revisionistische PCE hat gleich von vornherein ihre wahrhaft „eurokommunistische" Königstreue bekannt.

Millionen haben in den letzten Monaten in den verschiedenen Teilen Spaniens für die nationalen Rechte der kleineren Völker und die Autonomie der Regionen demonstriert. Inzwischen gibt es kaum mehr eine Region, wo nicht die Forderung nach einem Autonomiestatut erhoben wird, in den



letzten Monaten auch in den spanischsprachigen Landesteilen wie Andalusien und Extremadura. Seit jeher ist der Kampf für die nationalen Rechte der baskischen und katalonischen Nation und für die Autonomie der Landesteile verbunden gewesen mit dem Kampf der besitzlosen Bauern und Landarbeiter gegen die Oligarchie der Großgrundbesitzer. Drei Fünftel aller landwirtschaftlichen Betriebe Spaniens sind kleiner als 5 Hektar, während 2% der Betriebe über die Hälfte des Bodens verfügen.

Unter dem Druck der Massenbewegung hat die Regierung das Recht auf Autonomie im Grundsatz anerkennen müssen und Autonomiestatute für Katalonien und das Baskenland zugestanden. In Andalusien und auf den Kanarischen Inseln hat sie noch in den letzten Wochen auf Demonstranten schießen lassen. Mit der Verfassung soll jetzt versucht werden, die demokratischen Forderungen der Massenbewegung abzustumpfen zu bürgerlichem Föderalismus. Von Agrarreform ist im Verfassungsentwurf keine Rede. Die revisionistische PCE hindert das nicht, den Teil über die „Grundrechte", in dem das Privateigentum ausdrücklich garantiert und Enteignung nur gegen „angemessene" Entschädigung zugelassen wird, in den höchsten Tönen zu loben. Ihr ZK hat darin einen „deutlich fortschrittlichen Charakter" entdeckt, der eine „Reihe von Fortschritten hin zu ökonomischen und sozialen Umgestaltungen in Richtung auf politische und soziale Demokratie, in letzter Instanz hin zum Sozialismus erlauben" würde. (Zitiert nach: El Pais, 8.1.1978)

Die Autonomie, die den Regionen nach dem Entwurf eingeräumt wird, wird gleich darauf in nicht weniger als 32 Absätzen wieder eingeschränkt, in denen die Bereiche ausschließlicher Zuständigkeit der Zentralregierung aufgezählt werden. Darunter ist die Gesetzgebung über die Eigentumsverhältnisse ebenso wie das Kommando über die „Ordnungskräfte".

Wie sehr die Imperialisten den Kampf der Völker Spaniens um das Selbstbestimmungsrecht fürchten, hat in diesen Tagen der ehemalige EG-Kommissar Mansholt, der in der planmäßigen Ruinierung der Kleinbauern erfahren ist, auf einer Kapitalistentagung in Bilbao bestätigt: „Wenn wir das Baskenland als unabhängigen Staat anerkennen würden, wäre das das Ende Europas." (El Pais, 17.1.1978) Der Kontinent würde wohl nicht gerade ins Meer sinken davon, wohl aber die Träume der BRD-Imperialisten z.B., „Mittelmeeranrainer" in Spanien zu werden.

Die Imperialisten halten Spanien an der Kette von 14 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die die Regierung Suarez in diesem Jahr um eine weitere Milliarde vermehren will. Untereinander rivalisieren sie heftig um Einfluß auf das bis vor kurzem völlig unter der Fuchtel der US-Imperialisten stehende Land. Die russischen Sozialimperialisten, die schon einen „Fischereistützpunkt" auf den Kanarischen Inseln zur Plünderung der afrikanischen Fischbestände und als Vorposten ihrer Kriegsmarine ergattert haben, verhandeln jetzt über einen weiteren Stützpunkt an der spanischen Südküste, in Algeciras an der Buch von Cadiz. Auf Mallorca demonstrierten am 2. Januar etwa 1000 Bewohner gegen den von den USA geplanten „Ölhafen" Torrent Gros. Spanische Zeitungen berichten, daß Torrent Gros Endpunkt einer ganzen Kette von NATO-Flottenstützpunkten von den Kanarischen Inseln über Gibraltar bis auf die Balearen werden soll. Der Stadtrat von Palma de Mallorca und die örtlichen Parteiorganisationen haben sich dem Widerstand gegen den NATO-Stützpunkt angeschlossen. – (Z-Red.)

Türkische und griechische Regierung gegen Einmischung der Supermächte um Zypern

US-Außenminister Vance reist im Anschluß an seine „Vermittlertätigkeit" im Nahen Osten nach Ankara und Athen. Auch hier natürlich als „Vermittler" für eine Einigung in der Zypern-Frage. Carter hatte bereits im Oktober vorigen Jahres angekündigt: „Wir stellen die wachsende Einsicht fest, daß die gerechte Lösung des Zypern-Konflikts den langfristigen Interessen aller Nationen im Mittelmeerraum dienen wird", und „daß eine Entwicklung zu inhaltsreichen Verhandlungen bald möglich sein wird". Die Widersprüche zwischen Griechenland und der Türkei und zwischen den zypriotischen Volksmassen sollen erscheinen, als seien sie nur durch die „gerechten" und „inhaltsreichen" Vorschläge der US-Imperialisten zu lösen.

Der türkische Premierminister Ecevit hatte kürzlich anläßlich seiner Regierungserklärung erwogen, die Türkei solle aus der NATO austreten bzw. ihr Kontingent für die NATO verringern, um stattdessen die eigene nationale Verteidigung zu entwickeln. Dem muß schnell US-imperialistische Gerechtigkeit widerfahren. Auch der Besuch Vances in Athen wird genutzt, um „nebenbei" ein Rüstungsabkommen über 700 Millionen Dollar und die Festlegung des Status der amerikanischen Militärstützpunkte in Griechenland zum Abschluß zu bringen. Griechenland soll wieder in die NATO gezogen werden.

Die sozialimperialistische Sowjetunion hat auch „gerechte Vorschläge". Sie versucht schon seit langem, internationale Konferenzen unter ihrer Kontrolle zur Lösung der Zypern-Frage zustandezubringen. Bisher wurde das sowohl von der zypriotischen als auch von der türkischen Regierung entschieden zurückgewiesen.

Das Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft ist erbittert. Die Anzahl der sowjetischen Schiffe im Mittelmeer wurde von 12 (1976) pro Tag auf über 50 (1976) erhöht, wobei die Anzahl der Schiffe, die aus dem Schwarzen Meer durch die türkischen Meerengen ins Mittelmeer gelangen, von 153 (1966) auf 225 (1975) anwuchs. Die Expansionspolitik der Zaren Nikolaus II. und Peter I. hatte Karl Marx 1854 folgendermaßen charakterisiert: „Der Zar, unzufrieden und ärgerlich darüber, daß sein ganzes ungeheures Reich auf einen einzigen Exporthafen angewiesen ist, der dazu noch an einem Meer liegt, das während der einen Hälfte des Jahres nicht schiffbar und während der anderen Hälfte von den Engländern angegriffen werden kann, verfolgt den Plan seiner Vorfahren, Zutritt zum Mittelmeer zu bekommen." (Marx-Engels-Werke Band 9, S. 215) Die neuen Zaren wollen ihr Erbe perfektionieren.

Damit der militärische Stiefel in die Länder im östlichen Mittelmeerraum gesetzt werden kann, versuchen beide Supermächte, die ökonomische Abhängigkeit dieser Länder zu verschärfen. Die US-Imperialisten haben an Zypern nach dem Krieg 1974 bisher 72,5 Millionen Dollar Kredite vergeben, die zuerst als karitative Hilfe verkleidet, dann an ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zweckgebunden wurden. 25% der Bevölkerung waren 1975 arbeitslos. Bei den vorhandenen Rohstoffen (Chrom, Asbest, Kupfer, Zement, Eisenerz), die nur abgebaut zu werden brauchten, war das den Imperialisten ein Dorn im Auge. Also wurden Kredite über den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank in Höhe von über 100 Millionen Dollar an Zypern vergeben, die an den Bau neuer Fabrikanlagen zur Förderung der Rohstoffe gebunden waren. Die Arbeitslosigkeit wurde auf 15% gesenkt, indem die arbeitslosen Arbeiter in die ausländischen Fabriken gepreßt wurden. Staatliche Lohnkontrollen wurden erpreßt. Die Kupferproduktion wurde von 1975 bis 1976 um ein Drittel gesteigert, die Produktion von Asbest um 13%, die Produktion von Zement um fast 50%. Die Imperialisten verhinderten den Aufbau einer eigenen nationalen Industrie und setzten die Schwerpunkte auf die Förderung der Rohstoffe und die Bestellung der Landwirtschaft. Fast sämtliche Maschinen, Ersatzteile und Transportmittel müssen importiert werden. Die Imperialisten setzten durch, daß ausländischen Investoren Steueranreize eingeräumt wurden, daß der Import von Maschinen zollfrei und für den Import von Rohstoffen der Zollanteil reduziert wurde. Der Importanteil der USA, der von 9383 Millionen zyprischen Pfund (1974) auf 3784 Millionen (1975) gesunken war, begann so wieder zu florieren und stieg 1976 auf 9815 Millionen. Auch die BRD-Imperialisten wollen gehörig an der Ausbeutung der zypriotischen Bevölkerung teilhaben. Schmidt preist schon seit längerem der zypriotischen Regierung die Vorteile der Beziehungen zur EG an.

Die Sozialimperialisten tun das Ihrige, um ihren Anteil an der Ausbeutung der zypriotischen Arbeiter zu sichern. Sie haben z.B. den Bau einer Düngemittelfabrik finanziert und steigerten ihren Export von 1969 3,1 Millionen Rubel auf 16,7 Millionen Rubel 1976. Über die abhängigen Länder des RGW wollen sie den Handel mit Zypern weiter ausbauen, um das Land fester in den Würgegriff zu bekommen. Die DDR hat im November ein Handelsabkommen mit Zypern geschlossen, das am 1.1.1978 in Kraft trat.

Gegenüber der Türkei, die sich aus der Umklammerung des US-Imperialismus zu lösen versucht, wird aus der „freundschaftlichen Wirtschaftshilfe" durch die Sowjetunion immer offenere Drohung und Erpressung, darauf gerichtet, sowohl das türkische Festland und die Zufahrtswege zum Mittelmeer unter Kontrolle zu halten als auch den Einfluß auf Zypern zu vergrößern.

Die Supermächte sind bestrebt, jeweils ihre „gerechten Lösungsvorschläge" gegen die türkischen und zypriotischen Volksmassen durchzusetzen. Deshalb machen sie so viel Wirbel um die „Schwierigkeit" einer Einigung in der Zypernfrage, deshalb entfalten sie fieberhafte Reisetätigkeit.

Der Standpunkt der betroffenen Staaten ist vergleichsweise einfach. Griechenland hält daran fest, daß Zypern ein souveräner Staat ist, der seine Belange selbst mit der türkischen Regierung regeln wird. Der türkische Premierminister Ecevit hat unlängst erklärt, er werde in den nächsten Tagen einen Vorschlag zur Lösung der Zypernfrage vorlegen, und stellte in einem Interview klar, daß die gemeinsamen Interessen Griechenlands und der Türkei bei weitem den Streit wegen Zypern und der Ägäis überwiegen. Gegen die Einmischungsversuche der Supermächte bereiten Griechenland und Zypern Verhandlungen im Februar vor, in denen sie sowohl die Zypernfrage behandeln als auch den Konflikt um die Ägäis lösen wollen. Die Rundreise Vances wurde von beiden Regierungen kommentiert, „man solle sie in Ruhe lassen, sie seien reif genug, ihre Probleme selbst zu lösen". (Süddeutsche Zeitung, 20.1.1978) – (Z-Red.)

Callaghan: „Es sind heute mehr Inder in Britannien, als jemals Briten in Indien waren"

Callaghans Reise nach Bangla Desh, Indien und Pakistan vor zwei Wochen diente der Fortsetzung imperialistischer Politik, das hat Callaghan in Dacca und Delhi unmißverständlich klargemacht. Er ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Großbritanniens Gesetze in jedem Land Geltung haben sollen, welches der britische Imperialismus zu seinem Einflußbereich rechnet. Auf einer Pressekonferenz in Dacca sagte er auf Fragen, ob die britische Regierung die Einwanderung aus Bangla Desh erleichtern werde: „Einwanderung ist ein Problem für uns und nicht für Sie. Es sind unsere Gesetze, nicht Ihre." Und als die Reporter weiter fragten, was die britische Regierung gegen die Rassendiskriminierung unternehmen werde, antwortete er: „Ich schlage vor, daß Sie Ihre Fragen auf Ihre Probleme beschränken, von denen Sie genug haben, Sie müssen 80 Millionen Menschen ernähren."

Vor dem indischen Parlament, wo ihm niemand Fragen stellen konnte, setzte er dann dazu an, die imperialistische Unterdrückung zahlreicher Jahrzehnte als harmlosen Aufenthalt einiger Engländer in Indien darzustellen und das indische Volk zu verhöhnen: „Es sind heute mehr Inder in Britannien, als jemals Briten in Indien waren."

Im englischen Einwanderungsbüro in Dacca arbeiten 16 Engländer. Das sind zweifellos weniger als die 40000 Bangladeshis, die auf der Einwanderungswarteliste stehen. 14 der 16 Engländer führen täglich unermüdlich Verhöre der Bangladeshis durch. In den meisten Fällen ist ein Verhör nicht ausreichend, und die Reise nach Dacca, oft Hunderte von Kilometern weit, muß wiederholt werden. Ebenso ist es in Indien und in Pakistan, wo jeden Monat 1000 neue Anträge zur 11200 Personen langen Warteliste kommen. Die Bearbeitungszeit beträgt 17 Monate.

Nach dem Einwanderungsgesetz sind Bewohner der Commonwealth-Länder seit 1971 allen anderen Ausländern gleichgestellt. Eine Einwanderungserlaubnis erhält nur, wer bestimmte von der britischen Bourgeoisie gewünschte Berufe ausüben kann. Die Einwanderungserlaubnis für ungelernte Berufe ist 1965 aufgehoben worden. Die Kinder der farbigen britischen Bevölkerung reichten für die Deckung des Bedarfs aus. Neben ungelernten und angelernten Tätigkeiten in der Industrie und bei Frauen im Büro sind besonders viele Einwanderer im Gesundheitswesen beschäftigt, wo sie wegen ihrer oft bäuerlichen Herkunft und geringen gewerkschaftlichen Kampferfahrung von der Dienstaufsicht zu überlangen Arbeitstagen gezwungen werden.

Der größte Teil der Pakistanis, Inder und Bangladeshis auf den Einwanderungslisten sind jedoch Angehörige von Einwanderern, also von britischen Staatsbürgern, die in Großbritannien leben und arbeiten und oft Jahre darauf warten müssen, bis ihre Familie eine Einwanderungsgenehmigung bekommt.

Das Kapital der Imperialisten saugt die Länder aus

1911 waren 80% der indischen Kapitalgesellschaften (282 von 341) unter britischer Kontrolle, und die britischen Bourgeois stellten 64% der Direktoren (652 von 1016). 1951 waren noch 33% der Direktoren Briten (865 von 2622), aber noch 62% der Gesellschaften unter britischer Kontrolle. Weitere 13% standen unter gemischter britisch-indischer Kontrolle (79, 1911: 28, das waren 8%). Man erkennt aus den Zahlen, daß der britische Imperialismus sich auf den Übergang in die politische Unabhängigkeit Indiens vorbereitet hatte, indem er die Kontrolle über das Kapital neu gestaltete, so daß er auch nach der Unabhängigkeit das Land weiter plündern konnte. Inzwischen ist die wirtschaftliche Abhängigkeit Indiens, Pakistans und Bangla Deshs weiter gewachsen. Mit 1124 Millionen US-Dollar bis 1971 ist Großbritannien nach den USA der größte Entwicklungskreditgeber Indiens, dicht gefolgt von der BRD mit 1110 Millionen US-Dollar. Die jährlichen Rückzahlungen Indiens an die Imperialisten sind seit seiner Unabhängigkeit bis 1971 von 0,8 auf 27,5% seines Exports gewachsen und seitdem weiter gestiegen.

Pakistan hat bis 1967 224 Mio. US-Dollar Entwicklungskredite von Großbritannien erhalten, außerdem 10 Mio. Entwicklungshilfe. Damit steht Großbritannien an dritter Stelle nach den USA und der BRD. Pakistans Rückzahlungsschuld ist von 3,6% seiner Außenhandelseinnahmen 1961 auf 19,4% für 1970 und seitdem noch weiter gewachsen. Der Strom der Reichtümer des indischen Subkontinents nach Großbritannien hat also nicht aufgehört, und er wird begleitet von einem Strom farbiger Einwanderer, die als Ausbeutungsobjekte die rastlosen Bewegungen des Kapitals mitmachen müssen.

Die Einwanderer leben im Elend

Der britische Kapitalismus hat nicht erst im 20. Jahrhundert Einwanderungswellen durch grenzenlose Plünderung anderer Länder hervorgebracht. Heute leben in Großbritannien 700000 Menschen, die in Irland geboren sind, fast 200000 Farbige, einige Zehntausend Schwarze wohnen in den englischen Hafenstädten als Nachkommen der beim Sklavenumschlag dort Zurückgebliebenen. Die über 100000 indischen Einwanderer, die vor allem aus den beiden Bundesstaaten Punjab und Gujarat stammen, wanderten einerseits direkt ein, andererseits seit 1965 über Kenia (bisher etwa 30000 – 50000) und im Jahre 1972 über Uganda (etwa 28000), als diese Länder die Folgen ihrer kolonialen Vergangenheit abzubauen begannen und die dort wohnenden Inder vor die Wahl stellten, afrikanische Staatsbürger zu werden oder das Land zu verlassen. Der weitaus größte Teil der asiatischen Einwanderer wohnt im Südosten Englands im Großraum London.

Ein Bericht über vier Großstädte gibt allgemein einen Prozentsatz von 17 – 33% der Bevölkerung an für Haushalte, die nicht über Bad, WC und warmes Wasser verfügen. Bei farbigen Familien beträgt der Prozentsatz 44 – 54%. Die Arbeitslosigkeit betrug bei Indern 3,6%, Pakistanern 3,7%, Iren 5,3% und Schwarzen aus Westindien 5,8% (Durchschnitt 1971: 2,4%).

In verschiedenen Städten Großbritanniens hat die faschistische „Nationale Front" vor mehreren Monaten Provokationsdemonstrationen durch Einwandererviertel durchgeführt, die zu heftigen Straßenschlachten geführt haben. Die Regierung schützt die Rassisten. Ein ehemaliger Vorsitzender der Nationalen Front, der über den Tod eines asiatischen Jugendlichen bei einer Massenschlägerei auf einem Fußballplatz gesagt hatte: „Einer weniger, aber Tausende bleiben übrig", wurde von einem Obersten Richter freigesprochen und mit der Bemerkung entlassen: „Ich wünsche Ihnen alles Gute."

Ein Zweck der Reise Callaghans war offensichtlich Stimmenfang für die in naher Zukunft fälligen Wahlen. Sein Besuch in einer Molkereigenossenschaft in Gujarat, die sich die Bauern 1947 in langen Streiks erkämpft hatten, war ein ausführliches Fernsehthema. Mit seinen imperialistischen Maßregelungen oder mit dummdreisten Ratschlägen an die indischen Milchbauern („Man holt aus einer Kuh nur heraus, was man vorher in sie hineingesteckt hat") wird er weder bei den Regierungen noch bei den Einwanderern Erfolg haben.

Tausende von Bergarbeitern und anderen Werktätigen sind mehrmals Hunderte von Kilometern nach London gefahren, um den Streik indischer Arbeiter, in der Mehrzahl Frauen, in einer kleinen Fabrik für Filmentwicklung auf Anerkennung einer Gewerkschaft als Tarifvertragspartei zu unterstützen. Die reformistische Gewerkschaftsführung hat den Kampf der Grunwick-Arbeiter schließlich einem Gericht und damit der Bourgeoisie ausgeliefert. Doch die Einheit der Einwanderer mit der britischen Arbeiterklasse ist fester geworden. – (Korrespondentenbericht

Callaghans Vorfahren



Aufständische Inder werden mit Kanonen erschossen (1857).

„Nach meinen Begriffen von Größe halte ich die indischen Angelegenheiten für die größten aller Gegenstände", schwärmte Mitte des 18. Jahrhunderts der englische Politiker Pitt der Ältere, der als zeitweiliger Vizeschatzmeister von Irland eine gute Nase für „Größe" und geraubten Reichtum hatte. Damals war die Ausplünderung Indiens durch England erst richtig in Gang gekommen, der auswärtige Handel Indiens betrug noch keine 100 Mio. Pfund Sterling.

Mit Hilfe der Ostindischen Kompanie war es den englischen Kolonisatoren gelungen, Indien allmählich zu erobern und die Konkurrenz, vor allem die französische, aus dem Feld zu schlagen. Die Ostindische Kompanie monopolisierte nicht nur den gesamten Warenverkehr Indiens mit Europa, sondern auch die indische Küstenschiffahrt und den Handel im Inneren. „Die Monopole von Salz, Opium, Betel und anderen Waren waren unerschöpfliche Minen des Reichtums", schildert Karl Marx die englischen Räubereien. „Die Beamten (der Ostindischen Kompanie – Red.) selbst setzten die Preise fest und schanden nach Belieben den unglücklichen Hindu." (Kapital I) Mit der Errichtung des Handelsmonopols hatte die Ostindische Kompanie unter dem Schutz englischer Armee zugleich die wichtigsten Verwaltungsposten des Landes an sich gerissen.

1857 erhoben sich die Völker Indiens vor allem im Nordwesten gegen die englischen Kolonisatoren. England änderte die Formen seiner Kolonialpolitik, die Ostindische Kompanie wurde aufgelöst und Indien zum Besitz der britischen Krone erklärt. Der nationale Befreiungsaufstand wurde in einem fast dreijährigen Krieg niedergeworfen. Keine Grausamkeit, vor der die Kolonialherren zurückschreckten, um den „Fortschritt" nach Indien und die indischen Reichtümer weiter nach England bringen zu können! Die Metzeleien an Millionen Indern zahlten sich aus, wie die Statistik über die indische Ausfuhr eindrucksvoll belegt:

Produkte	1850–51	1872–73
Kaffee	100 509	1 128 549
Baumwolle, roh	3 414 780	14 022 148
Indigo	1 280 896	3 426 824
Häute	328 477	2 921 415
Jute	196 936	4 142 549
Opium	5 459 135	11 426 279

Angaben in Pfund Sterling. Ende letzten Jahrhunderts rund 20 Goldmark

Der indische Außenhandel insgesamt war auf ein Volumen von 2500 Mio. Pfund Sterling angewachsen, die Ausplünderung Indiens durch England hat sich in weniger als 100 Jahren mehr als verzwanzigfacht. In derselben Zeit war es der englischen Kolonialmacht gelungen, die vielseitige und hochentwickelte Landwirtschaft zu zerstören, dabei unzählige Millionen Bauern zu ruinieren und in den Hungertod zu treiben, war es ihr gelungen, Indien in eine Plantage für ihre Baumwolle und für einige andere ausgewählte Produkte zu verwandeln, war es ihr gelungen, die einheimische Industrie, vor allem die Baumwollindustrie, zu vernichten, und Indien aus einem Baumwollwarenexporteur in einen Baumwollwarenimporteur zu verwandeln.

Eine weitere Bereicherungsquelle, die im Gefolge der „Befriedung" des Landes voll ausgeschöpft wurde, sind die Steuern. Hier die Entwicklung der Hauptsteuerarten:

Steuern	1855	1872
Grundsteuer	335	410
Opiumsteuer	80	153
Salzsteuer	56	110
Stempel	10	47
Zölle	20	46

(Angaben in Mio. Mark)

Die Besteuerung eines durchschnittlichen Einkommens lag nach der vollständigen Einverleibung in Indien doppelt so hoch wie in England.

Rund 140000 Europäer, überwiegend Engländer, davon über 80000 Soldaten (die übrigens in großer Zahl desertierten), waren in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts vonnöten, um den Raub an den indischen Reichtümern durchzuführen. Diese, Kaufleute, Beamte, Steuereintreiber, sorgten eifrig dafür, daß sie nicht nur den Reichtum der Kolonialmacht, sondern auch ihren eigenen vermehrten. Nach einer im englischen Parlament vorgelegten Liste ließen sich die englischen Beamten in Indien zwischen 1757 und 1766 6 Mio. Pfund Sterling „schenken". – (Z-Red.)

US-Imperialisten versuchen Panama zur Unterzeichnung eines Zusatzabkommens zu den Kanalverträgen zu zwingen

Am 7. September vergangenen Jahres zwang das panamaische Volk nach jahrzehntelangem Kampf, die US-Imperialisten zum Abschluß eines neuen Kanalvertrages. Damit wurde das Recht der US-Imperialisten auf die „ständige Nutzung, Abtretung und Kontrolle“ des Kanals und seiner Zone beseitigt. Die US-Imperialisten versuchen, die panamaische Regierung jetzt zu einem Zusatzabkommen zu zwingen, das ihnen „im Falle eines Krieges ein Recht zur Intervention in der Kanalzone sichert und den Seestreitkräften der USA im Kriegsfalle das Vortrittsrecht durch den Kanal gewährt“. Bereits am 14. Oktober 1977 hat Carter vergeblich versucht, die panamaische Regierung zu „bewegen“, den Wortlaut des schon unterzeichneten Vertrages durch das Zusatzabkommen abzuändern.

Bei der Vertragsunterzeichnung am 7. September erklärte der panamaische Staatsführer Torrijos: „Ich werde nicht derjenige sein, der die erste Intervention Washingtons in Lateinamerika im 21. Jahrhundert legalisiert.“

Auf der Panama-Sitzung des UNO-Sicherheitsrates und der vierten und fünften Gipfelkonferenz der blockfreien Länder erklärten die Vertreter der Länder der Dritten Welt einmütig ihre Unterstützung des gerechten Standpunktes des panamaischen Volkes zur Wiederherstellung seiner Souveränität über den Kanal. Die antihegemoniale Politik der Länder der Dritten Welt beunruhigt und schwächt sowohl den US-Imperialismus wie auch den sowjetischen Sozialimperialismus, der gierig auf den strategisch wichtigen Panamakanal starrt.

Verhandlungen über US-Stützpunkte auf den Philippinen

Anfang Januar haben die US-Imperialisten erneut eine Kommission zur Verhandlung über die Stützpunkte Subic Bay und Clarke Air Base sowie die von den USA errichteten Funk- und Radaranlagen nach Manila geschickt.

Die Verhandlungen über die Auflösung des Vertrags von 1947, der die Hoheitsrechte der US-Imperialisten über die Stützpunkte festschrieb, waren 1975 von der philippinischen Regierung abgebrochen worden. Seit 70 Jahren besetzen die US-Imperialisten die Philippinen. Sie haben die Inseln zum Brückenkopf im Kampf um Hegemonie im pazifischen Raum über die Völker in Ost- und Südostasien ausgebaut. 1954 hatten sie in Manila die SEATO als Hegemonialbündnis unter ihrer Vorherrschaft gründen können, in den Kriegen gegen das koreanische und das vietnamesische Volk die philippinische Regierung zwingen können, Söldner und Militärberater zu entsenden. Die indochinesischen Völker Vietnams, Laos' und Kampucheas haben das Joch des US-Imperialismus abgeschüttelt. Die philippinische Regierung hat mit der Volksrepublik China und der Sozialistischen Republik Vietnam diplomatische Beziehungen aufgenommen. Bereits 1975 hat Präsident Marcos festgestellt, daß der einzige Weg für Sicherheit und Frieden im Zusammenschluß der Völker Südostasiens liegt. Gegen die US-Imperialisten stellt die philippinische Regierung als Vorbedingung der Verhandlungen die Anerkennung der philippinischen Hoheitsrechte und die Unterstellung der militärischen Einrichtungen unter philippinische Kommandanten.

Das demokratische Kampuchea vertraut auf die eigene Kraft

Von vornherein hat das Demokratische Kampuchea den Haß der Imperialisten und Sozialimperialisten auf sich gezogen. Sie versuchen, das Demokratische Kampuchea zu umzingeln und auszumerzen. Seit der US-imperialistischen Invasion im Jahr 1970 ist fast kein Tag vergangen, an dem das Demokratische Kampuchea sich nicht irgendeiner Grenzverletzung erwehren mußte. Je besser die Arbeiter und Bauern Kampucheas sich verteidigten und mit dem Aufbau des Landes voranschritten, desto schmutziger wurde die Hetze der Imperialisten und Sozialimperialisten gegen das Demokratische Kampuchea. Die US-Imperialisten lancieren ihre Angriffe vor allem von Thailand aus. Die „Welt der Arbeit“, Zeitung des DGB, hat ihren Korrespondenten hingeschickt: „Unser Fern-Ost-Korrespondent hat sich in die umstrittenen Grenzgebiete durchgeschlagen und unter hohen persönlichen Risiken mörderische Überfälle der Roten Khmer beobachtet.“ Wie aus dem Bericht dann hervorgeht, hat er in Wirklichkeit lediglich eine kampucheanische Grenzpatrouille auf kampucheanischem Gebiet gesehen. Vor lauter Angst hat der Fern-Ost-Korrespondent auch da nichts richtig gesehen. „Als ich die Augen wieder öffne, ist der Khmer verschwunden.“ Laut Behauptung des Fernostkorrespondenten hatte die Patrouille einige Schüsse in die Luft abgegeben. Wenn sich der Korrespondent an die Grenze „durchschlagen“ mußte, beweist das, daß der bewaffnete Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus auch in Thailand Fortschritte macht. Das Beispiel des Khmer-Volkes wirkt auf das Volk der Thai ermutigend. Ein Sprecher des Demokratischen Kampuchea hat in diesen Tagen erneut festgestellt, daß das Demokratische Kampuchea vollständige Souveränität über sein Territorium einschließlich der zu Kampuchea gehörigen Gewässer ausübt.

Sozialimperialisten versuchen im Pazifik und Indischen Ozean aufzuholen

Im Pazifischen und Indischen Ozean sind die Sozialimperialisten gegenwärtig fieberhaft dabei, gegenüber dem USA-Imperialismus aufzuholen in der Beherrschung des Meeres. Der USA-Imperialismus ist auf diesen Meeren in vergleichsweise günstigerer Position. Die Sozialimperialisten sind zwar im Besitz mehrerer tausend km Küste des Pazifiks, doch hat es in diesem Gebiet nur wenig Häfen, die ganzjährig eisfrei sind. Ferner ist die geographische Lage äußerst ungünstig für die Pazifikflotte der Sowjetunion, was sie ganz rasend macht und ihre ständigen Provokationen und militärischen Bedrohungen Japans und die widerrechtliche Besetzung einiger japanischer Inseln am deutlichsten erklärt. Um nämlich den offenen Pazifischen Ozean zu erreichen, müssen die Sozialimperialisten ihre Flotte durch enge Ausgänge, ähnlich wie beim Verlassen des Schwarzen Meeres, zwängen. Die Hauptausfahrt der Pazifikflotte ist die La-Perouse-Straße zwischen der japanischen Nordinsel Hokkaido und der Insel Sachalin. Seltener werden die Meerengen in Richtung Korea benutzt. Die Japanischen Inseln liegen wie ein Riegel vor dem Hauptstützpunkt der Pazifikflotte der Sowjetunion Wladiwostok. Von Japan aus lassen sich alle sowjetischen Schiffsbewegungen relativ leicht beobachten, entsprechend haben auch die USA-Imperialisten ihre Basen dort ausgebaut.

Der Schwerpunkt der Rivalität der Supermächte liegt in Europa. Deshalb hat die UdSSR auch ca. 70% ihrer U-Boote und 74% ihrer Überwasserschiffe in europäischen Gewässern stationiert. Trotzdem macht die Pazifikflotte der Sozialimperialisten immer noch ca. 750 Kriegsschiffe mit einer Gesamttonnage von 1,1 Mio. Tonnen aus. Darunter befinden sich 9 große Kreuzer, 46 Atom-U-Boote, 61 Zerstörer verschiedener Klassen, 78 weitere U-Boote. Dazu Marineflieger mit rund 160 Flugzeugen.

Um gegenüber dem USA-Imperialismus aufzuholen, der entlang der ganzen Pazifikküste Asiens über ein ausgebautes Marine-Luft-Stützpunktnetz verfügt sowie weitere Basen im Pazifik selbst, arbeiten die Sozialimperialisten daran, an ihrer Pazifikküste weitere Marinehäfen zu schaffen, die eisfrei gehalten werden sollen, so auf der Halbinsel Kamtschatka, oberhalb Japans. Der Versuch, direkt im Pazifik Militärbasen zu bekommen, ist der UdSSR bisher nicht gelungen. Bekannt ist, daß verschiedene Spionageschiffe und Fischereiflottillen sich vor der australischen Küste herumtreiben, die Antarktisstützpunkte der Sowjetunion aufgestockt werden und schon eine Raketenbasis zu „Forschungszwecken“ installiert worden ist.

Der Ausbau der Handelsflotte der Sowjetunion im Pazifik ist wichtiger Bestandteil ihrer Pläne zur Beherrschung der Meere. Anläßlich des bisher größten Seemanövers der Sowjetunion, welches mit 220 Schiffseinheiten 1975 weltweit durchgeführt wurde, wurden Einheiten der sowjetischen Handelsflotte im Pazifik der Kriegsmarine unterstellt. Das Manöver trug den Namen „Okean“. Im Pazifik versuchen die Sozialimperialisten mit ihren Handelschiffen über Dumpingpreise gegenüber der schroffen Konkurrenz der Reedereikapitalisten und auch der Schiffahrt der Pazifikländer sich einen großen Anteil am Handelsverkehr zu sichern. Der russische Minister für die Handelsflotte erklärte schon 1967: „Wer die Flotte besitzt, bestimmt auch die Verkaufsbedingungen und den Umfang der Warenumschläge.“ Sicherung eines Transportmonopols ist die Absicht. Auch die Fischereiflotte der Sowjetunion ist im Pazifik ausgebaut worden. Etwa ein Drittel der Gesamtfangmenge der Sowjetunion kommt aus dem Pazifik, etwas über 3 Mrd. Tonnen Fisch.

Für die UdSSR ist in ihrem Kampf um die Seeherrschaft gegen den USA-Imperialismus entscheidend der Ausbau einer geschlossenen Schiffs- und Stützpunktverbindung vom Atlantik, Mittelmeer über Indischen Ozean zum Pazifik. Hier kommt es den Sozialimperialisten darauf an, im Falle des imperialistischen Krieges um Europa die Nachschubwege der USA und der westeuropäischen Imperialisten aus Asien und Nahost, vor allem die Rohstofflieferungen, zu unterbrechen. Das Kettenglied dazu ist der Indische Ozean, wo die Sozialimperialisten dauernd 20 Schiffseinheiten stationiert haben, zum großen Teil Bestandteile ihrer Pazifikflotte. Gegenüber dem USA-Imperialismus haben es die Sozialimperialisten bisher nicht erreicht, direkt im Indischen Ozean einen Flottenstützpunkt zu erlangen. Allerdings hat sich die UdSSR seit 1967 unter dem Vorwand des „Fischfangs“, des „Auftankens“, der „Ergänzung der Wasservorräte“ und unter dem Aushängeschild der „Freundschaftsbesuche“ in einem Dutzend Häfen Nutzungsrechte sichern können. Die Sowjetunion besitzt im Hafen Um Quaser (Irak) Nutzungsrechte für ihre Kriegsmarine, in Aden ebenso. Bunkerrechte gibt es auf Mauritius, in drei Häfen in Indien, darunter Bombay, sowie als Reperatur- und Baustützpunkt Singapur. (Vergleiche insgesamt KVZ Nr 51/77/2) Bis vor kurzem hatte die Sowjetunion auch in Somalia Stützpunkte für ihre Marine, dort wurden sie aber, begleitet von großen Massendemonstrationen, aus dem Land geschmissen.

Diese Entwicklung ist überhaupt die Tendenz, wie die Völker Asiens und Afrikas auf die Existenz der Marineverbände der Imperialisten ihren Protest zum Ausdruck bringen. Beide Supermächte verhandeln nun schon seit längerem über den Bestand ihrer Marinetruppen im Indischen Ozean. Die Sozialimperialisten erklären, daß sie ja nicht mit den USA gleichzusetzen seien, schließlich hätten sie ja keine direkten Flottenstützpunkte im Indischen Ozean. So würden sie erst über die Präsenz und den Abbau ihrer Flottenverbände reden, wenn die USA ihre Basen aufgegeben hätten, vor allem den Stützpunkt Diego Garcia.

Gleichzeitig versuchen sie aber unbedingt, einen Stützpunkt auf den Malediven zu bekommen. Erst vor kurzem hat die dortige Regierung das sowjetische Ersuchen nach Pachtung eines alten britischen Stützpunkts auf der Insel Gan abgelehnt. Die Malediven, sagte der Präsident des Landes, wollten ihre Neutralität nicht durch militärische Präsenz einer ausländischen Macht in Frage stellen, denn „wir können uns nicht auf die Seite irgend einer Supermacht stellen.“ Auch andere Länder haben sich strikt gegen die Weltherrschaftspläne der Supermächte ausgesprochen. Seit Jahren fordern die Staaten am Indischen Ozean, daß das Meer zu einer Friedenszone erklärt wird, daß alle ausländischen Marinebasen, Stützpunkte und Versuchszentren abgezogen werden müssen. Am 19.11.77 nahm der Ausschuß der UN für Politik und Sicherheit einen entsprechenden Antrag an. 97 Länder stimmten für diese Resolution. Der Vertreter Quars erklärte auf der UN-Vollversammlung: „Wir haben schon mehrmals vorher gesagt, daß wir voll die Erklärung unterstützen und den Wunsch, das Gebiet frei zu halten von der Konkurrenz und Rivalität der Großmächte und daß die zahlreichen Militärbasen vom Territorium des Indischen Ozeans zu entfernen sind.“ Madagaskar hat im Dezember letzen Jahres beschlossen, „daß kein Kriegsschiff mehr die Häfen von Madagaskar anlaufen darf.“ Die Völker werden Imperialismus und Sozialimperialismus vertreiben. – (Z-Red.)

Ein Stützpfeiler der Pazifik-Politik des US-Imperialismus wankt

Zunehmende Zersetzung der Siedlergesellschaft Neuseelands

Gesichert durch eine Fregatte der neuseeländischen Marine und durch 12 Marine- und Polizeiboote wurde das atomgetriebene US-U-Boot „Pintado“ am letzten Montag durch eine Sperre von mehr als hundert Booten vor dem Hafen von Auckland / Neuseeland bugsiert (unser Bild). In mehreren Städten Neuseelands fanden Demonstrationen gegen das Einlaufen des Kriegsschiffes und für eine kernwaffenfreie Zone in Südostasien statt. Die Gewerkschaften des Hafens beschlossen, den Teil des Hafens zu bestreiken, in dem das Schiff sechs Tage lag. Es ist nicht das erste Mal, daß die Kriegsschiffe der US-Imperialisten so begrüßt werden in Neuseeland. 1976 waren es die Besuche der atomgetriebenen US-Kreuzer „Truxton“ und „Long Beach“, gegen die mit Booten Hafensperren errichtet, demonstriert und gestreikt wurde.

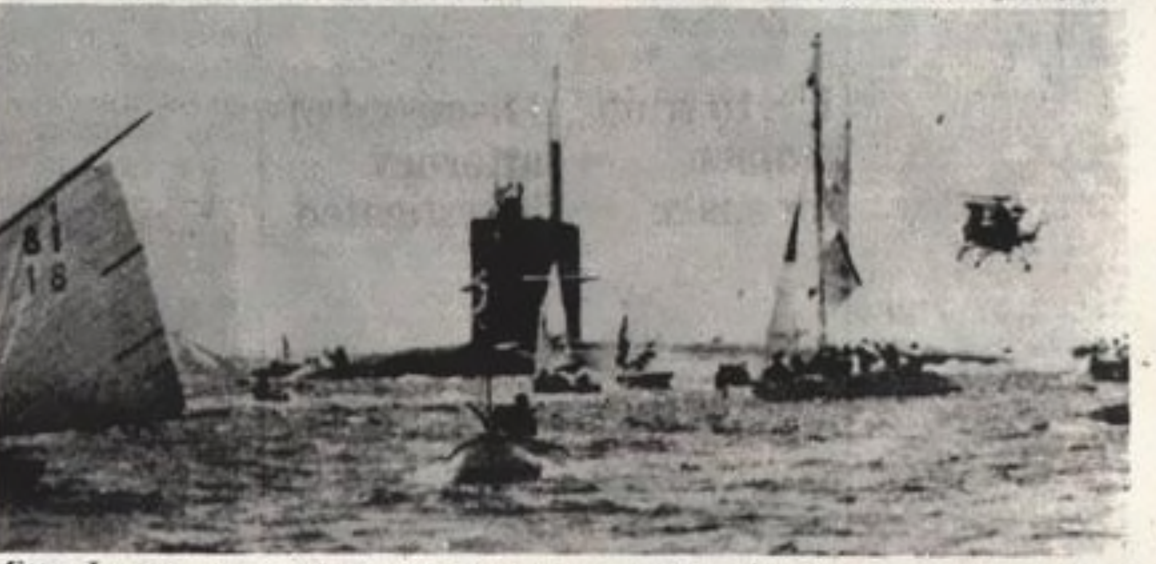
Die Bewegung gegen die nukleare Kriegsvorbereitung der Imperialisten – sei es in der Bewaffnung oder in der Ausrüstung der Schiffe – ist Ausdruck des zunehmenden Widerstands der neuseeländischen Arbeiterbewegung gegen die Beherrschung des Landes durch die US-Imperialisten und ihre kleineren Konkurrenten, die britischen und japanischen Finanzbourgeoisien.

Der Hauptprofiteur hat gewechselt

Vor 1939 gingen 80 Prozent aller Exporte Neuseelands nach Großbritannien, war Neuseeland fest in der Hand der britischen Finanzbourgeoisie. Die britische Bourgeoisie hatte Neuseeland im Zug der Kolonisation Australiens besiedeln lassen, als riesiges Reservoir natürlicher Reichtümer unter günstigen klimatischen Bedingungen. Das größte Hindernis bestand in den Besitzern des Landes, den Maori. Ihre Stämme schlossen sich 1835 gegen die Besetzung ihres Landes zusammen. Die britische Kolonialmacht brauchte 32 Jahre und ein riesiges Truppenaufgebot, um in den Maori-Kriegen die Besitzer von ihrem Land zu vertreiben und in enge Reservate (6 Prozent meist schlechten Landes) zu sperren. Heute ist die britische Königin zugleich Königin von Neuseeland.

Die Profitmacherei erfolgte hauptsächlich nach in Irland und Australien erprobtem Muster: Das Land wurde in Schafweide verwandelt, Schafe waren gut für den Profit – sie ermöglichten extensive Nutzung des Bodens bei Einsatz von wenig Arbeitskraft. Schafhaltung sorgte für billige Wolle, Hauptrohstoff der britischen Textilindustrie, das Fleisch für die Möglichkeit billiger Lebensmittelimporte und damit der Senkung des Werts der Arbeitskraft in Großbritannien selbst. Noch im letzten Jahrhundert wurden die ersten Kühlschiffe geschickt. Zu den Schafen kam später Rinder- und Schweinezucht sowie Milchviehhaltung. Mit der Entwicklung der Kühltechnik wurde Neuseeland Vieh- und Schlachthof sowie Molkerei des britischen Imperialismus.

Geändert hat sich an dem Zweck der Ökonomie Neuseelands – der Auslieferung der natürlichen Reichtümer auf möglichst profitable Weise an die Imperialisten – seither nichts. Noch immer ist dazu die Nutzung des Bodens durch extensive Viehhaltung das



Mitte Januar versperrten die Fischer in Auckland einem amerikanischen Atom-U-Boot die Hafeneinfahrt.

Hauptmittel. Die Hauptexportartikel Neuseelands sind folgende:

	1972*	1974*	1976*
Wolle	228,6	361,6	455,7
Fleisch	399,0	534,1	590,6
Molkereiprodukte	329,9	304,5	369,1
Papiermasse, Papier, Pappe	33,8	51,8	120,9

* Wirtschaftsjahr bis zum 30. Juni
Angaben in neuseeländischen Dollars. Quelle: Statistische Veröffentlichungen der neuseeländischen Regierung, Monthly Abstracts

Das Papier ist hinzugekommen, nachdem durch die zunehmende Holzknappheit das Abholzen der Waldbestände Neuseelands profitbringend geworden ist. Außerdem holen sich die Imperialisten Öl, Eisensand, Eisenerz, Kohle und Erdgas aus Neuseeland heraus. Die neuseeländische Wirtschaft ist völlig von dem Absatz der landwirtschaftlichen Produkte und der Rohstoffe sowie von der Einfuhr der Hauptimportwaren – Maschinerie, Fahrzeuge, sonstige industrielle Erzeugnisse und Chemieerzeugnisse – abhängig. Die 244500 Arbeiter und Angestellten der Fabriken sind zum überwiegenden Teil mit der Lebensmittelverarbeitung und der Produktion von Halbfabrikaten beschäftigt, nur 30 Prozent der Gesamtproduktion kommen aus industrieller Herstellung.

Geändert hat sich der Hauptprofiteur an der Ausplünderung dieser Reichtümer. Mit dem Zweiten Weltkrieg und den gestörten Verkehrsverbindungen, vor allem aber infolge der Schwächung des britischen Imperialismus und des Aufstieges der USA zur Supermacht, wurde der US-Imperialismus zum Hauptausbeuter Neuseelands.

1976 betrug der Kapitalexport aus den USA nach Neuseeland 222 Millionen Dollar, der aus Großbritannien 61 Millionen Dollar, aus Australien 71 Millionen Dollar, wobei das Kapital aus Australien verkapptes US-imperialistisches oder britisches Kapital ist.

Neuseeland ist völlig in der Hand der Imperialisten. Von den vier privaten Banken Neuseelands haben zwei ihr Hauptquartier in London, zwei in Australien, wo sie vor allem von US-Finanzgesellschaften kontrolliert werden. Die Staatsverschuldung ist hoch. 1976 betrug sie beispielsweise 1 Milliarde neuseeländische Dollar (2,23 Millionen Mark), von denen 702 Millionen „intern“ (bei eben diesen Banken) und 287 Millionen direkt im Ausland aufgenommen wurden.

Politischer und militärischer Brückenkopf

Die Imperialisten benutzen Neuseeland als politischen und militärischen Brückenkopf gegen die Völker Asiens. 1950 waren neuseeländische Truppen am Überfall auf Korea beteiligt. 1965 im Rahmen des SEATO-Pakts bei der Aggression der US-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk. Seit 1964 standen neuseeländische Truppen in Malaysia und Singapur, in Absprache mit den britischen Imperialisten und den dortigen Regierungen. Noch heute steht eine Einheit mit einer Fregatte in Singapur, wo sie für die Sicherheit der Geschäfte der Imperialisten sorgt.

1976 wurden 14 Kampfflugzeuge für das rhodesische Kolonialistenregime gebaut, deren Auslieferung durch große Protestaktionen verhindert wurde. Im gleichen Jahr erklärte die neuseeländische Regierung, alle weißen Siedler aus Rhodesien, die „vertrieben“ würden, würden in Neuseeland eine neue Heimat finden.

Verschiedene Dinge, bei denen sie selbst allzuleicht auffallen könnten, lassen die US-Imperialisten von der neuseeländischen 12000-Mann-Armee erledigen: die Ausbildung indonesischer Offiziere beispielsweise, die Ausbildung und Kommandierung der Streitkräfte der Fiji-Inseln, Tongas und der Cook-Inseln.

Die Sozialimperialisten haben vor zwei Jahren versucht, „Fischereistationen“ auf den Tonga-Inseln zu errichten. Neuseeland wurde von den US-Imperialisten vorgeschickt, um die Ausbreitungsversuche der unerwünschten Konkurrenten im Pazifik zu stoppen.

Die USA „sind und werden eine pazifische Macht bleiben“, erklärte der stellvertretende Außenminister Holbrooke letzte Woche drohend auf seiner Pazifik-Rundreise.

Die US-Imperialisten sehen immer deutlicher, wie sicher geglaubte Basen unsicher werden. Die zunehmende Unsicherheit zeigt sich in dem zunehmenden Kampf der vorkolonialen Einwohner und Besitzer des Landes der kolonialen Länder im Südpazifik, sie zeigt sich in Demonstrationen gegen die US-Kriegsflotte, sie zeigt sich auch im Erstarken der Arbeiterbewegung in den Siedlergesellschaften. 1976 führten die neuseeländischen Arbeiter 487 Streiks mit 480000 für die Imperialisten verlorenen Arbeitstagen durch, 1977 waren es 413 Streiks mit 235000 Arbeitstagen. – (Korrespondentenbericht London)

Mit 175 Wörtern hat Helmut Schmidt in 3,5 Minuten Regierungserklärung 13 kapitale Lügen verbreitet

„... Es geht uns besser, die Realeinkommen unserer Bürger einschließlich der Renten sind wiederum merkbar gestiegen ...“

Bei Gelegenheit der Veranstaltungen der Bezirksorganisationen des KBW gegen die Maßnahmen der herrschenden Klasse zur Arbeitslosenversicherung am 4. September hat die Redaktion der KVZ zu einer Lohnumfrage aufgerufen und zusammen mit den Veranstaltungsteilnehmern durchgeführt. (...)

Gegenüber dem Konglomerat von Lügen, das die herrschende Klasse über „die Löhne“ in die Welt setzt, ist bereits die einfache Darstellung des verausgabbaren Teils des Lohns, der Nettolohnverteilung, eine Waffe:

– „Die Löhne“ stellen sich heraus als eine Größe, die auf dem einen Ende definiert sind durch Beträge, die ein Bourgeoiszögling als Taschengeld für eine Strafe betrachten würde: Lehrlingslöhne, die Beträge von gerade über 100 DM ausmachen. Auf dem anderen Ende durch Beträge von um die 3500 DM, die den dreifachen Betrag der am stärksten besetzten Einkommensklasse von 1096 bis 1151 DM ausmachen. (...)

– Man muß schon gutbezahlter Metallfacharbeiter sein, um auf die netto 1409 DM zu kommen, die die Bourgeoisie als statistisches Durchschnittseinkommen aus „unselbständiger Arbeit“ angibt. (...)

– Die Gegenüberstellung von Nettolohnsumme mit dem Aufwand für den zur Reproduktion des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes erforderlichen Warenkorb ergibt, daß für die Mehrzahl der lohnabhängigen Haushalte, die Facharbeiter eingeschlossen, der Lohnstandard die zur Reproduktion erforderlichen Lebensmittel nicht mehr deckt. Dem entspricht das Sinken der Geburtenrate, Verschlechterung des Gesundheitszustandes, rascherer Verschleiß der Arbeits- und Lebenskraft durch Akkord- und Überarbeit usw. – (Aus: KVZ 37/77)



„... Wohngeld und Kindergeld wurden erhöht ...“

Gleich nach der Verabschiedung der Mehrwertsteuererhöhung hat der Bundestag am 16.6. das Wohngeldänderungsgesetz beraten: „Die Wohngeldleistungen sind an die Mieten- und Einkommensentwicklung anzupassen“, hatte die Bundesregierung Mitte April das Gesetz angekündigt. (...)

„Einer Änderung bedarf auch die bisherige Ungleichbehandlung von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen.“ Die Herstellung der Gleichbehandlung läuft schlicht auf Kürzung des bisherigen Freibetrags von 30% für Rentner und andere „Nichterwerbstätige“ auf 15% heraus und damit, wie die Tabelle zeigt, auf Kürzung des Wohngelds. Rund 85% der Wohngeldempfänger sind „Nichterwerbstätige“. (...)

Entwicklung des Wohngeldes seit Inkrafttreten des 2. Wohngeldgesetzes am 1.1.1974 und nach der Verabschiedung des Wohngeldänderungsgesetzes am Beispiel eines 2-Personen-Rentnerhaushalts

	1974	1977	1978	Zum Vergl. 1978 Freibetr. 30%
Rente	532	656	721	721
Miete*	160	220	227	227
Wohngeld	91	96	113	127
Restmiete	69	124	114	100

* 2-Zimmer-Wohnung mit Bad, ohne Heizung, gebaut vor 1965 in einer Stadt mit 100000 bis 500000 Einwohnern

„Als unseren Beitrag zur Förderung der Familien werden wir ... das Kindergeld für das zweite Kind auf 80 DM und für jedes weitere Kind von 120 auf 150 DM ... erhöhen. Voraussetzung für diese große zusätzliche Haushaltsbelastung ist allerdings die Erhöhung der Mehrwertsteuer“, hatte Schmidt in seiner Regierungserklärung Dezember 1976 angekündigt. (...) Im November/Dezember 1976 wurde für 13741017 Kinder Kindergeld gezahlt, davon für 51,5%: 50 DM, für 29,6%: 70 DM und für 18,8%: 120 DM, insgesamt rund 950 Millionen pro Monat. (...) Die Kinderzahl nimmt ab, gewaltig. Von November/Dezember 1975 auf 1976 wurde für über 324000 Kinder weniger Kindergeld ausgezahlt. Das ist nur die eine Seite: Es nimmt vor allem ab die Zahl der zweiten, dritten und weiteren Kinder, letztere in einem Jahr um über 6%. Für die ersten Kinder bleibt es aber bei einem Kindergeld von 50 DM. Wir haben bei unserem Nachrechnen angenommen, daß die Kinderzahl im gleichen Verhältnis weiter sinkt wie von 1975 auf 1976 (daß sie noch stärker sinkt, ist eher wahrscheinlich, aber sei's drum): dann würden die Kindergeldzahlungen 1978 gegenüber 1976 nur noch um gut 613 Millionen DM höher liegen und um 251 Millionen höher als 1975. 1979 wären die Zahlungen bereits wieder niedriger als 1975. – (Aus: KVZ 25/77)

„... Die Ausbildungsförderung wurde verbessert ...“

„Bundesweite Vorlesungsboykotts nicht mehr ausgeschlossen!“, schlug der Kölner Stadtanzeiger Alarm, nachdem die Bundesregierung am 5. Januar ihr BAFöG-„Angebot“ unterbreitet hatte. Um 30 DM sollte der Höchstförderungsbetrag erhöht werden, davon 20 DM als Darlehn. (...) Gespürt haben die Studenten davon bisher eine Erhöhung der Krankenkassenpflichtbeiträge von 25 auf 29 DM, rückzahlbar für das ganze Semester. (...) Jetzt, zum 1. Juli, sieben Monate später, sollten die 30 DM endlich gezahlt werden. Bis zu 150 Studenten standen Schlange. Einem Studenten war das BAFöG von 330 auf 160 DM gekürzt worden. „Ich dachte, ab 1. April kriege ich 30 Mark mehr“, sagte er. – (Aus: KVZ 28/77)

April kriege ich 30 Mark mehr“, sagte er. – (Aus: KVZ 28/77)

„... In der Wirtschaft sind 1977 sehr viele Ausbildungsplätze neu geschaffen worden ...“

„Überbetriebliche Lehrwerkstätten“ heißt eine Forderung der Sozialdemokraten und Revisionisten im Kampf gegen Lehrstellenabbau und Jugendarbeitslosigkeit. Im Mai 1975 zu den Landtags- und Kommunalwahlen war der Kauf der Bosch-Lehrwerkstatt für 2,5 Millionen und die Umwandlung derselben in eine überbetriebliche Lehrwerkstatt der Wahlkampfschlager der SPD in Herne.

20 Lehrstellen und 122 Grundlehrgangs- und Umschulungsplätze gibt es im Berufsbildungszentrum. (...) Die Chance, eine Lehrstelle zu bekommen, soll die Jugendlichen in dieses Arbeitshaus reinlocken. Die Herner Metallkapitalisten haben alle anderen Lehrwerkstätten dichtgemacht. 340 DM im Monat an Lohn kriegen die Jugendlichen im BBZ. Zehneinhalb Monate dauert so eine „Grundausbildung“. Es fängt an mit Drahtbiegen. Je schneller man dies „lernt“, das heißt je schneller man sich unterwirft und diese stumpfsinnige Tätigkeit ausführt, desto schneller kommt man an eine andere Tätigkeit – ans Feilen. (...) So werden einerseits einige Handlangerfertigkeiten vermittelt, so daß sich die Kapitalisten nachher die Anlernzeit sparen, andererseits werden die Jugendlichen zu willigen und folgsamen Arbeitskräften abgerichtet. An wenig Lohn gewöhnt werden sie überdies. (...)

Was die Kapitalisten noch stört, ist, daß die Jugendlichen nach so einem BBZ-Lehrgang noch berufsschulpflichtig sind. Aber da sind die Sozialdemokraten schon zur Stelle. „Neu führt das Schulpflichtgesetz das Berufsvorbereitungsjahr als 10. Pflichtschuljahr ein. Jugendliche, die nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht kein Ausbildungsverhältnis beginnen, erfüllen die Berufsschulpflicht im ersten Jahr durch den Besuch eines Vollzeitschuljahres.“ (Landtag intern, 16.9.77) – (Aus: KVZ 40/77)

„... Durch Eingrenzung des Numerus Clausus ist eine kontrollierte Öffnung der Hochschulen erreicht ...“

„Die Hochschulen sollen auf 850000 Studienplätze ausgebaut werden. Darüberhinaus soll bis 1990 eine ‚Überlast' in Kauf genommen werden“,

beschreibt die „Frankfurter Rundschau“ diesen Teil des „Zehn-Punkte-Programms“, das unter dem klangvollen Aushängeschild „Öffnung der Hochschulen“ präsentiert wird.

Im Durchschnitt des vergangenen Jahres betrug die Zahl der Studenten nach Angaben einer Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission 877 000. Für die kommenden Jahre erwarten die Bourgeoispolitiker einen Anstieg auf rund 1 Million. Also 150 000 Studenten „Überlast“, die die Bourgeoisie nicht als ausgebildete Hochschulabsolventen für nötig hält, aber als Druckmittel gegenüber den übrigen Studenten einsetzten will. (...) Der offizielle „Ausfall durch Studienabbruch“ beträgt 13 %, bezogen auf den Studienjahrgang. Diese Quote soll mit Hilfe der „Überlast“ mehr als verdoppelt werden, und die Bourgeois versprechen sich davon, daß ihnen so verschärfte Dressur ihres Funktionärsnachwuchses auch bessere Ergebnisse liefern wird. – (Aus: KVZ 30/77)

„... Unsere Soldaten erhalten mehr Sold ...“

Große Tradition hat die imperialistische deutsche Bourgeoisie in der unentgeltlichen Aneignung von Arbeitskraft für den Dienst in ihrer Armee.

1900 erhielten wehrpflichtige „Gemeine“ 10,50 Mark im Monat, Gefreite 12 Mark. (...) Den Umfang des Raubes an Arbeitskraft kann man ermessen im Vergleich des Soldes zum durchschnittlich gezahlten Lohn (...). Das „durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt“ betrug im Jahr 1900 nach den Angaben der Rentenversicherung im Durchschnitt 66,33 Mark. Der Sold betrug 15,8% des durchschnittlichen Lohns. 84,2% des Preises der Arbeitskraft wurde von der Bourgeoisie nicht gezahlt.

1935 betrug der Sold des Schützen 15 Mark. Der durchschnittliche Lohn

1935 betrug der Sold des Schützen 15 Mark. Der durchschnittliche Lohn 141 Mark. Nach gleicher Rechnung ergibt sich, daß 10,7 Prozent des Lohns als Sold gezahlt werden.

1960 werden 60 DM als Wehrsold gezahlt. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt 508,42 DM. Die Soldaten haben also 11,8% des durchschnittlichen Lohns vom bürgerlichen Staat erhalten.

1975 erhält ein Wehrpflichtiger 170 DM. Der durchschnittliche Bruttolohn liegt bei 1 865, wieder nach Auskunft der Rentenkasse. 9,1% beträgt jetzt also der stolze Betrag, immerhin 90,9% sind unentgeltlich von der Bourgeoisie angeeignet, was man auch Raub nennt. – (Aus: KVZ 10/77)

„... Die Arbeitsförderung ist gezielt verbessert worden ...“

Ehrenbergs „Richtlinie zur Förderung der Arbeitsaufnahme“ regelt die Zwangsarbeit bei einem Kapitalisten für bis zu drei Monate. Erhält der Arbeiter danach keinen Vertrag, wird das Arbeitslosengeld für einen Monat gesperrt. Klappt es beim zweiten Mal auch nicht, ganz. 34300 Arbeitslosen war im ersten Halbjahr 1977 das Arbeitslosengeld gesperrt, weil sie „zumutbare Arbeit“ abgelehnt hatten, 10,6% mehr als 1976. 57% aller „anerkannten“ Arbeitslosen erhielten weder Arbeitslosengeld noch -hilfe. (...)

Zum Straßenbau, Wälderforsten, zum Bau von Grünanlagen oder Schwimmbädern werden sie gezwungen. Sind sie nicht bereit, sich zu diesen Bedingungen ausbeuten zu lassen, oder schlagen sie eine schlechter bezahlte Arbeit bei einem Kapitalisten aus, verlieren sie ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. – (Aus: KVZ 41/77)

„... Wir haben eine fühlbare Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen zustandegebracht und hoffen, daß dies so bleibt ...“

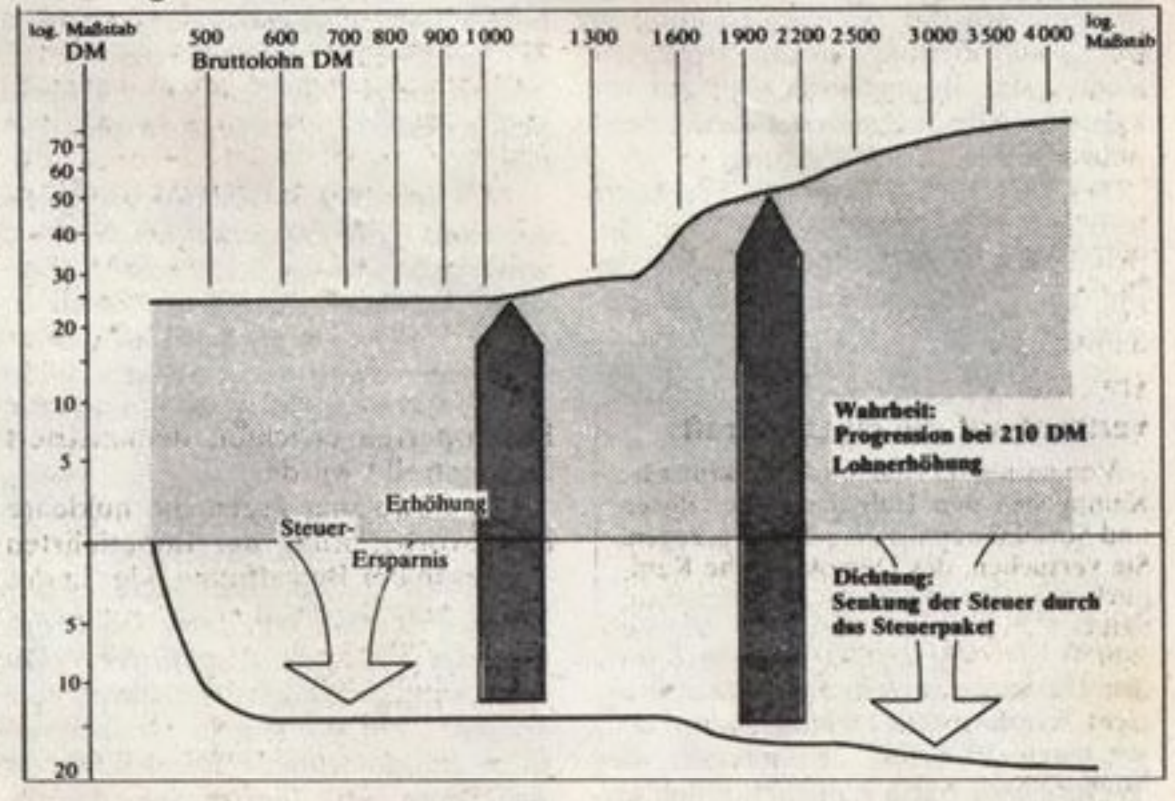
Die Abrechnung der gesetzlichen Krankenversicherung über „Leistungsausgaben“ für Rentner ist aufschlußreich: Im ersten Halbjahr 1976 – mit neueren Angaben lassen die Krankenkassen auf sich warten – wurden monatlich für die Früherkennung von Krankheiten und sonstige Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhütung ganze 1,89 DM pro pflichtversicherten Rentner ausgegeben, noch weniger als 1975, wo es auch nur 2,07 DM waren. Wozu auch vorbeugen, rechnet das Bourgeoishirn, die Leute sind alt und untauglich für die Profitproduktion, wozu Krankheiten vorbeugen, wenn's doch recht ist, daß sie daran sterben. – (Aus: KVZ 25/77)

„... Der § 7b der Einkommens- und Lohnbesteuerung ist erweitert worden, damit unsere Städte wohnlich bleiben ...“

„Bestimmte Wohnungen werden immer schwerer vermietbar“, jammert Wohnungsbauminister Ravens. Er meint die Altbauten, und ihn drücken die verhältnismäßig billigeren Mieten. Zahlreiche Altbauten befinden sich im Eigentum der Kleinbourgeoisie, die die mit der notwendigen Renovierung und Modernisierung verbundenen Kosten nicht tragen kann und die Altbauten zwangsläufig verrotten läßt. Das drückt natürlich auf die Mieten. Per Gesetz – dem Wohnungssanierungsgesetz vom 1.1.77 – hat die Bundesregierung die Eigentümer von Altbauten zu bestimmten Modernisierungsmaßnahmen verpflichtet und damit ihre Enteignung eingeleitet. Jetzt stößt sie mit dem „Bauherrenparagraphen“ 7b nach: die vergünstigte Abschreibung von Modernisierungskosten ist der zweite Kernpunkt der Änderung. Und so denken sie sich das Zusammenwirken der verschiedenen Punkte des neuen 7b: Die Lohnabhängigen, die ihre „Eigenheime“ am Stadtrand verkaufen mußten, suchen nach billigen Wohnungen und ziehen deshalb in die Stadt zurück, in die Altbauten. Die Bourgeoisie kommt nicht nur billig an die „Eigenheime“ der Lohnabhängigen heran, sondern ebenso billig an ganze Stadtteile in den älteren Stadtgebieten. Sie modernisiert die Altbauten, fast geschenkt: Der Weg zu drastischen Mieterhöhungen ist frei. – (Aus: KVZ 12/77)

„... Wir haben mit Wirkung vom

„... Wir haben mit Wirkung vom 1.1. diesen Jahres die Steuerbelastung aufs Ganze dauerhaft gesenkt und damit die Kaufkraft erhöht, für Haushalte der privaten Bürger genauso wie für die Unternehmungen ...“



Das Schaubild zeigt die *Veränderung* gegenüber der jetzigen Besteuerung bei einer Lohnerhöhung von 210 DM und Lohnsteuerklasse IV, 2 Kinder. Nach unten ist die Steuerpaket-Ersparnis für jeden Lohn aufgetragen, nach oben die tatsächliche Steuer*erhöhung*, die zusätzliche Steuer bei einer Lohnerhöhung von 210 DM. – (Aus: KVZ 37/77)

„... Das 16 Mrd.-Programm für Zukunftsinvestitionen ist gut in Gang gekommen ...“

Die Investitionen, die durch das Programm finanziert werden sollen, sind alles Projekte und Produktionen, bei denen das notwendige Kapital sich erst im Verlauf langer Jahre verwertet. (...) Die Banken und Kaufhäuser machen sich in der Innenstadt breit, die Arbeiterbevölkerung wird in die teuren Wohnungen der Trabantenstädte verlagert, erneut werden Wohnhäuser niedergerissen, um breiten Straßen Platz zu machen, die den künstlich produzierten Verkehrsstrom aufnehmen können. Die Kapitalisten ballen sich in den Innenstädten zusammen, weil ihnen das Extraprofite verspricht. Die Kaufhäuser haben ein optimales Einzugsgebiet, und die Banken suchen die Nähe der anderen Finanziers. Die Extraprofite erlauben es den Grundbesitzern, die Grundrenten in die Höhe zu treiben, und in der Folge steigen auch die Mieten. Die Mieten, die ein hausbesitzender Kapitalist durch Vermietung seines Besitzes als Geschäftsräume erzielen kann, vertreiben die Lohnabhängigen aus den Wohnungen. Soviel ist sicher, daß dieser Prozeß beflügelt wird. Die Stadtgebilde, die die Bourgeoisie geschaffen hat, erfordern in der Tat hohe Investitionen, damit die Vorteile, die sich die Bourgeois von ihrer räumlichen Zusammenrottung erhoffen, nicht von vorneherein ausgeschlossen sind. Die „Infrastruktur“ für die Profitwirtschaft wird auch hier aus Steuern auf Lohn gezahlt. – (Aus: Kommunismus und Klassenkampf 4/77)

„... Die Steinkohlenbasis unserer Energieversorgung ist stärker abgesichert worden als zuvor ...“

Die Subventionen, für die der Staat den Volksmassen unter anderem den „Kohlepfennig“ aus der Tasche zieht, haben gefruchtet – rationalisiert, konzentriert, der Arbeitslohn gedrückt, der Profit gestiegen. (...) Subventionen abgrasen, Extraprofite einsacken – diese Wunschträume für die Zukunft stehen hinter der „Wiederentdeckung“ der Kohle. Billige Energie für alle Kapitalisten, damit sie ihre Profite steigern können, eine „heimische“ Rohstoffbasis als Grundlage der imperialistischen Expansion und der Kriegsvorbereitung. – (Aus: KVZ 29/77)

„... Wir haben entgegen den Unkenrufen der Opposition keinerlei Beschleunigung der Inflation, sondern vielmehr die niedrigste Preissteigerungsrate seit sieben Jahren und die niedrigste in der ganzen Europäischen Gemeinschaft ...“

ganzen Europäischen Gemeinschaft ...“

– Der *Milch*konsum z.B. ist danach von 36,02 Liter 1950 auf 19,2 Liter 1976 zurückgegangen, während die Ausgaben dafür von 12,52 DM auf 16,98 DM stiegen. (...)

– Der Verbrauch von „*Fleisch und Fleischwaren*“ ist zwar seit 1958 um gut 3 kg auf ca. 15 kg gestiegen (die Ausgaben gleichzeitig um mehr als 250 % auf 139,22 DM), die Zusammensetzung hat sich dabei jedoch zugunsten minderwertigerer Fleischarten verändert. (...)

– *Gemüse:* 1950 waren es 11,08 kg pro Haushalt (5,48 DM), 1958 14,04 kg (11,61 DM), 1976 war mit 11,658 kg fast wieder der Stand von 1950 erreicht, nur, daß das Gemüse jetzt 14,80 DM kostet und zu zwei Fünfteln aus Gemüsekonserven besteht. Mit *Obst* verhält es sich gerad ebenso.

– 1976 wurde an *Kartoffeln* rund ein Viertel des Verbrauchs von 1950 konsumiert, dafür aber das Doppelte gezahlt. – (Aus: KVZ 1/78)

Die **Kommunistische Volkszeitung** erscheint jeden Montag. Erhältlich ist die KVZ vor den Großbetrieben, an den Agitations- und Propagandastädten und in den Bezirksbüros des KBW. Die Kommunistische Volkszeitung kann durch regelmäßige Zustellung am Montag oder durch Postzustellung über Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, bezogen werden.
Bei Zustellung kostet das Exemplar 0,50 DM. Bei Postzustellung kostet ein Jahresabonnement incl. Porto 36,00 DM.

Das Märchen vom König Fußball und der fußballverrückten Nation

Am 1. Juni beginnt die Fußballweltmeisterschaft in Argentinien. Die westdeutsche Bourgeoisie rührt die Propagandatrommel. Mit Nationalhymne, Bundesflagge und Bundesadler geht's auf nach Argentinien. Bürgerliche Spitzenpolitiker äußern sich zum Sport und zu „unserer Elf". Walter Scheel zum „Losglück" der BRD: „Mit Gottes Hilfe, welch eine Fügung".

Dieses Jahr sieht die Bourgeoisie offensichtlich ernste Schwierigkeiten mit der Mobilisierung der Volksmassen. Die „Bild"-Zeitung soll retten, was zu



Die Bourgeoisie hält sich den Kapitän der Nationalmannschaft als ihren „Schoßterrier". Wohl als Belohnung für Einsatz und Pflichtbewußtsein gegenüber der Nationalelf ließ sie Berti Vogts im Dezember 1977 von einem Nikolaus beschenken.



Die Bourgeoisie hält sich den Kapitän der Nationalmannschaft als ihren „Schoßterrier". Wohl als Belohnung für Einsatz und Pflichtbewußtsein gegenüber der Nationalelf ließ sie Berti Vogts im Dezember 1977 von einem Nikolaus beschenken.

retten ist. Fünf Monate vor der WM hat die „Bild"-Zeitung ihre chauvinistische Propaganda bereits aufgenommen. Jeden Tag auf Seite 1 eine Schlagzeile, und trotzdem offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten, die Argentinien-Kampagne ins Rollen zu bringen. An der Berichterstattung in der „Bild"-Zeitung lassen sich die Absichten der Bourgeoisie ganz gut erkennen. Alle folgenden Zitate stammen aus der „Bild"-Zeitung.

9.1.78: „*Diese Platte m u ß verkauft werden.*" Es handelt sich um die Schallplatte der Nationalelf, von der die „Bild"-Zeitung meint, sie sei besonders gut gelungen.

In der gleichen Zeitung heißt es: *Drei schwerbewaffnete Soldaten, deren Stahlhelme in der grellen Sonne funkelten, empfingen Bundestrainer Helmut Schön, DFB-Präsident Neuberger und DFB-Direktor Joch auf dem Flughafen Ezeiza von Buenos Aires. Doch ihre Sorge galt weniger der deutschen Delegation als dem großen grünen Paket, das Hermann Joch in den Armen hielt: der Trophäe des Weltmeisters, dem goldenen Weltcup.*" Es ist klar, der Weltmeister hätte natürlich einen anderen Empfang verdient. Wer sind wir denn?

10.1.78: *Fußball WM: Streit! Wer spielt gegen die Deutschen?*" Die Schiebung mit der Auslosung beginnt. Führend beteiligt ist Hermann Neuberger, Präsident des DFB und zugleich Präsident des WM-Organisationskomitees in Argentinien. Nach der „Bild"-Zeitung hat Hermann Neuberger natürlich den „sportlichen" Standpunkt bezogen.

11.1.78: „*WM: Schön tobt in Argentinien. Der Trainingsplatz ist eine Sumpfwiese.*" So geht's natürlich nicht, dem Weltmeister eine Sumpfwiese anzubieten. Da kann vielleicht Tunesien drauf trainieren, aber wir doch nicht. Hermann Neuberger wird zitiert: „*Wir müssen jetzt alle Stellen einschalten, damit's noch klappt.*"

12.1.78: „*1 : 0 für Helmut Schön! Jetzt wird auf dem Golfplatz trainiert.*" Des Weltmeisters Würde ist wieder hergestellt. Die „Bild"-Zeitung hofft, daß der Platz „*hoffentlich bis zum Nachmittag des 24.6. fest in deutscher Hand bleibt.*"

13.1.78: „*Wir spielen nicht gegen Holland und Italien.*" Hermann Neuberger hat gut gearbeitet, das Setzen der Favoriten ist zur Zufriedenheit des Weltmeisters ausgefallen. Helmut Schön erklärt: „*Ich bin nicht unzufrieden.*"

14.1.78: „*DFB-Direktor Hermann Joch und DFB-Pressechef Dr. Gerhard schüttelten sich nach dem FIFA-Entscheid zufrieden die Hände.*" Joch erklärt: „*Es ist im großen und ganzen nach dem Plan gegangen, den unser Präsident Neuberger den Komitee-Mitgliedern vorgelegt hat.*"

15.1.78: „*Ein Super-Los! Polen, Mexiko und Tunesien.*" Der Weltmeister hat Losglück, und die „Bild"-Zeitung weiß zu berichten, daß „*Polen sich geehrt fühlt, gegen uns das Eröffnungsspiel bestreiten zu dürfen.*" Die Auslosung ging höchst würdevoll vonstatten: „*Mit gebanntem Gesicht verfolgte Bundestrainer Helmut Schön die Auslosung im Teatro San Martin. Schön hatte im schwarzen DFB-Anzug mit Bundesadler in der zweiten Reihe hinter dem deutschen Botschafter Jörg Kastl Platz genommen.*"

Am 16.1. schießt sich die „Bild"-Zeitung auf „*Deutschlands Gegner*" Polen, Mexiko und Tunesien ein.

17.1.78: „*WM-Krach! Italien: Deutsche haben uns verschoben! Polen: Diese Deutschen schlagen wir.*" Jetzt wird's langsam brenzlig, man will uns schlagen. Die Vorwürfe gegen Hermann Neuberger empfindet die „Bild" als „*gehässig*".

18.1.78: „*Ich schäme mich für Italien!*" Das war laut „Bild" die Reaktion des italienischen UEFA-Präsidenten auf die Vorwürfe gegen Neuberger. Recht so, wie kann man auch derartige Vorwürfe gegen einen Vertreter des Weltmeisters richten, und dann noch aus Italien.

So nebenbei erscheinen in der „Bild"-Zeitung einige weitere Artikel, die zwar weniger von Fußball, wohl aber von Argentinien handeln. Am 16.1. heißt es z.B. unter der Überschrift: „*Argentiniens TV-Feier war verfrüht*" über die Übertragung der Auslosung durch das argentinische Fernsehen: „*Die Tonqualität war miserabel. Die Stimme von ZDF-Chef Friedrichs mußte man mühsam aus dem Brei der ausländischen Kommentatoren herausfinden. (. . .) Die Argentirung war langweilig. (. . .) Die Argentinier arbeiten in vielen Dingen noch amateurhaft!*" ZDF-Mann Berndt glaubt an Besserung, da „*die Argentinier sich überwiegend der deutschen Technik bedienen.*" Na, dann geht's ja. Deutsche Technik ist schon da, fehlt nur noch die richtige Mannschaft.

Nebenbei sei an dieser Stelle ein Artikel aus dem „Kicker"-Sportmagazin der letzten Woche erwähnt, der folgendermaßen über die Fernsehübertragung berichtete: „Ungläubig nahmen die Fernsehtechniker zur Kenntnis, daß die erste Farbfernsehübertragung aus Argentinien zwar überall sehr gut empfangen worden ist, ausgerechnet aber die Deutschen als einziges Land Probleme mit dem Ton hatten, der irgendwo zwischen Frankfurt und Wiesbaden eine Zeitlang ‚verlorengegangen' war."

Aber wie die Sache wirklich war, ist ja auch nicht von Interesse für die „Bild"-Zeitung. Es geht darum, die richtige Stimmung für die WM herauszubilden, chauvinistische Anschauungen zu verbreiten, nationale Überheblichkeit zu predigen, so wie es die westdeutsche Bourgeoisie braucht, um aus

der irgendwo zwischen Frankfurt und Wiesbaden eine Zeitlang ‚verlorengegangen' war."

Aber wie die Sache wirklich war, ist ja auch nicht von Interesse für die „Bild"-Zeitung. Es geht darum, die richtige Stimmung für die WM herauszubilden, chauvinistische Anschauungen zu verbreiten, nationale Überheblichkeit zu predigen, so wie es die westdeutsche Bourgeoisie braucht, um aus

Arbeitern und Kapitalisten eine „Nation" zu schweißen, mit der sich mehr anfangen läßt als nur eine Fußballweltmeisterschaft zu gewinnen.

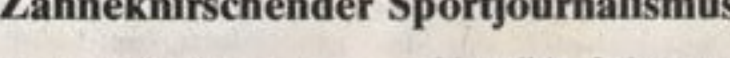
Die Versuche der „Bild"-Zeitung sind plump, sicherlich. Sie wirken aber auch nur deshalb plump, weil die gesellschaftliche Bewegung der Klassen, weil die ideologische Entwicklung in der Arbeiterklasse der letzten Jahre solchen Chauvinismus auf unfruchtbaren Boden fallen läßt. Das ganze Theater der Bourgeoisie um die WM erregt Widerlichkeit. Keineswegs empfinden die Arbeiter- und Volksmassen den Fußball oder Fußballweltmeisterschaften als widerlich. Im Gegenteil – der Fußballsport ist interessant und deshalb beliebt bei den Volksmassen. Was die Bourgeoisie jahrelang gemacht hat, ist, daß sie Politik mit dem Fußball betrieben hat, und das nicht ungeschickt. Begriffe, die mit dem Fußballsport verbunden sind wie Fairness, Kameradschaft, Achtung vor dem Gegner, hat sie propagiert und ideologisch umgemünzt als typisch deutsche Eigenschaften, als sozusagen nationale Eigenarten der „deutschen" Fußballmannschaft imd damit der Deutschen überhaupt. Namentlich mit der WM-Elf von 1954 ist so verfahren worden. Die Namen von Spielern wie Fritz Walter, Helmut Rahn, Max Morlock und Toni Turek verwendet die Bourgeoisie zu dieser imperialistischen Propaganda. Mit Uwe Seeler ist diese „Tradition" zu Ende gegangen. Heute bietet allenfalls Vogts, der „Terrier aus Mönchengladbach", wie ihn die bürgerliche Presse nennt, den Bourgeois noch Gelegenheit zur chauvinistischen und imperialistischen Propaganda. Ansonsten haben die Spieler ein eher sachliches Verhältnis zur Nationalelf. Es läßt sich sozusagen in Mark und Pfennig ausdrücken.

Mit am ärgerlichsten für die Bourgeoisie war wohl, daß dieses sachliche Verhältnis auch den ehemaligen Kapitän der Nationalelf, Franz Beckenbauer, auszeichnete. Er wechselte zu Cosmos New York, woran die Bourgeoisie einen „nationalen Sturm der Entrüstung" entfachen wollte. Die „Bild"-Zeitung hat's auch versucht, was aber gründlich mißlang. „Warum soll er sich das Geld nicht holen, wenn Cosmos gut zahlt?" haben die meisten gesagt. Die „Bild"-Zeitung schwenkte dann auf die Linie: Jetzt müssen alle um so fester zusammenhalten. Vogts wurde neuer Kapitän, wer sonst?

Bei den folgenden Länderspielen hieß es dann immer: Na also, es geht auch ohne Franz. Was jetzt kam, waren Versuche wie Text der Nationalhymne auf der Anzeigentafel, damit alle mitsingen können. Doch sang neben Vogts höchstens Maier noch mit, die anderen Spieler der Nationalelf hielten sich eher zurück bzw. waren mit ihrem Kaugummi beschäftigt. Das alles schabt die Bourgeoisie. Sie begreift, daß sie dabei ist, wichtige ideologische Bastionen zu verlieren. Welche sind das?

Jeden Samstag gehen Zehntausende von Arbeitern zu Fußballspielen. Viele Jugendliche, gerade Arbeiterjugendliche, interessieren sich für Fußball. Würde die Propaganda der Bourgeoisie bei diesen Zehntausenden Erfolg haben, so wäre das eine gewaltige ideologische Position. Sie ist es aber nicht, weil die Zuschauer auf den Fußballplätzen keine anderen Arbeiter sind als die, die in der Fabrik stehen und deshalb nicht etwa neben dem Aufschwung der Arbeiterbewegung stehen. So tritt für die Bourgeoisie der denkwürdige Umstand ein, daß sie die Fan-Clubs, die sie selbst mühevoll aufgebaut hat, jetzt als Rowdies beschimpfen muß und unterdrücken muß. Der Einsatz der bewaffneten Staatsmacht bei Bundesligaspielen weitet sich mehr und mehr aus. Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt über die Vorbereitung des Münchner Lokalderbys am 12.11.77: „Was das heutige Münchner Lokalderby betrifft: 300 Polizeikräfte (zum Teil in Zivil), 400 Kontrolleure und etwa 100 Vereinsordner werden aufgeboten, im Olympiastadion für Ruhe und Ordnung zu sorgen." Die Jugendlichen im Stadion verhöhnten die Staatsmacht. Öfters riefen sie: „Es lebe die RAF." Die Staatsmacht reagierte nervös, es kommt zu Prügeleien. Die „Süddeutsche Zeitung" registriert mit großer Besorgnis, daß Bayern-Anhänger mit 1860-Anhängern und dem KBW offensichtlich Absprachen zwecks gemeinsamen Vorgehens treffen. Klar, diese Fußballanhänger sind für die Bourgeoisie keine Fußballanhänger mehr. Hier handelt es sich schlicht um Rowdies, schreibt die bürgerliche Presse. Diese Entwicklung in München ist kein Einzelfall. Sie beginnt sich auch in anderen Städten abzuzeichnen.

Es scheint also, daß auf die Bourgeoisie gehörige Probleme zukommen, Probleme ganz anderer Art als etwa das der Besetzung des Linksaußenpostens in der Nationalelf, welches gegenwärtig in der Fachpresse diskutiert wird. – (Z-Red.)



Zähneknirschender Sportjournalismus

„Erst an die Freundschaft denken, dann an den Wettkampf." Das ist das Prinzip, an dem die chinesischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei bei sportlichen Wettkämpfen festhalten.

Im April 1977 wurden in Birmingham

„Mentalität, Leistungsstand, Standort und Ideologie der Chinesen . . . lassen den Schluß zu, daß sie in Birmingham mit einem exorbitanten Gemisch aufwarteten, das Freundschaftswillen, Stärke, Bescheidenheit, Lehrbereitschaft in gleichem

Zähneknirschender Sportjournalismus

„Erst an die Freundschaft denken, dann an den Wettkampf." Das ist das Prinzip, an dem die chinesischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei bei sportlichen Wettkämpfen festhalten.

Im April 1977 wurden in Birmingham die 34. Tischtennis-Weltmeisterschaften ausgetragen. In der „Peking Rundschau" wird mit großer Hochachtung und Solidarität von den Sportlern aus den verschiedenen Ländern berichtet. Niemand wird abgekanzelt oder heruntergeputzt. International werden die enormen Fortschritte im spielerischen Können betont, der Erfolg im Zusammenspiel der Sportler, die Entfaltung ihrer Fähigkeiten innerhalb einer Mannschaft.

„Noch größere Fortschritte konnte man bei den Mannschaften aus den Ländern der Dritten Welt sehen. Gemäß dem Prinzip ‚erst Freundschaft, dann Wettkampf' stärkten sie die Einheit zwischen den Völkern und Sportlern der Dritten Welt."

In China ist der Sport eine Frage des Klassenkampfes, der Politik, die die Arbeiterklasse bewußt einsetzt zur Festigung der Diktatur des Proletariats. Die Jugend in China lernt im sportlichen Wettkampf, sich körperlich zu ertüchtigen, die Fähigkeiten zu entfalten, sich anderen gegenüber fair zu verhalten, bei Siegen nicht überheblich, bei Niederlagen nicht entmutigt zu werden. Das ist der Grund, warum die chinesischen Tischtennisspieler, wo immer sie auftreten, Freunde unter den Massen des jeweiligen Landes gewinnen, neben zahlreichen Siegen, die ihr großartiges Können beweisen. Für bürgerliche Sportjournalisten ist das ein „Phänomen" und Anlaß für geistlose und zynische Kommentare.

Unter der Überschrift „Die netten Menschen aus China" schrieb Dieter Hochgesand in der „Frankfurter Rundschau" zur Weltmeisterschaft 1977:

„Mentalität, Leistungsstand, Standort und Ideologie der Chinesen . . . lassen den Schluß zu, daß sie in Birmingham mit einem exorbitanten Gemisch aufwarteten, das Freundschaftswillen, Stärke, Bescheidenheit, Lehrbereitschaft in gleichem Maße demonstrieren sollte. Was sie damit bei dem größten Teil des ‚Rests der Tischtenniswelt' tatsächlich bewirkten, ist Unwille oder gar Antipathie." (Frankfurter Rundschau, 7.4.1977)

Es paßt diesem Herrn Journalisten überhaupt nicht, daß die großartigen Leistungen der Tischtennisweltmeisterschaften auf der Grundlage der Freundschaft zwischen den Völkern zustandekamen und nicht durch bärbeißige Konkurrenz bis aufs Messer. Genau das aber wird von der Bourgeoisie im Sportbetrieb gefördert, weil es vielfältige Spaltung ermöglicht und den Boden für Chauvinismus bereitet, mit dem sich bekanntlich nicht nur sportliche, sondern vor allem kriegerische Auseinandersetzungen führen lassen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bringt es auf die unverschämte Art: „ ‚Friedlich, freundlich, fröhlich' piepste und grinste der gute Yao in die Runde . . . kam in zehn Minuten rund 20mal auf die Freundschaft zu sprechen . . ." „Das Land des Lächelns muß sich in den letzten Jahren zum Land der Lacher entwickelt haben." „Chinas Tischtennisasse – für viele Experten die personifizierte Schlitzohrigkeit in Pingpongtaktik." „Man mußte sich einfach mitfreuen, wenn Chang Yungsheng . . . und die anderen Wangs und Wengs über das Parkett hüpften, die Arme hochwarfen und ihr Triumphgeheul anstimmten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.77)

Man kann es sich sehr gut vorstellen, wie das „freudige" Gesicht eines zähneknirschenden Bourgeois aussieht. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung